

DER HAUPTSTADTBRIEF

111. Ausgabe | 2012 INFORMATIONEN- UND HINTERGRUND-DIENST AUS BERLIN

14. Jahr | 5 Euro



Auf der Suche nach Europas Zukunft

Damit die Europa-Idee im Strudel der Eurokrise nicht untergeht, ist es an der Zeit, diese große Idee nicht länger klein zu reden. Der Gedanke einer Gemeinschaft in Vielfalt steht gegen das Konzept der EU als Einheitsstaat, der von oben durchgreift.

Werner Weidenfeld: Die EZB wandert am Vertrauensabgrund | S. 4

Jörg Rocholl: Die Niedrigzinspolitik hat Risiken und Nebenwirkungen | S. 8

Dietrich Murswiek: Karlsruhe rettet uns nicht vor den Euro-Retttern | S. 23

Hans Kremendahl: Skizze für ein Europa der Vielfalt und Demokratie | S. 34

DER HAUPTSTADTBRIEF 111

- 3 Editorial**
Bruno Waltert: Nur positive Kommentare heute!
- 4 Gratwanderung am Vertrauensabgrund**
Werner Weidenfeld: Die EZB gerät in die Debatte um die Perspektiven der EU
- 8 Risiken und Nebenwirkungen der Niedrigzinspolitik**
Jörg Rocholl: Das Fluten der Märkte mit billigem Geld lindert, heilt aber nicht
- 10 Impressum**
- 12 Abschied von der unabhängigen Zentralbank**
Thorsten Polleit: Der unbegrenzte Ankauf von Staatsanleihen führt zur nächsten Krise
- 16 Die fremde Feder**
Thomas Schmid: Nie wieder Krieg!
- 18 Das Parlament darf nicht nur auf Karlsruhe vertrauen**
Peter Danckert, MdB: Besser, wir Parlamentarier würden selber Leitplanken einziehen
- 23 Karlsruhe rettet uns nicht vor den Euro-Retttern**
Dietrich Murswiek: Beim ESM-Urteil fällt das Aber ziemlich kleinlaut aus
- 28 Medienecho zum Start des ESM**
- 30 Ein Bürgerkonvent, um die EU voranzubringen**
Roman Huber: Wir brauchen eine gemeinsame, demokratische Idee für die EU
- 34 Ein Europa der Vielfalt und Demokratie**
Hans Kremendahl: Skizze für eine soziale und demokratische EU
- 38 Steuerfreie Zulagen, hohe Pension und ein sicherer Arbeitsplatz**
Inge Gräßle, MdEP: Das europäische Dienstrecht überbetont Urlaub und Freizeit
- 42 Der Bürger ist nicht der, für den die Politik ihn hält**
Manfred Güllner: Die wachsende Entfremdung zwischen Politik und Bürger ist messbar.
- 46 Der Höhenflug der Piraten ist vorbei**
Die neuesten forsa-Umfragewerte
- 48 Junge Unternehmer oft auf der Suche nach der Partei ihres Vertrauens**
Stefan Heidbreder: Politisch sind sie interessiert, aber nicht organisiert
- 52 Nachhaltiges Wirtschaften fördern**
Junge Union für Familienunternehmen
- 54 Erbschaftsteuer wieder vor Gericht**
Hans-Georg Jatzek: Ein verfassungskonformes Gesetz erweist sich wohl als unmöglich
- 58 Lehren aus dem BER-Debakel**
Rick Vogel und Doris Masal: Die Verbesserung der Verwaltung ist nötig
- 61 Wenn Integration gelingt, geht es allen besser**
Heinz Buschkowsky im Gespräch mit Güner Balci: „Neukölln ist überall“
- 66 Hilfe für ALS-kranke Menschen**
Spendengala für einen guten Zweck
- 68 Berlins Eisbären stehen zum Verkauf**
Michael Lachmann: US-Milliardär Anschutz will Eishockeyclub und Arena loswerden
- 74 James Simon war der Mann, der Berlin die Nofretete brachte**
Peter Raue: Erinnerung an einen großen Mäzen
- 79 „Wir zeigen hier keine DDR-Bilder“**
Ulrich Domröse im Gespräch mit Irena Nalepa: Fotos aus einer „Geschlossenen Gesellschaft“
- 84 Malerei als Medium**
Peter Funken: „Obsessionen“ des Malers Kitaj im Jüdischen Museum Berlin





Bruno Waltert
Herausgeber

EU, Euro, Europa – was uns in diesen Tagen bewegt

Auch in diesem HAUPTSTADTBRIEF steht der Groß-Komplex der Probleme um den Euro im Vordergrund. So schreibt zum Beispiel Professor Werner Weidenfels zur veränderten Position der Europäischen Zentralbank (EZB). Der Direktor des Zentrums für angewandte Politikforschung an der Universität München warnt: „Das Schlüsselkapital, das große Gut einer jeden Währung, nämlich ‚Vertrauen‘, wird verzehrt und verschlissen“.

Ein anderer Beitrag – ebenfalls nur beispielsweise – kommt von Professor Jörg Rocholl. Er ist Präsident der European School of Management and Technology in Berlin und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzminister. Sein Thema sind die Risiken und Nebenwirkungen der Niedrigzinspolitik. Die möglichen, ja sogar hochwahrscheinlichen Folgen dieser Politik können nachhaltig erschrecken.

Auf drei weitere Beiträge, alle ebenfalls exklusiv für den HAUPTSTADTBRIEF verfasst, möchte ich noch besonders hinweisen. Einer stammt aus der Feder von Professor Manfred Güllner, Chef des von ihm gegründeten und großgemachten forsa-Instituts mit Hauptsitz in Berlin. Er schreibt über die sich häufenden „Fehleinschätzungen der politischen Akteure in Bezug auf das, was die Menschen empfinden und was sie wirklich bewegt“.

Der Politikwissenschaftler Dr. Hans Kremendahl will mit seinem Plädoyer für ein Europa der Vielfalt bewusst ein Signal setzen. Das ist gut so. Denn nicht darin läge für die Zukunft die Stärke Europas, dass es eine Art Einheitsstaat wäre.

Höchst aufschlussreichen Lesestoff bietet schließlich Dr. Inge Gräßle, Mitglied des Europäischen Parlaments und dort im Haushaltskontrollausschuss. Was sie über die Privilegien der EU-Mitarbeiter in Brüssel und Luxemburg sowie über deren Verdiensthöhen berichtet, wird Aufsehen erregen.

Anregende Lektüre wünscht Ihnen

Ihr

Bruno Waltert



Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Die Europäische Zentralbank – Gratwanderung am Vertrauensabgrund

Die EZB gerät in die Debatte um die großen strategischen Reformperspektiven der Europäischen Union. Die Neuordnung der Macht in Europa steht an

Von Werner Weidenfeld

Europa bietet packende Dramen. Mediale Zuspitzungen vermitteln an manchen Tagen stündlich sensationelle Meldungen. Mal ist von Albträumen, mal von Abgründen und drohenden Katastrophen die Rede. Die Märkte reagieren nervös, die Politik sucht nach Erklärungen auf drängende Fragen – und deutlich mehr als zwei Drittel der Europäer antworten den Demoskopern, dass sie das alles nicht verstehen.

In der Geschichte der europäischen Integration ist es nicht das erste Mal, dass es zu einem solchen Krisenphänomen kommt. Der Integrationsprozess ist im Grunde eine Abfolge von Erfolgen und Krisen. Über die Dialektik von Erfolgsgeschichte und Krisengeschichte ließen sich dicke Bücher schreiben:

- Als beispielsweise in den 1950er-Jahren die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) scheiterten, begann man sofort den Weg zu den Römischen Verträgen (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, EWG, und Europäische Atomgemeinschaft, Euratom) zu ebnen.

- Als Anfang der 60er-Jahre die Fouchet-Verhandlungen scheiterten, einigte man sich auf den Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag.
- Als Anfang der 80er-Jahre Europa in das tiefe Tal der „Eurosklерose“ absank, brach man zur Vollendung des Europäischen Binnenmarkts auf, ein Projekt, das mit der Wirtschafts- und Währungsunion gekrönt werden sollte.
- Als rund 20 Jahre später die Europäische Verfassung an den Volksabstimmungen in

*Ein Verschludern
der ökonomisch-politischen
Kultur hat zu einem Desaster
der Überschuldung in etlichen
Ländern geführt.*

Frankreich und den Niederlanden scheiterte, schuf man als Ersatz den Lissabon-Vertrag. Die Dialektik von Krise und Erfolg in Europa ist also evident.

Gilt diese Dialektik auch für die aktuelle Herausforderung?

Die Krise ist dramatisch. Ein Verschludern der ökonomisch-politischen Kultur in vielen Ländern der Europäischen Union hat zu einem Desaster der Überschuldung in etlichen Ländern geführt. Man hat es zugelassen, dass die Stabilitätskriterien nicht eingehalten wurden. Die EU durfte keine eigenen Daten erheben, sondern verhedderte sich im Datenschwung nationaler Angaben.

Der Frankfurter Neubau der Europäischen Zentralbank EZB im Licht eines Septemberabends 2012. Das Gebäude wird über eine Milliarde Euro kosten und damit 350 Millionen Euro mehr als von der EZB geplant. Aufgabe der EZB ist es, unser Geld zu hüten.



PICTURE ALLIANCE/DPAP/ROBIS ROESSLER

Nichts von dieser Grundproblematik ist neu. Alles lag bereits vor 20 Jahren bei den Beratungen um den Vertrag von Maastricht auf dem Tisch. Man wusste: Jede Währung braucht einen politischen Rahmen zur stabilen Abstützung und zum Eingriff gegen Krisen. So war es beim US-Dollar geregelt, genauso bei der japanischen und der chinesischen Währung. So sollte es auch beim Euro sein. In der Debatte im Deutschen Bundestag kurz vor der Konferenz von Maastricht erklärte Bundeskanzler Kohl unter dem Beifall der Abgeordneten, die Annahme, man könne die gemeinsame europäische Währung ohne politischen Rahmen gestalten, sei abwegig. Und dennoch kam es dazu. Die Währung erhielt in Maastricht keinen politischen Rahmen. Alle diese Erwartungen schob man in einen einzigen Artikel des Vertrags von Maastricht – die Ankündigung eines neuen Vertrags. Dazu aber kam es in den Schönwetter-Zeiten der Euro-Anfangsjahre nicht. Der Druck war verschwunden.

Aus der großen Agenda Währungsunion war ein einziges Element in Maastricht intensiv beraten, detailliert ausgearbeitet und präzise verabschiedet worden: die Europäische Zentralbank (EZB), die ein wirkungsvoller Garant der Währungsstabilität sein sollte. Es hatte dazu einen großen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland gegeben, ob die EZB nach dem deutschen Modell der Bundesbank oder dem französischen Modell der Nationalbank organisiert werden sollte. Das deutsche Modell setzte sich durch.

Der Kern des kennzeichnenden Profils sollten sein: Unabhängigkeit und Kompetenz. Die notwendigen Entscheidungen zur Sicherung der Stabilität des Euro sollten in dem Areopag der unabhängigen Fachkompetenz gefällt werden. Aus der Distanz der Unabhängigkeit, aus dem Mythos der Unangreifbarkeit sollten Signale gesendet werden, an denen sich Märkte wie

Politik orientieren konnten. Die Autorität der Europäischen Zentralbank sollte nicht durch Interessenskonflikte und divergierende Kämpfe voller massenmedialer Zuspitzung beschädigt werden. Die logische Konsequenz war eine unglaublich starke Vertrauensstellung der EZB. Da mochten sich die nationalen Regierungen oder die Europa-Parlamentarier, die Mitglieder der Kommission, die Parteien, die Interessensverbände streiten und die medialen Akteure beliebige Zuspitzungen liefern, eine Instanz sollte von alledem unabhängig bleiben und die wesentliche Quelle des Vertrauens sein: die Europäische Zentralbank.

Aber gilt das alles heute noch? Nein – die Europäische Zentralbank ist zu einem Akteur unter etlichen Akteuren im Ringen um die Währung geworden. Da werden Kämpfe aus dem Direktorium der EZB im Detail berichtet. Da werden personale Besetzungsstreitigkeiten um einzelne Führungspositionen öffentlich berichtet. Da kommt es zu spektakulären Rücktritten und zu greifbaren Kungeleien. Der Anteil der Frauen in den Führungsämtern wird ebenso kritisch debattiert wie die Stimmgewichtung in den Gremien. Die Regelungen der Abstimmungsprozeduren werden problematisiert. Die britische Regierung verklagte die Europäische Zentralbank vor dem Europäischen Gerichtshof, weil sie eine Beschädigung des Finanzplatzes London sieht.

Die Konsequenz aus alledem: Die Europäische Zentralbank wird aus dem vertrauensstiftenden Areopag mythologischer Entrücktheit herausgerissen. Das Schlüsselkapital, das große Gut einer jeden Währung, nämlich „Vertrauen“, wird verzehrt und verschlissen. Im politischen und ökonomischen Leben, das in jeder Minute von einem Vorschuss an Vertrauen lebt, kommt ein solcher Vertrauensentzug gleichsam einem Sauerstoffentzug gleich. Entsprechend wird inzwischen praktisch jede Aktion der Europäischen Zentralbank kontrovers, ja manchmal geradezu polarisiert begleitet.

So hatte sich wohl niemand bei den Verhandlungen um den Vertrag von Maastricht die hohe Autorität der Europäischen Zentralbank vorgestellt: die EZB als einer von vielen Konfliktaktivisten in einer nur schwer überschaubaren Szene der kämpferischen Auseinandersetzung um Ausgestaltung eines krisengeschüttelten Währungssystems. Wir erleben einen politischen Rollenwechsel der EZB. Eine Rückkehr zu früherer Normalität ist nicht in Sicht. Mit dieser Realität hätte man wohl nicht die immer wieder gestellte Frage „Welches Europa wollen wir?“ beantwortet. Und nun wird es immer konkreter.

Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Rettungsschirm ESM steht: „Ein Erwerb von Staatsanleihen am Sekundärmarkt durch die Europäische Zentralbank, der auf von den Kapitalmärkten unabhängige Finanzierung der Haushalte der

Die Europäische Zentralbank ist zu einem Akteur unter etlichen Akteuren im Ringen um die Währung geworden.

„Mitgliedsstaaten zielte, ist als Umgehung des Verbotes monetärer Haushaltsfinanzierung (...) untersagt.“ Die Klärung dieser sensiblen Rechtsfrage ist noch offen. Die EZB erklärt,

dass sie nur dann Anleihen kaufen will, wenn der emittierende Staat wirtschaftspolitische Auflagen des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM erfüllt. Daraus aber ergibt sich die Verbindung zwischen EZB und Gouverneursrat des ESM, also eine relevante Beziehung zu den Finanzministern der Euro-Staaten. Und schon beginnt die Debatte, ob die Schuldenbremse aus diesem Prozess denn richtig sei. Es sei durchaus legitim, Euro-Hilfe nur gegen Bedingungen zu gewähren. Es sei aber zweifelhaft, ob sich diese Maßnahmen allein im Sparen erschöpfen dürften. Es gelte vielmehr die ganze Bandbreite alternativer Auflagen zu nutzen.

Mit diesen Auseinandersetzungen gerät die Europäische Zentralbank nun in die Debatte um die großen strategischen Reformperspektiven der Europäischen Union. Da sind zunächst die Entscheidungsprozesse zu präzisieren. Aus bisherigen Empfehlungen der EU-Kommission

zur Währungspolitik sollen sanktionsfähige Entscheidungen werden. Der Währungskommissar soll eine mächtige Figur werden. Das aber löst sofort Folgefragen nach der künftigen Machtarchitektur der EU aus: Wer hat dann wirklich das Sagen? Die übereinstimmende Beurteilung dieser Frage lautet: „Das ist ein heißes Eisen.“

Das scheue Reh namens Geld braucht eine elementare Grundlage: Vertrauen. Wenn seine Insti-

inzwischen auch das selbstbewusster auftretende Europäische Parlament ein. Ein effektiver, zielführender Entscheidungsprozess ist auf diese Weise nicht zu organisieren.

Dennoch ist der Machtzuwachs „Europas“ unübersehbar; der Souveränitätsverzicht der Staaten geht weiter. Zur Krisenbewältigung wird „Mehr Europa“ gefordert. Aber wird das alles von den Europäern mitvollzogen? Bedeutet ein „Mehr Europa“ nicht

zugleich ein „Weniger Demokratie“? Die Frage nach der Legitimation Europas ist gestellt. Der demokratische Wahlakt als Ausdruck der Volkssouveränität bietet die fundamentale Quelle moderner Legitimation. Aber im Blick auf das Europäische Parlament ist bisher nicht die Gleichheit der Wahl gewährleistet, die Distanz zwischen Parlament und Bürger wächst. In der Europäischen Union sind die



Zwei wichtige Hüter unseres Geldes: Jörg Asmussen (links) ist deutsches Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank, der Italiener Mario Draghi ist Präsident der EZB. Die EZB steht nicht länger über den Dingen, sie ist Teil des Erosionsprozesses der politischen Kultur geworden.

tutionen aber voll in die Machtkämpfe einbezogen werden, dann wird es in alle Grundsatzfragen der Neugestaltung der EU und der Steigerung ihrer Handlungsfähigkeit involviert. Der Lissabon-Vertrag hat zwar ein Arsenal von Führungsmännern komponiert, aber deren Zuordnung offen gelassen. Präsident des Europäischen Rates, Präsident des Ministerrates, Präsident der Kommission, Hoher Repräsentant der Außen- und Sicherheitspolitik, Vorsitzender des Euro-Rates – alle diese Ämter arbeiten im Wesentlichen nebeneinander her.

In diesen Dschungel von Führungsverantwortungen mischen sich die Staats- und Regierungschefs der großen Mitgliedsstaaten und

Bürger dabei, der Politik ihr Vertrauen zu entziehen. Europa mutiert zur Misstrauensgesellschaft.

Die europäische Ebene verzeichnet also einerseits einen Bedeutungsgewinn – andererseits aber unterscheidet sie sich in nichts vom Erosionsprozess der politischen Kultur in den Mitgliedsstaaten. Die Europäische Zentralbank ist Teil dieses Prozesses geworden; sie steht nicht länger über den Dingen, sie sitzt zwischen den Stühlen. Hier wie dort besteht dringlicher Bedarf an Strategie, Zukunftsbild und Botschaft – aber hier wie dort wird nur punktuell, situativ und sprunghaft agiert. Auch für Europa liegt es auf der Hand: Das Grundmuster des Politischen muss sich ändern. ◆



Prof. Jörg Rocholl, Ph.D. ist Präsident der ESMT European School of Management and Technology in Berlin und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium.

Risiken und Nebenwirkungen der Niedrigzinspolitik

Das Fluten der Märkte mit billigem Geld schafft wie ein Schmerzmittel kurzfristig Linderung, das Leiden heilt es nicht | Von Jörg Rocholl

An Tagen wie diesen, wünscht man sich Unendlichkeit. Zu diesem Schluss, der einer Liedzeile der Toten Hosen folgt, könnte man kommen, wenn man sich die Ereignisse in Europa in den Tagen vom 6. bis 12. September dieses Jahres vor Augen führt. Tage voller Paukenschläge: Zuerst entschied die Europäische Zentralbank (EZB) – die den Banken schon seit Oktober 2008 mit außergewöhnlich niedrigen Zinsen und hohen Mengen an Liquidität zur Verfügung steht –, dass sie notfalls auch unbegrenzt Anleihen der europäischen Krisenstaaten kaufen wolle. Als nächstes billigte das Bundesverfassungsgericht den deutschen Beitritt zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Und zu guter Letzt kündigte EU-Kommissionspräsident Barroso die schnelle Schaffung einer Bankenunion an.

Die Wirkung trat umgehend ein, insbesondere dank der Entscheidung der EZB. Aktienmärkte schwangen sich fast zu alten Höhen auf, Anleihen der Krisenstaaten gewannen deutlich an Wert, und das Gerede über das drohende Ende der gemeinsamen Währung wich neuer Hoffnung und Zuversicht. Die Frage ist nur, ob diese Hoffnung und Zuversicht auch längerfristig berechtigt ist. Welche Risiken und Nebenwirkungen

sind mit diesen starken Medikamenten verbunden, die dem Kranken offenbar frische Kräfte und Heilung verschafft haben?

Der Kernpunkt ist dabei der folgende: Selten waren die Zinsen so niedrig wie heute, und selten war der Zeitraum niedriger Zinsen so ausgedehnt wie heute. Was Kreditnehmer wie den Häuslebauer sichtlich freut; denn Deutsch-

Die niedrigen Zinsen geben notleidenden Banken geradezu einen Anreiz, weitere übermäßige Risiken einzugehen.

land erlebt einen noch vor kurzer Zeit nicht für möglich gehaltenen Immobilienboom. Es herrscht eine Stimmung nach dem Motto der Toten Hosen: Erleben wir das Beste, kein Ende ist in Sicht.

Eines aber ist klar: Diese Therapie anhaltend niedriger Zinsen ist mit enormen Risiken und Nebenwirkungen verbunden. Im Moment lassen sie sich noch nicht genau beziffern, jedoch zumindest erahnen. Über das an sich schon höchst relevante zentrale Thema Inflation gehen sie jedenfalls weit hinaus. Viele Kommentatoren haben Inflation bereits unmittelbar nach den Paukenschlägen aus dem September als große Gefahr zumindest auf lange Sicht identifiziert. In einem Währungsgebiet wie dem Euro ist es von besonderer Bedeutung; denn dieses Währungsgebiet ist seit Bestehen uneinheitlich. Zudem

wurde die allmähliche Integration der nationalen Märkte durch die Krise um Jahre zurückgeworfen.

Die große Frage wird sein, wie eine Zentralbank wie die EZB – selbst bei bestem Wissen und Gewissen – in einem derartig uneinheitlichen Währungsgebiet mit aufsteigenden Inflationsgefahren umgehen kann. Höhere Zinsen würden die Banken in den prosperierenden Ländern kaum in ihren Handlungen einschränken. Die Banken in

den kriselnden Ländern dagegen würden zumindest illiquide. Es ist eine im klassischen Sinn fast tragisch anmutende Situation, aus der es kein leichtes Entrinnen geben wird. Zu allem Überfluss sind neben der Inflation noch mindestens drei weitere Risiken und Nebenwirkungen zu nennen.

Nehmen wir als erstes die Krisenländer. Dort werden dank der niedrigen Zinsen Banken am Leben erhalten, die unter regulären Umständen



BILDAGENTUR HUBER/SNETEK

abgewickelt werden müssten. Mehr noch: Die niedrigen Zinsen geben notleidenden Banken geradezu einen Anreiz, weitere übermäßige Risiken einzugehen. Wenn es gut läuft, kommen sie wieder auf die Beine. Wenn es schlecht läuft, hält sich der zusätzliche Verlust für sie in Grenzen. Wo nichts mehr ist, kann man nichts holen. Dieses Verhalten ist auch als *gambling for resurrection* bekannt. Es werden die Steuerzahler in diesen und anderen Ländern sein, die die eigentliche Last des Risikos tragen.

Zweitens können sich Probleme in Ländern wie Deutschland ergeben. Das wird dann geschehen, wenn Immobilienkäufer für ihre Kredite weiterhin langfristige Zinsbindun-

gen eingehen, und sich die Banken die Mittel für diese Kredite kurzfristig, über Einlagen und zu geringen Zinsen, besorgen. Was aber, wenn die Zinsen plötzlich wieder steigen und sich auf ihr normales Niveau begeben? Der Kreditnehmer wäre für die Dauer der Zinsbindung von allen Sorgen befreit, nicht aber seine kreditgebende Bank. Sie müsste sich die erforderlichen Mittel zu teureren Konditionen beschaffen. Und schon wäre die nächste Gefahr für die Finanzmarktstabilität gegeben. Folglich müssen bereits jetzt Schutzmaßnahmen in der Bankenregulierung und -aufsicht ergriffen werden, die das Eintreten einer solchen Situation verhindern.

*Die Paukenschläge
im September haben
keine Befreiung angekündigt,
nachhaltiges Vertrauen
ist nicht entstanden.*

Drittens stellt sich die Frage, wie Fondsanbieter und Versicherer ihre Mittel anlegen, sodass sie ihren Kunden noch die versprochenen und erwarteten Renditen liefern, die diese zum Beispiel für ihre Altersvorsorge benötigen? Schon jetzt wird in diesen Branchen immer lauter überlegt, ob neue Anlagefelder wie Infrastrukturprojekte oder erneuerbare Energien attraktiver als traditionelle Investitionen sein könnten, beispielsweise in deutsche Staatsanlei-

hen. Allerdings hätte eine solche Umschichtung unmittelbare Auswirkungen auf die Emittenten, in diesem Fall den Fiskus.

Allein die hier skizzierten Möglichkeiten machen deutlich, dass die Pau-

kenschläge im September keine Befreiung angekündigt haben. Zweifellos haben sie kurzfristig geholfen, dass viele den Fortbestand der gemeinsamen Währung wieder mit größerer Zuversicht betrachten, aber nachhaltiges Vertrauen ist nicht entstanden. Vielmehr könnten die Paukenschläge dazu führen, dass krisengeschüttelte Länder in ihren Reformbemühungen nachlassen und sich in der Hoffnung auf Hilfe von außen zu sehr der Feierlaune an den Aktien- und Anleihemärkten anschließen. Ganz im Sinne der Toten Hosen: Wo alles laut ist, wo alle drauf sind, durchzudreh'n. Dann werden die beschlossenen Maßnahmen schnell das Ende ihrer Wirksamkeit erreichen. ◆

IMPRESSUM Verleger: Detlef Prinz
Herausgeber: Bruno Waltert
Redaktionsdirektor: Dr. Rainer Bieling
Art Director: Paul Kern
Gestaltung und Layout: Mike Zastrow
Bildbearbeitung: Manuel Schwartz
Verlag: HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH
Tempelhofer Ufer 23-24, 10963 Berlin
Telefon 030 - 21 50 54 00, Fax 030 - 21 50 54 47
info@derhauptstadtbrief.de, www.derhauptstadtbrief.de
Druck: ESM Satz und Grafik GmbH, Berlin
Redaktionsschluss: 22. Oktober 2012
Wiedergabe von Beiträgen aus dem HAUPTSTADTBRIEF stets mit der Quellenangabe:
© DER HAUPTSTADTBRIEF. Für unverlangte Zusendungen keine Haftung.



BINDER erkennen Sie
an Präzision.
Und am roten Dreieck.

◀ BINDER ULTRA.GUARD™
-86 °C Ultra- Tiefkühlschrank
zur Langzeittlagerung von Proben

Unter den vielen bemerkenswerten Eigenschaften eines BINDER Simulationsschranks gibt es eine, die uns besonders auszeichnet: die Präzision. Zwischen - 86° und 300° Celsius arbeiten unsere Schränke besonders genau und liefern erstklassige Ergebnisse. Jeder einzelne Schrank erfüllt dabei einen Teil unserer Mission: Die Gesundheit und Produktqualität für die Menschheit zu erhöhen. Als international agierendes Familienunternehmen sind wir seit Jahren der weltweit größte Spezialist unseres Fachs.

BINDER GmbH | Im Mittleren Ösch 5 | D-78532 Tuttlingen
Telefon: 07462/2005 0 | www.binder-world.com

 **BINDER**
Best conditions for your success



Prof. Dr. Thorsten Polleit ist Chefökonom der Degussa und Honorarprofessor an der Frankfurt School of Finance. Er ist Adjunct Scholar am Ludwig von Mises Institute, Auburn, Alabama, und Mitglied der Friedrich August von Hayek Gesellschaft. In 2012 erhielt er den O.P. Alford III Prize in Libertarian Scholarship. Website: www.thorsten-polleit.com

Abschied von der deutschen Vorstellung einer politisch unabhängigen Zentralbank

Der unbegrenzte Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB verzerrt das Marktgeschehen und führt zur nächsten Krise | Von Thorsten Polleit

Mit dem Ankauf von Staatsanleihen, wenn nötig auch in unbegrenzter Menge, will der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) die Refinanzierungskosten strauchelnder Staaten – und damit auch die strauchelnden Banken – künstlich tief halten, um so deren Haushaltslage zu entlasten und Staatspleiten – aber auch Bankpleiten – abzuwenden. Diese „Rettungspolitik“ findet im großen und ganzen Zustimmung in der Öffentlichkeit – zumindest regt sich kaum aktiver Widerstand. Das liegt wohl vor allem daran, dass die schädlichen Nebenwirkungen dieser Politik weitgehend übersehen werden. Doch es gibt sie! Um sie zu erkennen, muss man sich zunächst die volkswirtschaftliche Bedeutung des Zinses vor Augen führen.

Heutzutage wird der Zins meist als politisch zu kontrollierendes „Steuerungsinstrument“ gesehen, das je nach wirtschaftspolitischem Bedarfsfall beliebig zu verändern ist. Ein niedriger Zins wird dabei als förderlich für die Wirtschaft gesehen, ein hoher Zins hingegen als hinderlich. Folglich soll die Zentralbank, so die allgemeine Meinung, den Zins so tief wie möglich halten, um Produktion und Beschäftigung zu „fördern“. Vor allem in einer Rezession emp-

fehlen daher auch viele Ökonomen (zur Freude von Regierungen, Banken und Finanzwirtschaft), die Zentralbank solle die Zinsen absenken, um so die Wirtschaft aus dem Tal zu führen.

Der Zins ist aber nicht etwa eine lästige Kostenhürde, die ein Hindernis auf dem Weg zur Prosperität ist, und der von der Zentralbank auf ein möglichst tiefes Niveau geschleust werden

Der Zins wird als politisch zu kontrollierendes „Steuerungsinstrument“ gesehen, das beliebig zu verändern ist.

„ muss. Diese Sichtweise ist falsch; sie atmet den ideologischen Geist einer immer noch weit verbreiteten „Zinsfeindschaft“.

Der Zins ist vielmehr eine nicht wegzudenkende Kategorie des menschlichen Handelns. Er ist nichts anderes als Ausdruck einer ökonomischen Gesetzmäßigkeit: dass nämlich die Befriedigung gegenwärtiger Bedürfnisse höher (wert)geschätzt wird als die der künftigen Bedürfnisse. Der Zins ist, ökonomisch gesprochen, Ausdruck der „Zeitpräferenz“ der Menschen. Der Zins ist denkwürdig, wenn Menschen frei handeln können; er ist ein Marktphänomen. „Technisch“ gesprochen ist der Zins das Ergebnis aus dem Zusammentreffen des Sparmittelangebots (also dem Teil der laufenden Einkommen, der nicht konsumiert wird) und der Nachfrage nach Sparmitteln für Investitionszwecke.

Er ist nichts anderes als Ausdruck einer ökonomischen Gesetzmäßigkeit: dass nämlich die Befriedigung gegenwärtiger Bedürfnisse höher (wert)geschätzt wird als die der künftigen Bedürfnisse. Der Zins ist, ökonomisch gesprochen, Ausdruck der „Zeitpräferenz“ der Menschen. Der Zins ist denkwürdig, wenn Menschen frei handeln können; er ist ein Marktphänomen. „Technisch“ gesprochen ist der Zins das Ergebnis aus dem Zusammentreffen des Sparmittelangebots (also dem Teil der laufenden Einkommen, der nicht konsumiert wird) und der Nachfrage nach Sparmitteln für Investitionszwecke.

Der Zins ist der unverzichtbare Kompass für alle Marktakteure. Er macht eine zukunftsgerichtete kapitalintensive Produktionsweise überhaupt erst möglich. Mit quasi unsichtbarer Hand leitet der Zins den Aufbau des Kapitalstocks, und letzterer ist es, der die Produktivität und damit Realeinkommen und Wohlstand im Zeitablauf anwachsen lässt. Der Zins zeigt nämlich an, wie viele Ressourcen für neue Investitionen tatsächlich verfügbar sind – und welche Investitionsobjekte sich „nicht rechnen“, weil aufgrund allgegenwärtiger Knappheit nicht alle Investitionsprojekte umgesetzt werden können. Ein Heruntermanipulieren des Marktinzins durch die (Geld-)Politik beschwört daher unweigerlich schwere volkswirtschaftliche Schäden herauf, im Großen wie im Kleinen.

Dies ist mit Blick auf die angepeilten Anleihekäufe durch die EZB unübersehbar.

- Erstens senkt ein künstlich gedrückter Zins die Kreditkosten der Staatsschuldner und damit leider auch den Anreiz für Regierende und Regierte, ihren Staatshaushalt zu gesunden.
- Zweitens werden weitere politische Begehrlichkeiten geweckt, sobald der

EZB-Rat beginnt, die Zinsen auf künstlich tiefe Niveaus zu drücken. Die Geldpolitiker kommen unter politischen Druck, nicht nur die nominalen Zinsen so tief wie möglich zu senken, sondern sie werden auch gedrängt, für negative Realzinsen zu sorgen: die Geldentwertungsrate soll über dem Nominalzins liegen. Auf diese Weise können sich nämlich die politisch einflussreichen Schuldner wie Regierungen und Banken auf Kosten der Investoren und Sparer besserstellen.

- Drittens – und das ist wohl die gravierendste volkswirtschaftliche Folge – führt ein Heruntermanipulieren des Zinses zu verfälschten Finanzmarktpreisen; schließlich hängt die Preisbildung von Aktien, Anleihen und Derivaten am herrschenden Marktinzins. Verfälschte Finanzmarktpreise wiederum verleiten zu Fehlentscheidungen und Fehlinvestitionen, und das nicht nur im Finanzmarktgeschehen, sondern vor allem auch bei Unternehmen, deren Tun oder Lassen die volkswirtschaftliche Produktions- und Beschäftigungsstruktur gestaltet.



Banken wachsen in den Himmel: Die Geldpolitik der EZB begünstigt den völlig überdimensionierten Bankensektor im Euroraum. Seine Bilanzsumme beläuft sich mittlerweile auf 34 427 Milliarden Euro – das sind etwa 360 Prozent des Volkseinkommens im Euroraum.

PICTURE-ALLIANCE/DAI/FREDRICK VON ERCHSEN

Ein künstlich gesenkter Marktinzins setzt zum Beispiel Investitionen in Gang und

schafft neue Arbeitsplätze, die nur aufgrund des künstlich gesenkten Zinses rentabel erscheinen – und die daher auch nur rentabel sind, wenn der Zins künstlich tief bleibt oder weiter abgesenkt wird. Um den durch die künstliche Zinsabsenkung angestoßenen Aufschwung („Boom“) in Gang zu halten und zu verhindern, dass er kollabiert (also von einem „Bust“ gefolgt wird), muss die Zentralbank immer mehr Kredit und Geld in Umlauf bringen zu immer tieferen Zinsen – entweder mit oder ohne Kooperation der Geschäftsbanken.

Das aber ist eine Geldpolitik, die über kurz oder lang in einer offenen Inflationspolitik enden muss. Der Grund ist, dass sie die aufgelaufenen wirtschaftlichen und politischen Fehlentwicklungen nicht korrigiert, sondern im Gegenteil, sie immer weiter verstärkt, so dass die künftige Krise noch größer sein wird als die drohende Krise in der Gegenwart, der man mit der Politik der Zinssenkung und Geldmengenvermehrung zu entkommen sucht.

Ein Beispiel für eben diese Problematik ist die Entwicklung des bereits ohnehin völlig überdimensionierten Bankensektors im Euroraum. Seine Bilanzsumme beläuft sich mittlerweile auf 34 427 Milliarden Euro – das sind etwa 360 Prozent des Volkseinkommens im Euroraum. Anfang 2007 waren es noch etwa 300 Prozent. Im Zuge der Krise ist der Bankenapparat also nicht etwa geschrumpft, sondern vielmehr noch weiter angeschwollen! Der Grund: Die Niedrigzinspolitik der EZB hält marode Banken künstlich über Wasser, verhindert also ihren Marktaustritt und erlaubt ihnen zudem, ihr Geschäftsvolumen auszuweiten.

Mit Blick auf das Anleiheaufkaufprogramm des EZB-Rates wird häufig die damit verbundene Inflationsproblematik übersehen oder aber kleingeredet. Um die Zinsen für ausgewählte Staatsschuldner niedrig zu halten, wird der EZB-Rat seinen Worten Taten folgen lassen müssen. Und das heißt, er wird Anleihen aufkaufen und mit neu geschaffenen Geld bezahlen

müssen. Der Hinweis des EZB-Rates, dass das neu geschaffene Geld „neutralisiert“ werde, überzeugt nicht. Wenn nämlich Nichtbanken (wie zum Beispiel Versicherungen, Pensionskassen und private Sparer) beginnen, ihre Anleihen auf den Markt werfen, muss der EZB-Rat, wenn er die Zinsen tief halten will, den Kaufpreis direkt auf die Konten der Verkäufer überweisen – und das erhöht den umlaufenden Zahlungsmittelbestand. Dabei ist zu beachten, dass die Euroraum-Banken „lediglich“ Staatsanleihen und Staatskredite in Höhe von gut 2700 Milliarden Euro in ihren Bilanzen halten. Der Großteil der ausstehenden Staatsschulden in Höhe von knapp 6000 Milliarden Euro dürfte vor allem bei Nichtbanken im In- und Ausland liegen.

Dass Europa zusehends auf ein zentralistisch-planwirtschaftliches Modell einschwenkt, und die EZB nun vollends in den Dienst der Regierungen gestellt wird – und damit also die deutsche Blaupause einer politisch unabhängigen Zentralbank verworfen wird –, mag Bestürzung hervorrufen. Doch überraschen kann das nicht. Denn all diese Entwicklungen folgen der unerbittlichen Logik des ungedeckten Papiergeldes, für dessen Produktion der Staat das Monopol beansprucht.

Die Logik, die der Verstaatlichung der Geldproduktion innewohnt (noch dazu eine, die in den Händen einer Vielvölkergemeinschaft liegt), wird absehbar zu einer ungehemmteren Ausweitung der Geldmenge führen: Unter dem Drängen der Regierungsvertreter, die den Euro um „jeden Preis“ erhalten wollen, wird der EZB-Rat versuchen, die Zahlungs- und Konjunkturprobleme, die er durch die ungedeckte Papiergeldausgabe selbst verursacht hat, mit der Ausgabe von immer neuem Geld zu lösen. Das wird so weit getrieben, bis die vermeintliche Problemlösung – das Geldmengenvermehrten – selbst zum zentralen Problem wird: die offen zu Tage tretende Geldentwertung – die hohe oder sogar sehr hohe Inflation. ◆

*Geldentwertung,
hohe Inflation
als unvermeidbare
Folgen.*

Für das Wichtigste im Leben:
das **Leben**

**Wärme, Schutz, Geborgenheit –
schon für die ganz Kleinen sind wir da**

Wo immer Dräger-Produkte zum Einsatz kommen, geht es um das Wichtigste: das Leben. Für viele Frühchen ist der Start ins Leben sehr schwer. Dräger hilft ihnen dabei. Ob im Kreissaal, auf der Intensivstation oder im Rettungswagen – bei jedem Einsatz vertrauen Ärzte, Pfleger und Patienten auf unsere Technik. Und das seit 120 Jahren. www.draeger.com

Dräger. Technik für das Leben®



Thomas Schmid
ist Herausgeber der WELT-Gruppe
im Axel Springer Verlag.

Nie wieder Krieg!

Europa als ein Zaubermittel, das Krieg, Elend und Herkunft verschwinden lässt, bewirkt das Gegenteil: Die EU läuft Gefahr, den Bürgern fremd zu werden

Von Thomas Schmid

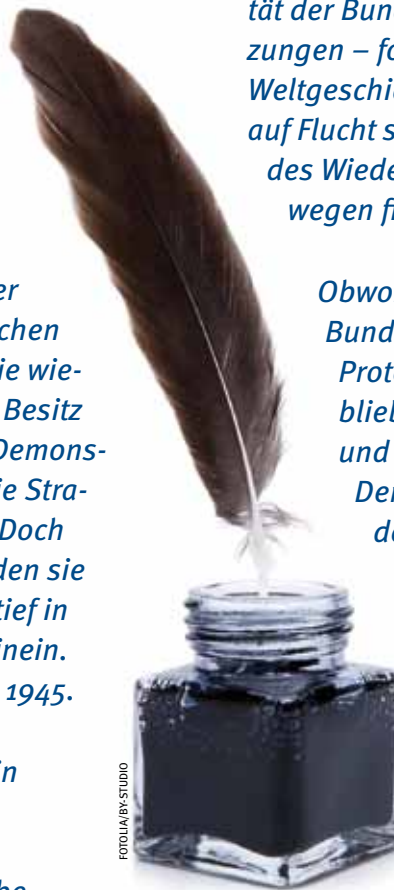
Man muss nicht gleich mit der Wendung kommen, der Weg in die Hölle sei mit guten Absichten gepflastert. Aber es gibt schon Anlass, eine Parole kritisch zu beäugen, die fast wie ein Leitstern über Deutschland und den Deutschen steht. Diese Parole lautet: Nie wieder Krieg! Sie galt lange als Besitz der Linken, auf unzähligen Demonstrationen wurde sie durch die Straßen der Republik getragen. Doch tatsächlich reichte der Ruf, den sie darstellte, viel weiter: ganz tief in die deutsche Gesellschaft hinein. Und zwar schon gleich nach 1945.

Die Friedenssehnsucht war in diesen Jahren vielleicht die größte Sehnsucht der Deutschen. Nachdem sie die halbe Welt in Trümmern gelegt hatten, wollten sie mit der großen Geschichte nichts mehr zu tun haben. Sie wollten – und dafür schufen Kalter Krieg und halbierte Souveräni-

tät der Bundesrepublik beste Voraussetzungen – fortan einen stillen Winkel der Weltgeschichte bewohnen. Ein wenig wie auf Flucht stürzten sie sich in die Arbeit des Wieder- und Neuaufbaus, auch deswegen fiel dieser so erfolgreich aus.

Obwohl es mit der Gründung der Bundeswehr seit 1955 – gegen breite Proteste – wieder eine Armee gab, blieben Staat und Gesellschaft durch und durch friedvoll, ja pazifistisch. Den Revanchismus, den manche der frühen Bundesrepublik unterstellten, hat es nie gegeben.

Von winzigen Splittergruppen abgesehen gab es die ganz große Koalition derer, die einen zwar wirtschaftlich starken, politisch aber schwachen Staat wollten. Die Deutschen wollten klein sein. Nach innen wie nach außen. Und gerade die beiden großen CDU-Kanzler, Adenauer und Kohl, repräsentierten – wenn auch auf höchst unterschiedliche Weise – diese Haltung.



FOTOLIA/BY-STUDIO

Die fremde Feder

Früh erblühte eine geradezu schwärmerische Europabegeisterung, auch der junge Helmut Kohl wurde von ihr so heftig erfasst, dass er sich am Niederreißen von deutsch-französischen Grenzbäumen beteiligte. Im Osten wiesen sowjetische Propagandakommissare auf die Trümmerberge in den Städten und erklärten ratlosen wie sinnsuchenden Jugendlichen, dies sei eben die Folge des Kapitalismus – also müsse nun der Sozialismus her.

Ähnliches geschah im Westen: Die Europabegeisterten wiesen mit dem Finger auf Trümmer und Elend und erklärten zukunfts hungrigen jungen Männern und Frauen, dies sei die Folge von Nationalismus, ja des Nationalstaats – also müsse nun zügig das vereinte Europa ohne Grenzen her. Die Vereinigten Staaten von Europa, so die Hoffnung, würden über kurz oder lang ein europäisches Volk hervorbringen, dessen Bürger ihre nationalstaatliche Herkunft bald schon ausschwitzen und vergessen würden.

So gut das auch klang – es konnte nicht funktionieren. Denn der Gedankengang, der dem zugrunde lag und der eine gewaltige Wirkmacht entfalten sollte, stimmt nicht. Wenn ihr keinen Krieg mehr wollt, dann müsst ihr das vereinte Europa schaffen: Das ist schon deswegen ein Fehlschluss, weil der Krieg eben doch ein schlechter Ratgeber ist, selbst dann, wenn zum Frieden geraten werden soll.

Die Europabewegung war auch eine Fluchtbewegung: Europa als ein Zaubermittel, das Krieg, Elend und Herkunft verschwinden lässt. Man kann das Friedensmotiv

gut verstehen – sollte es aber nicht teilen. Denn es war und ist allzu idealistisch. Weil die frühen Europa-Schöpfer jedoch durchaus harte Realpolitiker waren, allen voran Jean Monnet, suchten sie früh nach Mitteln und Wegen, diesem Idealismus ein eisernes Gehäuse zu verpassen, aus dem er nie wieder würde fliehen können.

So wurden Stein auf Stein europäische Institutionen geschaffen, und zwar immer nach dem gleichen Muster: Was einmal erreicht ist, kann nie wieder rückgängig gemacht werden. Im Gegenteil, jedem Schritt muss ein neuer, möglichst noch größerer folgen. Die törichte Fahrrad-Metapher drückt das gut aus: Die EU sei wie ein Fahrrad – tritt man nicht ständig in die Pedalen, fällt es um.

Der Krieg ist eben doch ein schlechter Ratgeber, selbst dann, wenn zum Frieden geraten werden soll.

“

Helmut Kohl hat dem die Wendung gegeben, der Prozess der euro-

päischen Integration müsse „unumkehrbar“ sein. Es fällt nicht schwer, aus diesem leidenschaftlichen Plädoyer des in seiner Leidenschaftlichkeit so sympathischen Pfläzlers auch Furcht und Panik herauszuhören. Was wäre eigentlich so schlimm daran, wenn dieses und jenes wieder rückgängig gemacht würden? Trial and error ist nun einmal die beste Fortbewegungsart der Politik. Und zur Demokratie gehört doch unabdingbar das Prinzip, dass jede Entscheidung im Interesse künftiger Generationen rückgängig gemacht werden kann. Weil das offensichtlich nicht so sein will, läuft die schöne EU Gefahr, den Bürgern, die daheim in ihren Nationalstaaten sitzen, fremd zu werden. Und ich befürchte, die Sache wird dadurch nicht besser, dass wir von Oslo aus alle zu Friedensnobelpreisträgern gekürt worden sind. ◆



Prof. Dr. Peter Danckert, MdB, ist Rechtsanwalt und seit September 2010 Honorarprofessor für Recht und Politik an der Technischen Hochschule Wildau. Seit 1998 gehört der Sozialdemokrat dem Deutschen Bundestag an, dort ist er Mitglied des Haushaltsausschusses. Er gehörte zu den SPD-Abgeordneten, die gegen den ESM-Vertrag stimmten, und klagte anschließend in Karlsruhe.

Das Parlament darf nicht nur auf Karlsruhe vertrauen, sondern muss seine Rechte selbst aktiv schützen

Das Verfassungsgericht hat den ESM in Kraft treten lassen, aber klare Leitplanken definiert. Besser wäre es, wir Parlamentarier täten das selbst | Von Peter Danckert

Auf den ersten Blick sind unsere Klagen gegen die Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM im einstweiligen Verfahren am 12. September vor dem Bundesverfassungsgericht überwiegend gescheitert. Der Bundespräsident hat den ESM-Vertrag unterzeichnet, am 8. Oktober 2012 hat der ESM seine Arbeit aufgenommen. Klaus Regling, der bereits den Vorgänger EFSF geleitet hat, wird auch an der Spitze der 700 Milliarden Euro starken Finanzinstitution ESM stehen. Ein exzellenter Fachmann, der die Krise jedoch gerne ein bisschen klein redet.

Dennoch können wir als Kläger zufrieden sein.

Nachdem Bundestag und Bundesrat am 29. Juni in einem beispiellosen Hau-Ruck-Verfahren dem Gesetzespaket ESM und Fiskalpakt zugestimmt hatten, legte das höchste deutsche Gericht nun klare und weitreichende *Benchmarks* für das zukünftige Zusammenspiel zwischen der EU und den nationalen Parlamenten fest. Der umfangreichen mündlichen Verhandlung am 13. Juli war eine summarische Prüfung vorausgegangen, die bei einem Antrag auf einstweilige Anordnung nicht die Regel ist. Ebenfalls nicht die Regel war auch die Außergewöhnlichkeit der

Umstände: Gemeinsam mit der ehemaligen SPD-Justizministerin Herta Däubler-Gmelin hatte der Verein *Mehr Demokratie e.V.* mit 35 000 Unterzeichnern die bis dato zahlenmäßig größte Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe eingereicht.

Das Novum an dem nun gesprochenen Urteil ist die Tatsache, dass das Bundesverfassungsgericht Vorbehalte formuliert hat, die nicht nur innerstaatlich, sondern auch im Außenverhältnis

Das Parlament darf nicht nur auf Karlsruhe vertrauen, sondern muss seine Rechte selbst aktiv schützen.

– also völkerrechtlich – wirken. Ich kann mich an keinen vergleichbaren Fall in meiner politischen Laufbahn erinnern. Die Staat- und Regierungschefs kamen

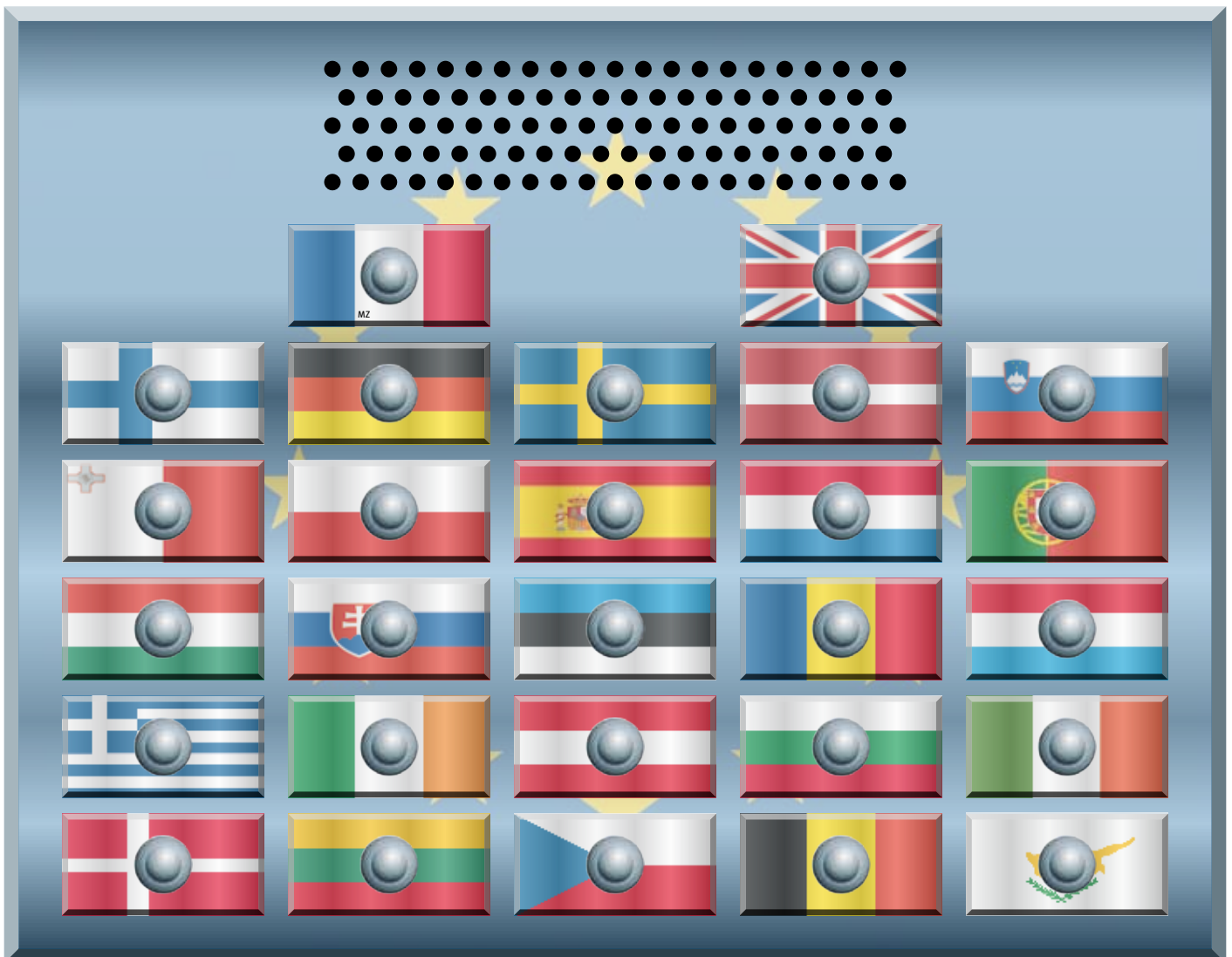
nicht darum herum, sich mit den Auflagen des Urteils zu befassen, da diese – in völkerrechtlich verbindlicher Form – fixiert worden waren. Die restlichen 16 Euro-Mitgliedstaaten haben diese verbindliche Erklärung bei der Ratifizierung des ESM-Vertrages am 8. Oktober unterzeichnet.

Als Parlamentarier, der ich bei den Abstimmungen zum ESM und Fiskalpakt am 29. Juni nicht mit der Mehrheit – und auch entgegen der Mehrheit meiner eigenen Fraktion – gestimmt habe, bin ich der Überzeugung, dass das Parlament nicht

nur auf Karlsruhe vertrauen darf, sondern seine Rechte und damit die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie in unserem Land selbst aktiv schützen muss. Dazu gehört, dass eine Opposition ihre Rolle auch wahrnimmt, sprich: opponiert, wenn der Europa-Kurs der Regierung in die falsche Richtung geht, was offenkundig der Fall ist. So musste es nun das Bundesverfassungsgericht richten. Es hat zwei zentrale Auflagen erteilt.

- Zum einen wurde festgelegt, dass die Regelung in Art. 8 Abs. 5 ESM-Vertrag unter allen Umständen so auszulegen ist, dass sämtliche Zahlungsverpflichtungen Deutschlands der

Höhe nach auf maximal 190 Milliarden Euro begrenzt sind. Keine Vorschrift des Vertrages darf so ausgelegt werden, dass für die Bundesrepublik Deutschland *ohne Zustimmung des deutschen Vertreters* höhere Zahlungsverpflichtungen begründet werden. Das Gericht präzisiert diesbezüglich weiter: „Da der ESM-Vertrag insoweit auch einer anderen Auslegung zugänglich sein könnte, muss die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Ratifikationsverfahrens für die gebotene Klarstellung sorgen“ (Randnotiz 242). Das Gericht führt weiter aus, dass die kategorische Haftungsbeschränkung (Art. 8 Abs. 5) „aber auch einer Auslegung



Hinter jedem Klingelschild ein netter Nachbar: Wenn im gemeinsamen Haus Europa jeder selbst für seine Wohnung sorgt, gibt es gute Nachbarschaft. Wenn aber einige die Kosten für ihre Einrichtung auf alle anderen umlegen wollen, stimmt etwas nicht. Das Bundesverfassungsgericht hat der Umverteilung jetzt Grenzen gesetzt.

zugeführt werden kann, die mit der verfassungsrechtlichen Vorgabe, die haushaltsmäßigen Belastungen klar und abschließend festzulegen, nicht mehr vereinbar wäre“. Diese Klarstellung verdeutlicht, dass unterschiedliche Auslegungsmöglichkeiten existieren, die der Präzisierung des Gerichts bedurften. Durch die nun erfolgte Präzisierung wird konkret verhindert, dass Deutschland im Zweifel mit dem Mehrfachen seines Kapitalanteils haften muss.

- Zum anderen hat das Gericht klargestellt, dass die Vertraulichkeits- und Schweigepflichtbestimmungen des ESM-Vertrages einer umfassenden Unterrichtung von Bundestag und Bundesrat nicht entgegenstehen dürfen (Art. 32 Abs. 5, Art. 34 und Art. 35 Abs. 1 ESM-Vertrag). Hier ist aus meiner Sicht ein erhebliches Maß an parlamentarischer Demokratie gewonnen.

Darüber hinaus ergeben sich aus meiner Sicht jedoch weitere bedeutende Punkte. Die sicherlich konträrste Frage, nämlich die Rechtmäßigkeit der von der Europäischen Zentralbank (EZB) angekündigten, unbegrenzten Anleihenankäufe, bleibt der Entscheidung im Hauptverfahren vorbehalten, das mit Spannung zu erwarten ist. Das Gericht hat in seinem Urteil dennoch bereits den einen oder anderen interessanten Hinweis gegeben.

Klar ist: Die EZB handelt mit vergangenen und künftigen Ankäufen von Staatsanleihen außerhalb ihres Mandats. Dieses konzentriert sich gemäß Art. 282 AEUV, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, eindeutig auf die Wahrung der Preisstabilität im Euroraum und enthält weder offen noch verdeckt die Ermächtigung zu Bailout-Maßnahmen für einzelne Euroländer. Diese Haftung für Verbindlichkeiten Dritter ist im übrigen durch die europäischen Verträge eindeutig untersagt (Art. 123 AEUV). Es wird dennoch praktiziert. Bei jeder Kritik verweist die EZB auf ihre Unabhängigkeit. Ich bin hingegen der festen

Überzeugung, dass das Recht – ob Verfassung, nationale Gesetze oder internationale Verträge – den Rahmen für politisches Handeln setzt und nicht durch politisches Handeln beliebig gebogen oder ins Gegenteil verkehrt werden darf.

Der gegenwärtige Kurs der EZB verstößt somit nicht nur gegen deren rechtliche Grundlagen, er gefährdet auch ihre Unabhängigkeit, in dem sie sich zum Vollstrecker anderweitig getroffener politischer Entscheidungen macht. Nicht zuletzt deshalb hat Bundesbankpräsident Jens Weidmann als Einziger im EZB-Rat gegen das neue Programm zum Staatsanleihen-Ankauf gestimmt.

Die Bundesregierung ist weiterhin durch das Urteil verpflichtet, die nötigen haushälterischen „Vorkehrungen“ zur Vermeidung des Verlustes

*Eine Opposition
muss ihre Rolle
auch wahrnehmen, sprich:
opponieren, wenn es in die
falsche Richtung geht.*

„ seines Stimmrechts nach Art. 4 Abs. 8 ESM-Vertrag zu treffen. Dies betrifft die sogenannte Nachschusspflicht im Rahmen des genehmigten Stammkapitals. Der Begriff der Vorkehrungen ist in der

Tat etwas vage, so dass abzuwarten bleibt, wie die Bundesregierung diese abstrakte Vorgabe konkret haushaltsrechtlich umsetzen wird.

Höchst bemerkenswert ist auch die Feststellung des Gerichts in Bezug auf eine Banklizenz für den ESM. Das Gericht stellt in seiner Begründung fest, dass „auch eine Hinterlegung von Staatsanleihen durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus bei der Europäischen Zentralbank als Sicherheit für Kredite gegen das Verbot unmittelbaren Erwerbs von Schuldtiteln öffentlicher Stellen verstoßen würde“ (Randnotiz 278). Ein Erwerb von Staatsanleihen am Sekundärmarkt durch die Europäische Zentralbank, der auf eine von den Kapitalmärkten unabhängige Finanzierung der Haushalte der Mitgliedstaaten zielt, ist als Umgehung des Verbotes monetärer Haushaltsfinanzierung ebenfalls untersagt. Laut Bundesverfassungsgericht fällt der ESM unter die in Art. 123 AEUV aufgelisteten Finanzinstitutionen, denen es untersagt



PICTURE ALLIANCE/PAUL DECK

Urteilsverkündung in Karlsruhe: Wenn der Bundestag im Hauruck-Verfahren entscheidet, müssen die Verfassungsrichter ran.

ist, Kredite zu empfangen. Meiner Interpretation nach ist die Diskussion, den ESM mit einer Banklizenz auszustatten, damit obsolet geworden.

In Anbetracht der inkonsequenten, einander häufig widersprechenden Ankündigungen der Bundeskanzlerin, kann ich die derzeit vorherrschende Politikverdrossenheit der Bürger gut nachvollziehen. Es ist fast schon zur Regel geworden: All das, was Kanzlerin Merkel zunächst kategorisch ausschließt, wird spätestens beim nächsten Hilfspaket traurige Realität. Griechenland ist hierfür das Beispiel *par excellence*. Der Schuldenstand Griechenlands betrug laut IWF 2010 328,59 Milliarden Euro (zirka 160 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, BIP) und stieg 2011 sogar noch auf satte 350,26 Milliarden Euro. Eine verhängnisvolle Entwicklung, die Kanzlerin Merkel nach ihrer Kehrtwende durch ein drittes Hilfspaket auch noch belohnen will.

Wir als Politiker sind in der Pflicht, komplexe Sachverhalte und Entscheidungen bürgernah und verständlich zu erklären. Das gilt insbesondere für die SPD und ihr Selbstverständnis als linke

Volkspartei, die sich den Interessen der arbeitenden Menschen in diesem Land verpflichtet fühlt, also derer, die vom Ertrag ihrer Arbeit leben und auch vom Ergebnis ihrer Leistung Ersparnisse bilden wollen. Diese Ersparnisse zu entwerten, indem das Geld entwertet wird, wäre somit das Unsozialste, was unsere Politik anrichten kann. Den Bürgern schwindelt es bei den Milliardensummen, mit denen im Zuge der Euro-Rettung operiert wird. Die Menschen haben nicht mehr den Eindruck, dass sich die Politik wirklich um ihre Belange kümmert. Wohl aber haben sie erkannt, dass mit sehr viel Geld zwar Zeit gekauft wird, die wirklichen Problemen in den Krisenländern in dieser Zeit aber nicht gelöst werden.

Ich werde mich in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion weiterhin dafür einsetzen, dass wir Irrwege vermeiden und uns als Abgeordnete nicht durch Nacht- und Nebelbeschlüsse der europäischen Staats- und Regierungschefs davon abhalten lassen, unserer Pflicht als Volksvertreter nachzukommen. Wenn am Ende des Tages immer nur der Gang nach Karlsruhe bleibt, ist das ein Armutszeugnis für unsere parlamentarische Demokratie. ♦

BELLES ETAGES

Jägerstraße 48

AM GENDARMENMARKT



WELTSTADTWOHNEN, NEU DEFINIERT.

**IHRE EXKLUSIVE EIGENTUMSWOHNUNG
IN DER MITTE BERLINS.**

ZIEHEN SIE EIN IN EIN STADTPALAIS DES 21. JAHRHUNDERTS. IN EIN APARTMENT, SO NOBEL WIE IHR GESCHMACK. IN EINE ADRESSE, SO BEVORZUGT WIE REPRÄSENTATIV. GENIESSEN SIE IHRE EIGENE BELLE EPOQUE.

INFORMATIONEN ERHALTEN SIE UNTER

030 - 88 09 43 33

WWW.BELLES-ETAGES.DE

 **GROTH GRUPPE**



Prof. Dr. Dietrich Murswiek ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Öffentliches Recht der Universität Freiburg. Wie schon bei den Klagen gegen den Vertrag von Lissabon und gegen den vorläufigen „Euro-Rettungsschirm“ vertritt er den Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler auch im Verfahren gegen den ESM vor dem Bundesverfassungsgericht.

Karlsruhe rettet uns nicht vor den Euro-Rettern

Das ESM-Urteil ist ein Ja-aber-Urteil, wie wir es in der Europa-Rechtsprechung seit dem Maastricht-Urteil kennen. Allerdings fällt das Aber diesmal ziemlich kleinlaut aus. Eine Analyse | Von Dietrich Murswiek

Grünes Licht für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), für die 700 Milliarden Euro schwere Super-Finanzinstitution, die mit riesigen Transfersummen klamme Eurostaaten und damit den Euro als solchen „retten“ soll. Das ist der Kern des Urteils, mit dem das Bundesverfassungsgericht am 12. September 2012 die Eilanträge gegen das Zustimmungsgesetz zum ESM-Vertrag überwiegend abgewiesen und so die Ratifikation des Vertrages ermöglicht hat. Gejubelt haben die Bundesregierung und die Finanzmärkte.

Der gemeinsame Jubel signalisiert: Die Bundeskanzlerin hat sich durchgesetzt – im Interesse von Großbanken und anderen Großinvestoren. Für Steuerzahler und Sparer ist das Urteil kein Grund zur Freude. Sie werden die immensen Kosten der Rettungstransfers am Ende bezahlen müssen – in Form höherer Steuern und in Form von Inflation. Beides wird kommen; denn niemand kann ernsthaft glauben, dass die Rettungsmilliarden auch nur annähernd vollständig zurückfließen werden.

Eine juristische Analyse des ESM-Urteils muss ambivalent ausfallen. Es ist ein Ja-aber-Urteil,

wie wir es in der Europa-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts seit dem Maastricht-Urteil kennen. Allerdings fällt das Aber diesmal ziemlich kleinlaut aus. Das Bundesverfassungsgericht stellt sich der „Euro-Rettungspolitik“ nicht entgegen, sondern beschränkt sich darauf, einige limitierende Präzisierungen vorzunehmen. Das Gericht definiert seine Rolle sehr eng und

*Für Steuerzahler
und Sparer bedeutet
das ESM-Urteil: Sie werden
die immensen Kosten
bezahlen müssen.*

“ räumt der Politik äußerst große ökonomische Beurteilungs- und Bewertungsspielräume ein.

Was haben wir als Kläger mit dem ESM-Urteil erreicht? Zunächst hat das Bundesverfassungsgericht

entschieden, dass die deutschen Zahlungspflichten im Rahmen des ESM auf 190 Milliarden Euro begrenzt sind. Der Vertragstext lässt auch die Interpretation zu, dass Deutschland viele höhere Zahlungen – im schlimmsten Fall bis zu 700 Milliarden Euro – zu leisten hat, falls andere Vertragsstaaten ihren Zahlungspflichten nicht nachkommen. Diese Auslegungsmöglichkeit hat das Bundesverfassungsgericht im Wege der „verfassungskonformen Interpretation“ ausgeschlossen und die Ratifikation des Vertrages davon abhängig gemacht, dass auf völkerrechtlich verbindliche Weise sichergestellt wird, dass nur die verfas-

sungsmäßige Interpretation bei der Anwendung des Vertrages zugrunde gelegt werden darf.

Ebenso ist das Bundesverfassungsgericht bezüglich derjenigen Vorschriften des ESM-Vertrages vorgegangen, aus denen abgeleitet werden könnte, dass die Mitglieder der ESM-Organe vor den Parlamenten der Mitgliedstaaten nicht Rede und Antwort stehen müssen, ja nicht einmal Auskunft geben dürfen. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass diese Vorschriften so ausgelegt werden müssen, dass Bundestag und Bundesrat von den deutschen Vertretern in den ESM-Organen die für ihre Willensbildung erforderlichen Informationen erhalten. Anders wäre demokratische Kontrolle schlechthin unmöglich.

Noch nie zuvor in der Geschichte des Bundesverfassungsgerichts hatte ein Antrag auf einstweilige Anordnung gegen einen völkerrechtlichen Vertrag Erfolg. Und noch nie hat das Bundesverfassungsgericht die Ratifikation eines völkerrechtlichen Vertrages davon abhängig gemacht, dass der Bundespräsident bei der Ratifikation völkerrechtliche Vorbehalte erklärt. Insofern ist dieses Urteil eine Premiere und insofern ist der Teilerfolg der Kläger eine kleine juristische Sensation.

Einen weiteren Erfolg haben wir hinsichtlich der Sicherung des Stimmrechts der deutschen Vertreter in den ESM-Organen erzielt. Eines der Probleme, die wir mit der Klage thematisiert hatten, besteht darin, dass die Stimmrechte eines ESM-Mitglieds suspendiert werden, wenn dieses mit seinen Zahlungspflichten – insbesondere im Fall von Kapitalabrufen – in Verzug ist. Eine solche Situation ist auch für Deutschland nicht bloß theoretischer Natur, denn nach dem Vertrag können hohe Milliardenbeträge auch sehr kurzfristig abgerufen werden und sind dann binnen weniger Tage einzuzahlen. Sollte dies der Bundesrepublik Deutschland nicht gelingen, könnte dies

dazu führen, dass der Gouverneursrat Beschlüsse fasst, die den Bundeshaushalt mit hohen Milliardenrisiken belasten, ohne dass Deutschland an der Beschlussfassung beteiligt war. Dies wäre mit dem Demokratieprinzip unvereinbar.

Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Problem jetzt in der Weise gelöst, dass es Bundesregierung und Bundestag verpflichtet sicherzustellen, dass die auf Deutschland entfallenden Anteile am genehmigten Stammkapital „jederzeit und vollständig eingezahlt werden können“. Bisher ist nur das einzuzahlende Kapital im Unterschied zum abrufbaren Kapital in den Haushaltsplan eingestellt worden, nämlich rund 22 Milliarden Euro, während weitere 168 Milliarden Euro abgerufen werden können. Dafür sind noch keine Rückstellungen gebildet worden. Man darf gespannt sein, wie die Bundesregierung dieses Problem lösen will.

*Von Demokratie
kann man nicht mehr reden,
wenn „alternativlos“ Steuergelder
in exorbitanter Höhe
auf dem Spiel stehen.*

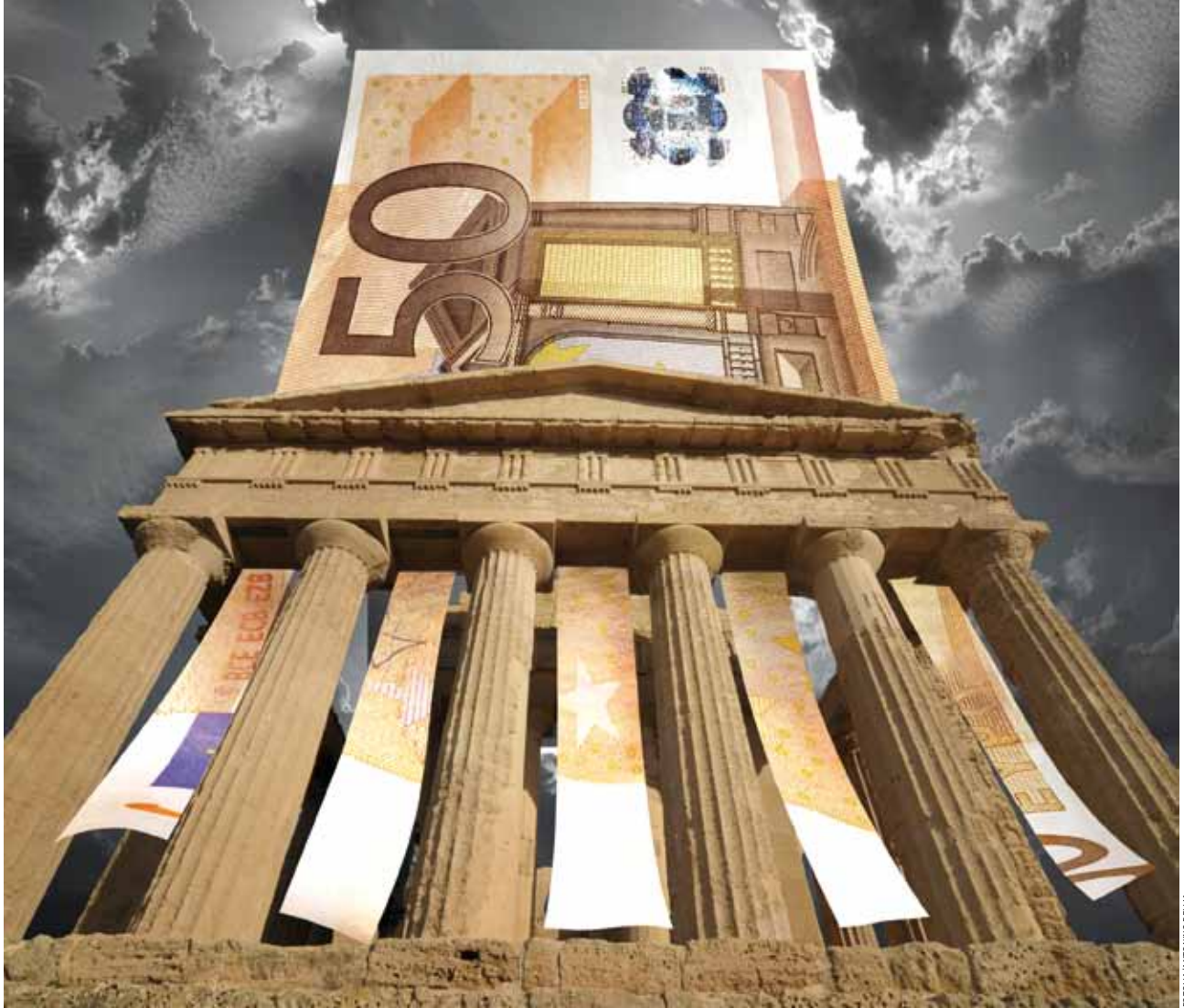
“

”

Verfassungsrechtlich ausgeschlossen hat das Bundesverfassungsgericht die „Banklizenz für den ESM“. Das ist

insofern ein wichtiger Teilerfolg, als noch vor wenigen Wochen die Idee die europäische Rettungspolitik bewegte, dem ESM „unbegrenzte Feuerkraft“ zu verschaffen, indem man ihm ermöglicht, bei der Europäischen Zentralbank (EZB) Kredit aufzunehmen, mit dem er dann Staatsanleihen der Problemstaaten aufkaufen, diese wiederum bei der EZB als Pfand für weitere Kredite hinterlegen, mit dem neuen Kredit wieder Staatsanleihen kaufen könnte und so fort. Diesem Perpetuum mobile der Rettungspolitik hat das Bundesverfassungsgericht einen Riegel vorgeschoben.

Nicht gebremst wurde im Eilverfahren hingegen die EZB, die erst wenige Tage vor dem Urteil beschlossen hatte, Staatsanleihen der Problemstaaten in unbegrenztem Umfang anzukaufen und damit genau das zu tun, was – freilich in



Für Steuerzahler und Sparer ist das ESM-Urteil kein Grund zur Freude. Sie werden die immensen Kosten der Rettungstransfers am Ende bezahlen müssen – in Form höherer Steuern und in Form von Inflation. Das Bild vom Euroschein im ESM-Schredder verdeutlicht den kommenden Wertverlust von Sparvermögen.

begrenztem Umfang – Aufgabe des ESM ist. Der Erfolg, die deutschen Zahlungspflichten im Rahmen des ESM auf 190 Milliarden Euro zu begrenzen, ist wenig wert, wenn die EZB – ohne Zustimmung der Parlamente – dann unbegrenzt das tut, was der ESM nur begrenzt tun darf. Denn auch für die Risiken, die sich in der Bilanz der EZB anhäufen, haften letztlich die Mitgliedstaaten und somit der Steuerzahler.

Immerhin hat das Bundesverfassungsgericht ein wenig Hoffnung geweckt, indem es in seiner Urteilsbegründung das Verbot der monetären Staatsfinanzierung durch die EZB hervorgehoben und eine Warnung an die EZB gerichtet hat, dass auch Staatsanleihenkäufe auf dem Sekundärmarkt gegen dieses Verbot verstoßen können. Das Gericht will sich im Hauptsacheverfahren mit dieser Thematik noch befassen.

Trotz der genannten Erfolge sehe ich als Klägervertreter das Urteil auch sehr kritisch. Das Bundesverfassungsgericht ist über wichtige Probleme einfach hinweggegangen. Es ist insbesondere nicht auf den Vorwurf eingegangen, der ESM-Vertrag verpflichtete die Mitgliedstaaten zu späteren Kapitalerhöhungen oder Rekapitalisierungen, wenn diese zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit – etwa nach hohen Verlusten oder zur Rettung großer Länder, für die das Kapital nicht ausreicht – erforderlich sein sollte. Wenn das zutrifft, ist die vertragliche Begrenzung der Zahlungspflicht auf 190 Milliarden Euro nur pro forma gegeben.

Kein Thema für Karlsruhe ist der Umstand, dass die „Euro-Rettung“ in Wirklichkeit Rettung von Großbanken und Großinvestoren ist und dass diese immer wieder die Parlamente mit ihrer –

angeblichen – Systemrelevanz erpressen. Von Demokratie kann man aber nicht mehr reden, wenn das Parlament keine Entscheidungsalternativen mehr hat, sondern „alternativlos“ Steuergelder in exorbitanter Höhe aufs Spiel setzt, weil die Gefahr besteht, dass Bankenpleiten andernfalls Dominoeffekte auslösen und das ganze Finanzsystem zusammenbricht.

Demokratie setzt die Freiheit zur Entscheidung über Alternativen voraus. Die Staatsorgane sind verfassungsrechtlich verpflichtet, für die Aufrechterhaltung der Funktionsbedingungen der Demokratie zu sorgen, hätten also nach den Erfahrungen der Finanzkrise von 2008 dafür sorgen müssen, dass die systemrelevanten Finanzinstitute entweder so umorganisiert werden, dass sie ihre Systemrelevanz verlieren, oder dass die Risiken dieser Institute innerhalb des Finanzsektors

aufgefangen werden und den Steuerzahler nicht mehr belasten. Dann wäre die „Euro-Rettung“ nicht nötig gewesen; man hätte ein Land wie Griechenland ohne Schaden für die Allgemeinheit in die Insolvenz laufen lassen können.

Das Gericht hat sich auch nicht damit auseinandergesetzt, dass die Durchbrechung des

**Wer sich
gegen den Rettungswahn
wehren will, muss jetzt
politisch aktiv werden.**

„Bail-out-Verbots – des Verbots von Finanzhilfen für Eurostaaten – eine Schleuse öffnet, die man politisch nie mehr schließen kann, weil der politische Druck zu

immer neuen Hilfen unwiderstehlich groß sein wird. Der ESM ist ein Fass ohne Boden; er wird als Rettungsmechanismus nur funktionieren, solange immer neue Milliarden hineingekippt werden. Dafür interessiert sich das Bundesverfassungsgericht nicht, solange nur für jede Kapitalerhöhung das Parlament gefragt wird.



Die ganze Europa-Debatte in unserem Online-Archiv

Auf unserer Website haben Sie Zugriff zu allen Beiträgen, die die Europa-Politik im Kontext von Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit beleuchten.



Eine verfassungsrechtliche Obergrenze für Rettungsmilliarden aus dem Bundeshaushalt hat das Bundesverfassungsgericht zwar nicht völlig ausgeschlossen, aber es hat deutlich gemacht, dass es nicht bereit ist, sie auch praktisch anzuwenden. Die Obergrenze liegt erst da, wo „sich die Zahlungsverpflichtungen und

Haftungszusagen im Eintrittsfall so auswirken, dass die Haushaltsautonomie jedenfalls für einen nennenswerten Zeitraum nicht nur eingeschränkt würde, sondern praktisch vollständig leerliefe.“ Das Bundesverfassungsgericht akzeptiert die Einschätzung des Gesetzgebers, die Übernahme der Zahlungspflicht für den ESM führe auch dann nicht zum vollständigen Leerlaufen der Haushaltsautonomie, wenn man in die Berechnung auch diejenigen Haushaltsrisiken einbezieht, die sich aus allen Rettungsaktio-

nen seit 2010, den Anleihekäufen der EZB und den Target-Salden ergeben – wenn wir also Risiken von nicht „lediglich“ 190 Milliarden, sondern von insgesamt über 1 Billion Euro zugrunde legen. Das ist mehr als das Volumen der Bundeshaushalte für drei Jahre. Dass die Haushaltsautonomie – also die Freiheit des Parlaments über die Einnahmen und Ausgaben des Staates zu entscheiden – noch gewahrt

ist, wenn eine solche Summe fällig wird, kann ich mir nicht vorstellen, zumal die Schuldenbremse des Grundgesetzes die Finanzierung über zusätzliche Schulden ausschließt.

Das Bundesverfassungsgericht hingegen gibt sich offenbar mit der Hoffnung zufrieden, dass

es schon nicht so schlimm kommen und ein so großer Betrag jedenfalls nicht auf einmal, sondern allenfalls in erheblicher zeitlicher Streckung fällig werden wird. Die von einzelnen Parlamentariern in der mündlichen Verhandlung geäußerte Ansicht, man habe die Risiken erwogen und könne sie verantworten, reichte den Richtern anscheinend aus, obwohl es sich um bloße, nicht näher belegte Behauptungen handelte und schon gar nicht auf quantitative Risikoanalysen verwiesen werden konnte.



FOTOLA/MICHAEL WOLFF

Euro-Rettungsschirm im milden Licht der Herbstsonne: Das Bundesverfassungsgericht stellt sich der Euro-Rettungspolitik nicht entgegen, sondern beschränkt sich auf einige limitierende Präzisierungen. Das Gericht räumt der Politik äußerst große ökonomische Beurteilungs- und Bewertungsspielräume ein.

Fazit: Das Bundesverfassungsgericht schützt uns vor der gigantischen Vermögensumverteilung, die wir infolge der „Euro-Rettung“ zu erwarten haben – von den nordeuropäischen Staaten zur mediterranen Peripherie, von Steuerzahlern, Sparern, Rentnern und Pensionären zu Großbanken und Großinvestoren – nur in sehr begrenztem Maße. Wer sich gegen den Rettungswahn wehren will, muss jetzt politisch aktiv werden. ◆

Medienecho zum Start des ESM

Kommentar von Marcus Bornheim (Bayerischer Rundfunk) in den Tagesthemen vom 8. Oktober 2012:

Man kann den ESM politisch, juristisch oder ökonomisch betrachten. Die Politik hat bereits gesagt: Ja, wir wollen ihn. Das Verfassungsgericht hat gesagt: Ja, unter bestimmten Umständen könnt ihr ihn haben. Ob er aber ökonomisch funktioniert, ob er hilft, die Krise zu bändigen, das werden wir erst ab heute sehen.



Ende noch mehr: Am Grundproblem ändert das nichts. Dafür müssten nämlich die Italiener ihren Arbeitsmarkt entrümpeln, die Spanier weitere Banken pleite gehen lassen und auch die Griechen ihren Staat reformieren. Nur so kommen wir einem optimalen Währungsraum nahe.

Aber ich will mal eine Prognose wagen, und dazu reicht ein Blick in die Volkswirtschaftslehre. Es gibt dort die Theorie optimaler Währungsräume. Eigentlich ist sie ganz einfach. Grob gesagt geht es darum: Je ähnlicher die Wirtschaftsstrukturen sind in den einzelnen Staaten, umso besser funktioniert eine Währungsunion. Klingt logisch.

Man muss kein Genie sein, um herauszufinden, dass unsere Währungsunion derzeit nicht funktioniert und der ESM daran im Grunde nichts ändert. Egal, wie groß man ihn noch machen will, ob er 700 Milliarden schwer ist oder am

Der ESM kauft für die Politik Zeit. Zeit, die man nutzen kann, um all das zu machen. Ich habe allerdings große Zweifel, dass das kurzfristig passiert. Stattdessen müssen wir uns auf eine lange, lange Wegstrecke gefasst machen, bis die Strukturen in den einzelnen Staaten wieder richtig funktionieren. Der Rettungsschirm war als Ausnahme gedacht – jetzt wird er zur Regel.

Übrigens: Die Theorie optimaler Währungsräume hat inzwischen einen Nobelpreis bekommen, weil man sie nicht widerlegen kann. Das schaffen auch die Politik und der ESM nicht.

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

9. Oktober 2012

Der Eurofonds

Von Heike Göbel

Die Ausnahme wird zur Regel: Der Europäische Rettungsfonds ESM ist nun fester Bestandteil der Europäischen Währungsunion. Eingerichtet, um Euroländern, die sich nicht an die Spielregeln der gemeinsamen Währung halten können oder wollen, herauszupacken. Damit haben sich die Euro-Retter nicht nur über die Versprechen der Gründerväter hinweggesetzt, sondern auch über das in den EU-Verträgen geschriebene Bailout-Verbot. Das verändert das Machtgefüge und die Statik der Währungsunion, vermutlich nicht zum Besseren.

Denn jetzt ist der jungen Währung das wichtigste Druckmittel für den Zusammenhalt genommen: die glaubhaf-

te Drohung, dass Länder, die sich nicht an Haushaltsdisziplin halten und nicht dafür sorgen, dass ihre Wirtschaft konkurrenzfähig wird, für diese Versäumnisse selbst geradestehen müssen. „Solidarität“ lautet die neue Losung. Über den ESM wird die gemeinschaftliche Haftung organisiert und institutionalisiert, mindestens eine halbe Billion Euro günstiger Kredite kann der Fonds einsetzen, über Hebel soll diese Summe noch ausgeweitet werden. Die Hilfe wird an Konditionen geknüpft, deren derzeit propagierte Strenge nicht lange Bestand haben wird. Schon jetzt pokern die Länder, die Hilfe in Anspruch nehmen oder nehmen wollen, mit Erfolg um eine Lockerung der Auflagen. Spanien etwa möchte Kredit lieber direkt in die maroden Banken leiten und so vermeiden, im Haushalt sparen oder den Arbeitsmarkt öffnen zu müssen. Das Erpressungspotential der schwa-

chen Euroländer ist groß und wächst weiter, solange unter den europäischen Politikern die Überzeugung vorherrscht, kein Euroland dürfe fallengelassen werden.

Mit dem mächtigen Eurofonds beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte der Währungsunion. Neben der schon nicht mehr ganz so politisch unabhängigen Europäischen Zentralbank steht nun ein stark politisierter Krisenfonds. Über beide Institutionen – EZB und ESM – will die Politik den Einfluss der Finanzmärkte zurückdrängen. Unterschiedliche Bonität der Euroländer soll sich nicht mehr in entsprechenden Zinsdifferenzen ausdrücken. Das Schuldenmachen wird dadurch billiger. Dieser Weg ist gewagt: Er kann den Krisenländern Reformen erleichtern. Er kann aber auch – und dafür spricht die Erfahrung – dazu verführen, sich auf Dauer im Leben auf Kredit einzurichten.



WER BOHRT, KOMMT WEITER.

Herrenknecht ist Technologie- und Marktführer im Bereich der maschinellen Tunnelvortriebs-technik. Als einziges Unternehmen weltweit liefert Herrenknecht modernste Tunnelbohranlagen für alle Baugründe und in allen Durchmessern – von 0,10 bis 19 Metern. Herrenknecht entwickelt außerdem Lösungen für die Erstellung von Vertikal- und Schrägschächten.

Mit den maßgeschneiderten Maschinen werden rund um den Globus sowohl unterirdische Versorgungstunnel für Wasser, Abwasser, Gas, Öl, Strom, Internet und Telefonleitungen (Utility Tunnelling) als auch leistungsfähige Infrastrukturen für den Auto-, U-Bahn- und Zugverkehr erschlossen (Traffic Tunnelling). Unsere Vortriebsmaschinen treiben den längsten Eisenbahntunnel der Welt und die größten Metrolinien voran. Sie helfen, Gewässer zentimetergenau zu unterqueren und Pipelines quer durch Kontinente zu verlegen.

Der Herrenknecht Konzern beschäftigt rund 4.000 Mitarbeiter. Mit über 70 Tochter- und geschäftsnahen Beteiligungsgesellschaften im In- und Ausland formiert sich unter dem Konzerndach ein Team innovativer Spezialisten, das integrierte Lösungen mit projektspezifischen Equipment- und Servicepaketen anbietet – nah am Projekt und nah am Kunden.



Roman Huber ist seit 1996 Mitglied des Bundesvorstands und seit 2001 geschäftsführender Bundesvorstand von *Mehr Demokratie e.V.*, einem überparteilichen, gemeinnützigen Verein mit dem Ziel, die direkte Mitbestimmung für Bürgerinnen und Bürger auszubauen. Der Verband entwickelt Kampagnen, initiiert selbst Volksbegehren, begleitet Demokratie-Reformen und erstellt Gesetzentwürfe.

Wie wäre es mit einem Bürgerkonvent, um die EU nach vorn zu bringen?

Wir brauchen eine gemeinsame, demokratische Idee für die EU. Die Beteiligung der Bürger am Bau des gemeinsamen Hauses Europa könnte helfen | Von Roman Huber

Am 8. Oktober 2012 ist der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM in Kraft getreten, ein denkwürdiger Tag. Doch durch den ESM und den begleitenden Fiskalvertrag wird die Eurokrise noch lange nicht gelöst sein. Das wissen auch die europäischen Eliten. So wird derzeit hinter verschlossenen Türen die zukünftige Wirtschafts- und Finanzverfassung für die Europäische Union entworfen, unter anderem durch die Präsidenten der großen Institutionen der Europäischen Union, Barroso, van Rompuy, Juncker und Draghi. Der Präsident des Europaparlaments ist allerdings nicht einmal anstandshalber dabei.

Wenn jetzt nicht die Bürger ernsthaft eingebunden werden, fliegt uns die EU bald um die Ohren.

“ Währungsraum“ zu nähern. Der Erfolg dieser Bemühungen ist zweifelhaft.

Wenn es weiterhin so unterschiedliche Leistungsbilanzen der Länder im Euroraum

gibt, stehen grundsätzlich zwei Ausgleichsmechanismen zur Verfügung:

Es sind die Exekutiven, die die Weiterentwicklung der EU gestalten: Kanzler, Präsidenten und Kommissare, Gouverneure und Direktoren, unterstützt und flankiert von Agenturen und Expertengremien, der Verwaltung und dem Internationalen Weltwährungsfonds IWF und einem Heer von Interessensvertretern der Finanzmärkte. Was soll da herauskommen? Wie soll aus diesen Konstellationen ein bürgernahes Europa entstehen?

Dabei geht es um unsere gemeinsame Zukunft. Nehmen wir die Euro-Rettung. Mit Mantras wie „Scheitert der Euro, scheitert Europa“ ist keinem

1. Die „Transferunion“, die ja auch schon innerhalb der einzelnen Staaten gilt, in Deutschland etwa in Form des Solidarzuschlags oder des Länderfinanzausgleichs.
2. Mechanismen wie beim Bancor, um ausgeglichene Leistungsbilanzen herzustellen, ähnlich wie Keynes und Schumann dies 1944 für das internationale Währungssystem vorgeschlagen hatten. Im Konzept für Bancor, das nie umgesetzt wurde, galten Handelsüberschüsse genauso als Problem wie Handelsbilanzdefizite und sollten zurückgefahren werden. Mit

einem vergleichbaren, aktualisierten Konzept ließe sich eine gemeinsame Währung lange Zeit betreiben, auch ohne gemeinsame Finanz-, Währungs- und Handelspolitik.

Unabhängig von diesen Möglichkeiten wird die EZB zum Haupt-Stabilisierungsfaktor, wenn sie direkt oder indirekt Staatsdefizite unbegrenzt finanzieren kann und will. Welcher Abgeordnete vermag heute zu sagen, was hier objektiv „richtig“ und was „falsch“ ist. Wir bewegen uns nicht im Bereich von Wahrheiten, sondern es geht um Fragen der Gestaltung – und die sollten offen und direkt mit der Bevölkerung diskutiert werden.

Durch das Verfassungsgerichtsurteil zum ESM wurde der Bundestag gestärkt, nachdem er zuvor selbst das bisher fortschrittlichste Beteiligungs-gesetz zu einem völkerrechtlichen Vertrag verabschiedet hatte. Der Bundestag kann heute immerhin „Nein“ sagen. Eine reale Gestaltungsmacht hat er nicht mehr. Bis van Rompuys Vorschläge auf dem Tisch liegen, werden Monate vergehen. Wer sie dann nicht gutheißt, muss „Nein“ sagen und kann nur Abwehrgefechte führen. Doch wer immer nur verteidigt, verliert auf Dauer sicher.

Deshalb brauchen wir eine gemeinsame, demokratische Idee für die EU und für Europa. Damit die Bürgerinnen und Bürger mitgehen, müssen sie selbst über ihre Zukunft verbindlich entscheiden können. 71 Prozent der Deutschen wünschen sich laut ZDF-Politbarometer vom September 2012 eine Volksabstimmung, wenn weitere Zuständig-

keiten auf die EU-Ebene verlagert werden. Damit lautet die erste und wichtigste Forderung im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode: Wir brauchen Volksentscheide über Europafragen, und zwar obligatorische Referenden bei Souveränitätsabgaben nach Artikel 23 Grundgesetz. Eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag hierfür gibt es rein rechnerisch schon heute. 415 Abgeordnete sind für Referenden zu Europafragen, wie eine Umfrage von *Mehr Demokratie* ergeben hat. Das ist ein Bundestagsabgeordneter mehr als die benötigte Zweidrittel-Mehrheit!



Der Verein *Mehr Demokratie e.V.* gehörte zu den Klägern zum ESM-Vertrag: Links Vorstand Roman Huber, rechts die Prozessvertreterin des Vereins vor dem Bundesverfassungsgericht, Rechtsanwältin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, SPD-Bundesministerin der Justiz a.D.

Zusätzlich zu Referenden muss ein stimmiges Gesamtkonzept entwickelt werden. Wir haben bei *Mehr Demokratie* in den vergangenen Jahren die Idee eines direkt gewählten Bürgerkonvents entwickelt und als Buch veröffentlicht (Michael Efler, Gerald Häfner, Roman Huber, Percy Vogel: Europa: nicht ohne uns!, VSA Verlag 2009). Darin beschreiben wir den Bürgerkonvent so:

- Er wird direkt von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern gewählt und entscheidet nach demokratischen Regeln im Plenum.
- Bürgerinnen und Bürger können Vorschläge unterbreiten, vorausgesetzt diese wurden von jeweils 100 000 Menschen unterzeichnet.
- Er tagt ergebnisoffen und erarbeitet Abstimmungsalternativen.
- Für den Prozess hat er ausreichend Zeit zur Beratung.
- Die Vorschläge werden den Bürgerinnen und Bürgern Europas und den Mitgliedsstaaten zur Abstimmung vorgelegt.

Artikel 48 der europäischen Verträge enthält bereits die Verpflichtung, bei ordentlichen Vertragsveränderungen einen Konvent abzuhalten. Doch dieser müsste in wesentlichen Punkten demokratischer gestaltet werden. *Mehr Demokratie* hat Vorschläge über Zusammensetzung, Wahl, Arbeitsweise, Ratifikation und die verschiedenen Möglichkeiten von Referenden am Ende des Prozesses entwickelt. Am wichtigsten erscheint uns die Ergebnisoffenheit. Am Ende kann ein einheitlicher europäischer Vertrag stehen. Aber auch ein Europa der Regionen und unterschiedlichen Geschwindigkeiten ist denkbar, bei dem sich die Bevölkerung jedes Mitgliedstaates für die Integrationsstufe entscheidet, die sie für angemessen hält. Das ist bei europäischen Verträgen nichts Ungewöhnliches. So decken sich die Grenzen des Euroraumes ebenso wie die des Schengen-Raumes nicht mit den Grenzen der Europäischen Union.

Über die Inhalte einer EU-Verfassung oder neuer EU-Verträge entscheidet unser Konzept zufolge der Bürgerkonvent. Als Demokratiebewegung setzen wir uns nicht nur für einen demokratischen Prozess ein, sondern auch dafür, dass bestimmte Inhalte in dem Vorschlag verankert werden, etwa die direkte Demokratie, die Verwirklichung eines echten Föderalismus, volle parlamentarische Rechte und eine zweite Parlamentskammer.

Mit der Einstellung, allein der Nationalstaat sei der einzige Hort der Demokratie, kommen wir jedenfalls nicht weiter. Bestimmte Problemstellungen brauchen internationale Zusammenarbeit, wie zum Beispiel Menschenrechte, Frieden, soziale oder ökologische Mindeststandards. Alle weiteren politischen Felder müssen nicht, können aber gemeinsam gestaltet werden, wenn die Bürgerinnen und Bürger dies wünschen. Im Zentrum sollte die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen stehen.

Ganz sicher wird es nicht funktionieren, die Struktur der heutigen Nationalstaaten einfach wie einen Luftballon aufzupumpen und daraus die EU zu bauen. Die Gründe sind bekannt: fehlende oder eingeschränkte europäische Öffentlichkeit, keine europaweiten Medien, unterentwickelte europäische Zivilgesellschaft, keine lebendigen europäischen Parteien und vor allem die Sprachenvielfalt.

Besonders schlimm für die Demokratie ist die derzeitige Tendenz, immer mehr Kompetenzen von den schon zunehmend undemokratischen Nationalstaaten auf die höhere und noch weniger demokratische Ebene der EU zu verlagern. Demokratieprobleme werden dadurch vergrößert: Die Kontrolle der Macht wird schwieriger, der Lobbyeinfluss größer, die Exekutive dominiert. Dazu kommt das Problem aller großen

*Mit der Einstellung,
allein der Nationalstaat
sei der einzige Hort
der Demokratie, kommen wir
nicht weiter.*

politischen Einheiten mit Zentralgewalt: Die Peripherien verkümmern und heterogenen Verhältnissen und Lebensrealitäten werden zentralistische Lösungen übergestülpt.

Wenn jetzt nicht die Bürger ernsthaft eingebunden werden, fliegt uns die EU bald um die Ohren. Ein demokratischer Konvent ist nur eine Idee, um diese riesige und schwierige Aufgabe zu meistern. Die große Gefahr bei diesem Konzept eines Bürgerkonvents ist, dass es ohne demokratische Grundpfeiler leicht zur Karikatur seiner selbst verkommt: ein Feigenblatt-Konvent an einem Wochenende, dessen Ergebnis durch die Parlamente gedrückt wird.

Richtig umgesetzt bietet ein Bürgerkonvent eine große Chance: Nur indem wir die Weisheit und die Kreativität der Vielen nutzen, nur indem wir das Beste in den handelnden Menschen ansprechen, nur durch demokratische Verfahren werden wir in Europa und bei der Weiterentwicklung der transnationalen Demokratie vorankommen – in einer Weise, für die wir uns vor späteren Generationen nicht werden schämen müssen. ◆

Lebensqualität



Zukunftsweisende
Ladestationen für
die Elektromobilität.



„Papa, gut, dass ihr das mit dem
Strom für die Autos macht.“

MENNEKES Elektrotechnik GmbH & Co. KG
Spezialfabrik für Steckvorrichtungen
Aloys-Mennekes-Str. 1 | D-57399 Kirchhundem
Telefon 0 27 23 / 41-1 | Telefax 0 27 23 / 41-214
E-Mail info@MENNEKES.de | www.MENNEKES.de

 **MENNEKES®**
Plugs for the world



Dr. Hans Kremendahl ist habilitierter Politikwissenschaftler. Der Sozialdemokrat war Staatssekretär im Senat von Berlin und Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal. Heute ist er als Politikberater und Publizist tätig.

Die EU muss für ein Europa der Vielfalt und Demokratie stehen

Die Europa-Idee droht im Strudel der Eurokrise unterzugehen. Zeit, diese große Idee nicht länger klein zu reden.

Skizze für eine soziale und demokratische EU | Von Hans Kremendahl

Europa ist – mitten in der Finanz- und Schuldenkrise – äußerst unpopulär, und das ausgerechnet bei denen, die ihre EU lieben sollten: bei den Europäern! In den Krisenländern Griechenland, Portugal und Spanien, neuerdings auch in Frankreich, demonstrieren Tausende von Menschen gegen Sparmaßnahmen, deren Durchsetzung der Preis für Hilfen aus den Rettungsschirmen EFSF und ESM ist, und gegen den Fiskalpakt, der tief in die nationalen Haushaltskompetenzen eingreift. Den Menschen erscheint Europa wie eine fremde Besatzungsmacht, die ihr Leben fremdbestimmt und ihnen Souveränität und Eigenständigkeit nimmt.

In den Geber- und Garantestaaten, namentlich auch in Deutschland, wächst das Unverständnis der Steuerzahler, dass sie für ausländische Banken und die Schulden anderer Länder haften sollen. Die Forderung nach einem Ausscheiden etwa Griechenlands aus der Euro-Zone wird lauter, ebenso die Infragestellung der Gemeinschaftswährung.

Und schließlich – schon eine ältere Kritik – erscheint die europäische Bürokratie als

eine Instanz, die sich laufend kleinkarierte Gängelungen der Bürger einfallen lässt: Vom Kraftstoff E 10 über das Verbot von Glühbirnen bis zum sattsam bekannten Krümmungsgrad von Gurken und Bananen.

Ein gerüttelt Maß Schuld am negativen Europa-Bild tragen die Regierungschefs der Eurozone.

Die EU ist kein Superstaat, sondern eine freiwillige Gemeinschaft von Staaten mit eigener Tradition, Kultur und Priorität.

Unzählige Gipfel mit einander jagenden und zum Teil widersprechenden Beschlüssen, die von den nationalen Parlamenten oft nur ohnmächtig nachvollzogen werden können. Geringe Halb-

wertzeit vollmundig geäußelter Prinzipien. So unterminiert man das Vertrauen in europäische Entscheidungsprozesse. Dazu zwei Beispiele:

- Von der Bundesregierung hieß es zunächst strikt: Kein Cent für Griechenland. Jetzt wird ein drittes milliardenschweres Rettungspaket nicht mehr ausgeschlossen.
- Am 29. Juni stimmten Bundestag und Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit dem ESM-Vertrag und dem Fiskalpakt zu. In der Nacht zuvor hatte der Gipfel der Eurozone beschlos-



FOTOLIA/KEINPHOTO



FOTOLIA/STELIANA GRIVANINA



FOTOLIA/ELVENEZE



FOTOLIA/LANOV KALININ

sen, den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM für eine direkte Kredit- und Bürgschaftsvergabe an notleidende Banken zu öffnen. In dem Vertrag stand darüber nichts. Er war im Moment der parlamentarischen Entscheidung also das Papier nicht mehr wert, auf dem er geschrieben stand.

Bei all den Ärgernissen und Unwuchten gibt es ein unwiderlegliches Argument für Europa: dass auf diesem alten Kontinent mit seiner Geschichte der Kriege, des Nationalismus und der Gewalt Frieden gesichert ist. Das wird oft beschworen, bleibt aber aktuell und richtig. Und dieser Frieden besteht – erst recht nach dem Fall des eisernen Vorhangs – unter Nationen, die sich demokratischen und rechtsstaatlichen Werten und Regeln verpflichtet fühlen.

Dieses Europa steht für Einheit in der Vielfalt. Es ist kein Superstaat, sondern eine freiwillige Gemeinschaft von großen, mittleren und kleineren Staaten, mit je eigener Tradition, Kultur und politischen Prioritäten. Und nur aus dieser Vielfalt gewinnt die Gemeinschaft ihre Kraft und ihren Zusammenhalt. Einheit

in der Vielfalt – das ist die wichtigste Zielformel Europas. Und dazu gehört zwingend das Prinzip der Subsidiarität: Was die kleinere Gemeinschaft (die Kommune, die Region, der Einzelstaat) leisten kann, darf ihr die größere (die Eurozone, die EU) nicht wegnehmen.

Deshalb braucht Europa z. B. kein einheitliches Steuersystem. Wettbewerb um Standortbedingungen kann die wirtschaftliche Kraft des Kontinents nur fördern. Auch können die Rahmenbedingungen des dänischen oder schwedischen Sozialstaats wohl kaum auf Spanien oder Griechenland übertragen werden, ohne schwere Verwerfungen anzurichten. Der größte Fehler wäre also eine künstliche Vereinheitlichung, wo Pluralität gegeben ist und sich positiv auswirkt.

Eines der am häufigsten verwandten Argumente für ein einiges Europa ist die Feststellung, jedes einzelne Land sei zu klein für die globalisierte Welt und nur ein vereinigtes Europa könne sein Gewicht in die Waagschale werfen. Das gilt in keinem Bereich so stark wie in der Außen- und Verteidigungspolitik. Das beschämende Schauspiel bei der Libyen-Resolution 2011, als

Frankreich und Großbritannien mit Ja stimmten und Deutschland sich mit Russland und China enthielt, hat die Notwendigkeit einer verbindlicheren Koordination deutlich gemacht. Die für Außen- und Verteidigungspolitik zuständigen Mitglieder der Europäischen Kommission sollten daher klar definierte Führungs- und Koordinationsaufgaben, etwa bei der Festlegung der Haltung in NATO und UNO, zugewiesen bekommen.

Ein Feld, auf dem die EU besser koordinieren und steuern kann, ist der Finanzsektor mit seinen Großbanken. Hier hat Peer Steinbrück kürzlich gut durchdachte und nach vorn weisende Vorschläge vorgelegt:

- So die Schaffung eines bankenfinanzierten europäischen Restrukturierungsfonds, der zur Unterstützung bis zu geordneter Abwicklung von Banken ohne Rückgriff auf Steuermittel in der Lage sein soll.
- So die institutionelle Trennung des Investmentbankings vom normalen Kredit- und Einlagegeschäft, um das „Kasino“ zu isolieren und aus der Haftung durch Steuerzahler und solide Bankkunden zu nehmen.
- So die Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht, die sich allerdings auf Großbanken mit internationalem Geschäft, nicht aber auf Sparkassen und Genossenschaftsbanken erstrecken soll. Ob eine solche Institution ausgerechnet bei der EZB angesiedelt sein sollte, die ihr Mandat nach Belieben dehnt und mit ihrer Absicht vom unbegrenzten Kauf von Staatsanleihen das in sie gesetzte Vertrauen erschüttert, sollten sich die Länder der Eurozone noch einmal gut überlegen.

Ein weiteres Feld, das nach einer europaweiten Regelung verlangt, obgleich es noch keinerlei europäische Kompetenzen dafür gibt, ist die

Zukunft der Kernenergie. Überspitzt: Was nützt der deutsche Ausstieg in punkto Sicherheit, wenn es in Fessenheim oder Cattenom zu einem GAU kommt? Hier eine europäische Kompetenz und eine demokratische Entscheidungsfindung aufzubauen, ist ein gesamteuropäisches Anliegen. Dagegen ist die Frage, ob ein kommunales Stadtwerk sich der Ausschreibung und dem Wettbewerb stellen muss, getrost national oder kommunal zu beantworten.

Um eine saubere Unterscheidung von europäischen und nationalen Kompetenzen zu

Der größte Fehler wäre eine künstliche Vereinheitlichung, wo Pluralität gegeben ist und sich positiv auswirkt.

erreichen und bewusst zu machen, empfehlen sich einige substanzielle Reformen der derzeit unübersichtlichen europäischen Institutionenarchitektur. Nachstehende Vorschläge orientieren sich an der Leitidee, eine

EU, die EU-Bürger liebenswert finden, habe sozial und demokratisch zu sein:

- Der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM – so es ihn nun gibt – wird zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt, der mit dem Internationalen Weltwährungsfonds IWF auf gleicher Augenhöhe verkehren kann und dazu beiträgt, dass die Europäische Zentralbank EZB sich auf ihre Kernkompetenz – Geldwertstabilität – konzentrieren kann.
- Eine europäische Ratingagentur, wie auch von Peer Steinbrück vorgeschlagen, bricht das Oligopol der drei amerikanischen Agenturen, belebt den Wettbewerb unter den Analysten und neutralisiert die Wirkung einseitiger Bewertungen von Staaten.
- Das Europäische Parlament wird, auch mit dem Ziel einer Steigerung der beschämend niedrigen Wahlbeteiligung, zu einem echten Parlament. Und zwar dadurch, dass es die Europäische Kommission nicht nur bestätigt, sondern ihren Präsidenten auch wählt. Dann wäre der

Kampf um die Mehrheit in diesem Parlament ein wirklicher Wahlkampf und würde viel mehr Aufmerksamkeit der Menschen auf sich ziehen.

- Damit einhergehend wird die Europäische Kommission mit ihren 27 Mitgliedern deutlich verkleinert. Es muss nicht jedes Land permanent mit einem Kommissar vertreten sein. Für die Beachtung nationaler Interessen, die wichtig bleibt, sorgt der Europäische Rat. Dieses Gremium der Regierungschefs wird und muss ohnehin das letzte Wort behalten.

tischer, transparenter – und interessanter machen und das Unbehagen abbauen, das sich in den letzten Jahren aufgebaut hat.

Dieses Unbehagen verstärken würden hingegen zentral vereinbarte Schritte wie die Schaffung eines europäischen Schuldentilgungsfonds, die Ausgabe von Eurobonds oder das Rütteln an den Regeln der nationalen Verfassungsgrundlagen. So viel Europa wie nötig, so viel nationale Souveränität wie möglich, muss die Richtschnur künftiger Überlegungen und Entwicklungen sein.



Einheit in der Vielfalt – das ist die wichtigste Zielformel Europas. In diesem Puzzle der 27 + 1 Fahnen ist sie schon erreicht.

- Viel ist vom Europa der zwei Geschwindigkeiten die Rede. Angesichts der Pluralität der Mitgliedsländer gibt es sogar mehr als zwei Geschwindigkeiten – schon allein deswegen, weil 17 Länder der Eurozone angehören, 10 Länder aber nicht. Deshalb sollten sich die Europa-Abgeordneten aus der Eurozone gelegentlich zu einem Euro-Parlament versammeln, dessen Zustimmung zu wichtigen währungspolitischen Entscheidungen ebenso einzuholen ist wie die der nationalen Parlamente. Auch das würde ein Stück mehr demokratische Legitimation in die europäischen Entscheidungsprozesse bringen.

Eine so oder so ähnlich veränderte Architektur würde die Europäische Union demokra-

Ich würde mir von meiner Partei, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wünschen, dass sie ein strategisches, zukunftsgerichtetes Konzept für eine Reform Europas entwickelt und vorlegt, statt sich auf Kritik an der Regierungspolitik zu beschränken, die dann doch in Zustimmung zu den unkoordinierten und augenblicksbezogenen Schritten der gegenwärtigen Koalition endet.

Ein Europa des Friedens, der Vielfalt und der Demokratie ist zu wichtig, um in der Hektik der Krisenbewältigung zerredet und beschädigt zu werden. Europa ist mehr als eine Währungsgemeinschaft. Die EU ist eine Wertegemeinschaft, die sozialdemokratische Werte einschließt und wahrt. ♦



Dr. Inge Gräßle ist Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP). Die CDU-Parlamentarierin gehört dem Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments an und ist Sprecherin der Europäischen Volkspartei (EVP).
 Website: www.inge-graessle.eu

Arbeitsplatz Brüssel: steuerfreie Zulagen, hohe Pensionen, keine Kündigungsgefahr

Das europäische Dienstrecht stellt nicht Leistungsanreize in den Mittelpunkt, sondern Urlaub und Freizeit. Eine Diagnose | Von Inge Gräßle, MdEP

Wer sich mit den Ausgaben für die Verwaltung der Europäischen Union beschäftigen will, hat sofort viele Gegner und muss sich rechtfertigen, weil das doch „Bagatellen“ seien. Rund 9 Milliarden Euro oder 5,6 Prozent der für das nächste Jahr geplanten EU-Ausgaben entfallen auf die Verwaltung (davon mehr als 60 Prozent für das Personal). Auf den EU-Finanzzyklus bis 2020 gerechnet sind es 63 Milliarden Euro oder 6 Prozent aller EU-Ausgaben. Betroffene wie EU-Mitarbeiter, aber auch politische Entscheider, sind gegen eine Behandlung dieses Themas, weil es „populistisch“ und doch nur dem Neid geschuldet sei, die antieuropäischen Kräfte stärken und den besonderen Kenntnissen und Herausforderungen der europäischen Beamten und ihrer Familien nicht gerecht werde.

Ich tue es trotzdem; denn der europäische öffentliche Dienst mit seinem intransparenten Leistungs- und Vergütungssystem hat sich seit den 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts praktisch hinter verschlossenen Türen entwickelt – von Begünstigten für Begünstigte. Parlamentarische Mitsprache gibt es erst seit dem Vertrag von Lissabon 2009, aber dem Parlament ist es bislang nicht gelungen, die Hoheit über die Personalausgaben und das dazu gehörige Per-

sonalrecht, das sogenannte Personalstatut, zu erlangen. Einer der Gründe ist, dass die Bestimmungen genauso intransparent sind wie ihre praktische Umsetzung. Sie erschließen sich nur denjenigen, die selbst zur Gruppe der Begünstigten gehören. Nur sie wissen, welche Leistungen wie kombinierbar und multiplizierbar sind.

Als Parlamentarierin sehe ich darin ein Beispiel, wie erfolgreich die zu Kontrollierenden die Kontrolleure lenken. Wir haben es mit der paradoxen Situation zu tun, dass Einzelbestimmungen öffentlich verfügbar sind, aber keine Zahlen über ihre Kosten und die der Leistungskombinationen und -multiplikationen, also die Information über den wirklichen Leistungsumfang. Analysen und Vergleiche sind praktisch nicht verfügbar, auch nicht vom Europäischen Rechnungshof. Eine Debatte über den europäischen öffentlichen Dienst der Zukunft gibt es selbst jetzt nicht, trotz des laufenden Gesetzgebungsverfahrens mit einer Reform des EU-Personalrechts, trotz der Finanzkrise mit teilweise dramatischen Kürzungen in den öffentlichen Diensten der Mitgliedstaaten und trotz des Finanzrahmens der EU bis 2020, der zur Verhandlung ansteht. Schweigen verhindert Veränderung. Bislang war auch dies sehr erfolgreich.

Der europäische öffentliche Dienst hat sich hinter verschlossenen Türen entwickelt – von Begünstigten für Begünstigte.

Rund 47 000 EU-Mitarbeiter zählt der europäische öffentliche Dienst in den zehn EU-Institutionen. Für sie schlägt die EU-Kommission vor, die Arbeitszeit von derzeit 37,5 Stunden ohne Lohnausgleich auf 40 Stunden zu erhöhen und das Rentenalter ab 2036 (!) auf 65 zu erhöhen. Weitere Maßnahmen betreffen den mittleren Dienst, in dem zur Zeit genauso viel verdient werden kann wie als Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt – bei deutlich weniger Verantwortung.

Die oberen beiden Gehaltsgruppen sollen künftig Leistungsträgern vorbehalten und eine neue Struktur verantwortungsabhängig aufgebaut werden – damit wieder ein größerer Gehaltsabstand zum höheren Dienst hergestellt wird. 5 Prozent aller Stellen sollen abgebaut werden – dieser Stellenabbau spiegelt aber nicht einmal den Stellenengewinn durch die Verlängerung der Arbeitszeit wider. Unterm Strich bleiben 600 neue Stellen.

An den Privilegienabbau macht sich die Kommission nur sehr zögernd: Die EU berappt bislang für die jährliche Heimreise jedes Mitarbeiters eine Bahnfahrt in der 1. Klasse für ihn selbst und seine Familie, unabhängig davon, ob er fährt oder nicht und wie er reist; daneben bekommt der Mitarbeiter für die jährliche Heimreise Extraurlaub gutgeschrieben, bis zu 6 Tage je nach Entfernung. Für eine Fahrt nach Berlin gibt es 3 Tage, nach Rom 5 Tage. 2009 gingen allein in der Kommission über 100 000 Arbeitstage dafür verloren. Das entspricht 530 Stellen. Angepeilt sind jetzt eine Halbierung des Sonderurlaubs und die Erstattung der Economy-Flex-Flugkosten. Es wurde nicht infrage gestellt, ob ein EU-Mitarbeiter zeit seines Arbeitslebens alimentiert werden muss, um einmal im Jahr in seine Heimat zu fahren. Ein Reförmchen also



Das Füllhorn ist ein Symbol des Glücks. In der Antike war es mit Blumen und Früchten gefüllt. Hier sind es Euros: 9 Milliarden für EU-Personalkosten 2013.

wurde vorgeschlagen, das vor allem auf den Erhalt des Status Quo angelegt ist und die unteren Lohngruppen zum Opfer anbietet.

Unangetastet bleibt die 16-prozentige steuerfreie Auslandszulage, die der EU-Mitarbeiter Zeit seines Arbeitslebens auf das Grundgehalt, die Haushaltszulage und die Zulage für unterhaltsberechtigter Kinder erhält, als ob ein Leben in Brüssel dauerhaft eine besondere Härte und der Lebensmittelpunkt weiterhin in der fernen Heimat sei. Die 16 Prozent erhält auch, wer in Luxemburg arbeitet und etwa im deutschen Moselstädtchen seiner Geburt wohnen bleibt. Für einen verheirateten Mitarbeiter mit zwei Kindern bedeutet diese Zulage ein Plus von 25 Prozent auf das Nettogehalt.

Unangetastet bleibt die Kombination aus Urlaub und Betriebsurlaub. Zu 24 bis 30 Tagen Urlaub je nach Alter kommen noch eine Art Betriebsurlaub, bezahlte Büroschließtage zwischen Weihnachten und Neujahr und einige Brückentage hinzu. 9 Tage sind dies. Mit dem Urlaub für die Reise ins Heimatland zählen wir bis zu 45 Tage = 9 Arbeitswochen!

Zum 1.1.2007 wurde die gleitende Arbeitszeit eingeführt, womit sich Mitarbeiter, die zur Zeit mehr als 37,5 Stunden pro Woche arbeiten, 2 Tage extra Urlaub pro Monat, also bis zu 24 Tage pro Jahr, verdienen können. Mehr als 50 Prozent der Mitarbeiter nehmen an diesem Modell teil – übrigens auch solche in den höchsten Gehaltsgruppen (bis 18 300 Euro pro Monat). Mit der gleitenden Arbeitszeit können 57 bis 63 freie Tage pro Jahr anfallen – ohne die Heimreise. Jeder bezahlte freie Tag für alle EU-Beschäftigten kostet rund 20 Millionen Euro. Ein Zeiterfassungssystem ist die Ausnahme, nicht die Regel.

Rund 15 000 EU-Beschäftigte verdienen bis zu 5000 Euro (netto) im Monat, 21 000 bis zu 10 000 Euro, 11 000 liegen darüber. Wieso auch hoch bezahlte Beamte Freizeitausgleich erhalten, ist unverständlich, zumal das europäische Personalrecht nur den unteren Gehaltsgruppen einen Anspruch darauf zubilligt. Für alle anderen ist es eine freiwillige Leistung zulasten des Steuerzahlers. Die jetzt vorliegende Reform des Statuts will aus der freiwilligen Leistung einen Anspruch für alle machen und ist damit das größte Sozialprogramm, das die EU je für ihre Mitarbeiter aufgelegt hat, trotz der Einschränkung, dass der Ausgleich in ganzen Tagen wegfallen soll.

Nach meiner Beobachtung hat der Freizeitausgleich eine fatale Wirkung: Es gibt Beamte, die sich außerordentlich engagieren und viel Zeit in ihre Arbeit für die EU investieren. Diese Leistungsträger sind die Sherpas, auf deren Rücken andere sich die Freizeitanprüche erfüllen. Sie werden immer stärker belastet – und demotiviert. Innerhalb der europäischen Beamtenschaft ist der Rückhalt relativ groß, diese Form des Freizeitausgleichs abzuschaffen, die jedes Jahr mehr Anhänger findet. Kern des Beamtentums ist die Verfügbarkeit für dienstliche Zwecke und nicht die Konzentration auf die Freizeit.

Deshalb hätten der Abbau überlebter Privilegien und die Modernisierung des europäischen Dienstrechts eine gute Wirkung – nach innen und nach außen. Denn welche Signale sendet dieses Dienstrecht, das nicht Leistungsanreize in den Mittelpunkt stellt, sondern Urlaub und Freizeit? Das in seinem internationalen, weltweiten Umfeld nicht vorrangig mit interessanten Arbeitsbedingungen und -inhalten lockt, mit Karriere und Aufstieg, sondern mit steuerfreien Zulagen, einem sehr günstigen europäischen Steuersatz (rund ein Drittel weniger als in Deutschland), einer hohen Pension, und das alles bei sicherem Arbeitsplatz? Und, nicht zu vergessen, garantiert das Dienstrecht einen krisenfesten Mechanismus zur jährlichen Gehaltserhöhung, der dank des Europäischen Gerichtshofs selbst für Euro-Krisenjahre 2011 und 2012 für eine schöne

*Die Modernisierung
des europäischen Dienstrechts
hätte eine gute Wirkung.*

„ Nachzahlung sorgen dürfte und für ein weiteres Plus im Jahr 2013.

Die Zeit für eine Reform dieses falschen Anreizsystems drängt; denn

am Jahresende laufen Bestimmungen aus, deren Wegfall die Kosten für die Mitgliedstaaten noch weiter erhöhen wird. Auf dem Sondergipfel am 22./23. November werden die Staats- und Regierungschef erstmals die EU-Finanzierung bis 2020 aufrufen, darunter auch die 63-Milliarden-„Bagatelle“ Verwaltungs- und Personalkosten.

Die Erfolgsaussichten einer Reform zugunsten eines effizienten europäischen öffentlichen Diensts sind nicht gut: Das Europäische Parlament, seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 erstmals Mitgesetzgeber (zusammen mit den bis dahin allein zuständigen Mitgliedstaaten), hat alle weitergehenden Reformvorschläge abgeblockt und sich auf die Seite der Besitzstandswahrer geschlagen. Die Mitgliedstaaten sind sich uneinig, ob es Reformen geben soll und wie weit sie gehen müssten. Nur acht von 27 EU-Staaten haben sich für eine tiefgreifende Reform ausgesprochen. Ein Weiter so ist deshalb wahrscheinlich. ◆

Den besten Bürostuhl der Welt
gibt es nicht? Manche meinen doch!
ON® Wilkhahn.



Eine wissenschaftliche Feldstudie weist erstmalig nach: Die patentierte Weltinnovation Trimension® des **ON®** fördert mit natürlichem, dreidimensionalem Bewegungssitzen das Wohlbefinden und steigert schon nach kurzer Zeit die Konzentrationsfähigkeit. Wie schön, dass ausgezeichnetes Design so gut tut – und sich so schnell rechnet! Sie wollen mehr wissen? Gerne! www.wilkhahn.de/on



Prof. Manfred Güllner ist Gründer und Geschäftsführer der forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH in Berlin. Erst hatte Güllner verschiedene Funktionen an der Uni Köln. 1978 wechselte er zum Statistischen Amt der Stadt Köln, das er als Direktor führte. 1984 gründete er forsa. Der Akademische Senat der FU Berlin ernannte ihn 2003 zum Honorarprofessor für Publizistik und Kommunikationswissenschaft.

Der Bürger ist nicht der, für den die Politik ihn hält

Die wachsende Entfremdung zwischen Politik und Bürger ist messbar. Die Gründe lassen sich an einer Hand aufzählen | Von Manfred Güllner

Politiker und Parteien haben in den letzten Jahren einen stetigen Vertrauens- und Bedeutungsverlust zu verzeichnen. Gaben bei der Bundestagswahl 1983 noch über drei Viertel aller Wahlberechtigten in den alten Bundesländern (76,8 Prozent) einer der beiden großen Parteien CDU/CSU oder SPD ihre Stimme, wurden beide Parteien zusammen bei der letzten Bundestagswahl 2009 nur noch von etwas mehr als zwei Fünfteln (42,1 Prozent) gewählt. Und in den neuen Bundesländern wählte 2009 noch nicht einmal ein Drittel aller Wahlberechtigten (30,4 Prozent) CDU oder SPD.

Der Hauptvorwurf, den die Bürger gegenüber den politischen Akteuren erheben, ist dabei nicht – wie eine jüngst von forsa für den STERN durchgeführte Untersuchung nochmals bestätigte –, dass die Politiker nicht fleißig und nicht qualifiziert genug seien oder zu hohe Bezüge erhielten, sondern dass sie kein Ohr mehr für die Sorgen und Nöte der Menschen haben. Dass sie es hätten, denkt aktuell nur noch ein Fünftel (21 Prozent) aller Wahlbürger; fast drei Viertel (73 Prozent) aber denken das nicht.

Und in der Tat häufen sich die Fehleinschätzungen der politischen Akteure in Bezug auf

das, was die Menschen empfinden und was sie wirklich bewegt. Das eklatanteste Beispiel ist die im letzten Frühjahr nach dem Reaktorunglück in Fukushima von der Bundesregierung vollzogene und von allen politischen Gruppierungen gebilligte und unterstützte abrupte Wende in der Energiepolitik. Diese Wende wurde vom damaligen Bundesumweltminister Norbert Röttgen (aber auch von anderen Politikern) vor allem mit „Volkes Wille“ begründet.

Anders als Politiker vermuten, ist „soziale Gerechtigkeit“ für die meisten Deutschen nicht das zentrale Problem.

Nun meint in der Tat seit mehr als einem Vierteljahrhundert nach dem Unglück von Tschernobyl eine Mehrheit der Bürger, irgendwie und

irgendwann sollte man auf die Kernenergie zur Erzeugung von Strom verzichten und möglichst viele regenerative Energiearten nutzen. Doch eine – wie es heute im „Politiker-Sprech“ heißt – „nachhaltige“ Dämonisierung der Kernkraft gab es nur für eine kurze Zeit nach Tschernobyl.

Danach war der Ausstieg aus der Kernkraft nur noch für die Minderheit der grünen Aktivisten in der Republik ein wirklich drängendes Problem. Für die große Mehrheit der Deutschen aber war und ist die Frage viel wichtiger, ob es auch in Zukunft genügend und bezahlbare Energie für Haushalte

und Unternehmen gibt. Daran hat auch Fukushima nichts geändert: Es fand keine erneute Dämonisierung der Kernkraft wie nach Tschernobyl statt. Die abrupte Kehrtwende in der Energiepolitik wurde und wird deshalb bis heute von der Mehrheit der Bürger als wenig glaubwürdig, in der vollzogenen Form als nicht erforderlich und so wie geplant auch nicht realisierbar eingeschätzt.

Wie die Mehrheit aller Bürger denkt laut Handelsblatt-Business-Monitor auch die Mehrheit

Einstellungen im übergeordneten Interesse für richtig und notwendig erachtet wird. Das erwarten im übrigen auch die Bürger von der Politik: Sie soll nicht opportunistisch Mainstream-Themen aufgreifen oder gar Modetorheiten folgen, sondern immer auch Meinungen prägen und gestalten. Ein Beispiel für eine die Gesellschaft prägende Führungskraft gab der erste Kanzler des demokratischen Deutschland, Konrad Adenauer. Er setzte die Wiederbewaffnung Deutschlands gegen die Mehrheitsmeinung von



Bundesadler und Bundesbürger: Die Fehleinschätzungen der politischen Akteure in Bezug auf das, was die Menschen empfinden und was sie wirklich bewegt, häufen sich.

der deutschen Unternehmer (62 Prozent) nicht, dass diese „Wende“ richtig und notwendig war. Zwei Drittel der deutschen Unternehmer denken auch nicht, dass die Energiewende so wie geplant überhaupt zu schaffen ist. Zudem rechnen über 80 Prozent aller Unternehmer damit, dass die Energiekosten für ihre Unternehmen stark oder sogar sehr stark steigen werden – also eine zusätzliche Wachstumsbremse darstellen.

Nun sollte sich die Politik niemals an Mehrheitsmeinungen orientieren, sondern daran, was unabhängig von aktuellen Meinungen und

zwei Dritteln aller Bürger durch und gewann dennoch 1957 zum ersten und einzigen Mal für eine Partei die absolute Mehrheit der Stimmen.

Insofern hätte die Politik – gäbe es gewichtige Gründe dafür – eine Energiewende einleiten können. Doch sie so abrupt wie geschehen unter Berufung auf „Volkes Wille“ zu beschließen – das kostete der Politik weitere Glaubwürdigkeit. Der Unmut über die politischen Akteure hatte dann auch nach der abrupten Kehrtwende in der Energiepolitik im Frühjahr 2011 den bisher höchsten Stand erreicht. Etwas abgebaut wurde



FOTO: ULMAR MARCUS KLEPPER

Der Windpark als Symbol politischer Fehleinschätzung: Für die große Mehrheit der Menschen war weniger der Ausstieg aus der Kernkraft wichtig, sondern ob es auch in Zukunft genügend und bezahlbare Energie für Haushalte und Unternehmen gibt.

dieser extreme Unmut erst im Verlauf der Eurokrise seit Herbst 2011, weil man die Anstrengungen der Kanzlerin zur Bewältigung der Krise akzeptierte und entsprechend honorierte.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 deuten sich nun weitere Fehleinschätzungen der Politiker an. So wird berichtet – zuletzt von der ZEIT, dem Leitmedium des deutschen Bildungsbürgertums –, dass alle Parteien für den bevorstehenden Wahlkampf das „große“ Thema der „Gerechtigkeit“ entdeckt hätten. Nun wünscht sich zwar kaum ein Bürger, dass es in der Gesellschaft ungerecht zugeht. Doch anders als von einigen Medien und Politikern vermutet, ist der abstrakte Wert der „sozialen Gerechtigkeit“ für die meisten Menschen in Deutschland nicht mehr das zentrale Problem.

Oberflächliche demoskopische Bespiegelungen ergeben zwar Mehrheiten für „Gerechtigkeitsthemen“ wie einen flächendeckenden Mindestlohn, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder eine höhere Abgaben- und Steuerlast für die „Reichen“, doch ähnlich wie

der Ausstieg aus der Kernenergie haben alle diese Umverteilungsthemen für die Mehrheit der Bürger keine hohe Priorität. Wäre das so, müsste die SPD ja längst in den Umfragen bessere Werte erzielen als sie es tut.

Doch wie kommt es, dass sich solche Fehleinschätzungen in Bezug auf das, was die Menschen wirklich bewegt und bedrängt, häufen?

„ Umverteilungsthemen haben für die Bürger keine hohe Priorität. Sonst hätte die SPD längst bessere Werte. “

“ Zu solcher verzerrten Wahrnehmung trägt vor allem bei, dass immer öfter in der Medienberichterstattung Meinungen von Minoritäten einen überproportionalen Stellenwert erhalten oder oft

sogar so dargestellt werden, als ob es sich um die Artikulation berechtigter Interessen einer Mehrheit der Menschen handelt. Ein Beispiel hierfür war z. B. die Berichterstattung über die Proteste gegen den geplanten Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs, die den Eindruck erweckte, als ob alle Stuttgarter und auch alle Baden-Württemberger gegen das Projekt Stuttgart 21 wären und als ob nun in der ganzen Republik die „Wutbürger“ (ein vom SPIEGEL erfundenes Konstrukt) gegen alle Großprojekte protestieren würden.

Doch die durchgeführte Volksabstimmung bestätigte dann das, was Umfragen schon immer herausgefunden hatten, was aber in der Medienberichterstattung unterdrückt wurde, nämlich dass die Mehrheit der Bürger im „Ländle“ insgesamt, aber auch in der Stadt Stuttgart, Wut über die von vielen Medien glorifizierten „Wutbürger“ hatte, die regelmäßig die Mobilität der „normalen“ Bürger einschränken. Das Ergebnis der Volksabstimmung zeigt überdies, dass über die Anhänger der Grünen hinaus nur wenige andere Bürger mit ausgeprägten Partikular-Interessen gegen den Umbau des Bahnhofs in Stuttgart stimmten.

Zur verzerrten Wahrnehmung von „Volkes Wille“ trägt auch bei, dass viele politische Akteure, aber zunehmend auch viele Unternehmen, annehmen, es gäbe in allen Schichten der Bevölkerung durchgängig einen „grünen“ Zeitgeist, dem man Tribut zollen müsste. Ein Energieerzeuger wie E.ON stellt seine Werbung z. B. voll auf „grüne“ Energie ab und E.ON-Chef Teysen versteigt sich gar zu der auch von seinen Kunden als wenig glaubhaft angesehenen Behauptung: „Wir sind der grünste Energieerzeuger der Welt.“ Und geradezu absurde Züge erreicht die Werbung mit „grüner Nachhaltigkeit“, wenn ein Nahrungsmittelproduzent mit „grünem Käse“ („Grünländer. Der Käse mit der grünen Seele.“) wirbt.

Doch der von vielen Politikern und Unternehmen unterstellte und von einem großen Teil der Mas-

senmedien (schließlich waren schon 2005 über ein Drittel aller deutschen Journalisten Anhänger der grünen Bewegung) unterstützte „grüne“ Zeitgeist findet sich nach wie vor nur bei einer kleinen Minderheit der Bevölkerung, nämlich einem Teil des deutschen Bildungsbürgertums (von allen Wahlberechtigten gaben z. B. bei der letzten Bundestagswahl 2009 noch nicht einmal 8 Prozent der grünen Partei ihre Stimme!). Die

grüne Bewegung war nie – wie der SPIEGEL im letzten Jahr titelte – auf dem Weg zu einer neuen deutschen Volkspartei, sondern immer nur eine Klientelpartei für die oberen Bildungs- und inzwischen auch Einkommenschichten.

Da aber SPD und auch Teile der Union sich einem vermeintlich grünen Zeitgeist anpassen und viele inhaltliche Positionen der grünen Bewegung (etwa die der Energiewende) übernommen haben, sieht die Mehrheit der Bürger ihre Interessen nicht mehr durch die politischen Akteure vertreten.

Die Politiker vor allem von CDU, CSU und SPD wären alles in allem gut beraten, sich wieder mehr um die tatsächlichen und deshalb auch empirisch

ermittelbaren Befindlichkeiten der Menschen zu kümmern – nicht um ihre Politik an oberflächlichen Mehrheitsmeinungen auszurichten, sondern um zu wissen, bei welchen Fragen die Menschen wirklich Ängste, Sorgen und Nöte empfinden. Und da sind die Einschätzungen aller Bürger immer hilfreicher als das, was die grüne Minorität verbreitet. ◆



Hartz-IV-Protestplakat als Symbol politischer Fehleinschätzung: Anders als von Medien und Politik oft vermutet, ist der abstrakte Wert der „sozialen Gerechtigkeit“ für die meisten Menschen in Deutschland kein zentrales Problem.

PICTURE ALLIANCE/DPA/MARTIN FÖRSTER

Die aktuellen Parteipräferenzen im Bund

Der Höhenflug der Piraten ist vorbei

CDU/CSU
FDP
SPD
Grüne
Die Linke
Piraten
Sonstige

Umfrage-Werte in Woche ...

Alle Angaben in Prozent

42. (15.10.-19.10.)	38	3	27	12	9	5	6
41. (8.10.-12.10.)	37	4	29	11	8	5	6
40. (1.10.-5.10.)	36	4	30	12	7	6	5
39. (24.9.-28.9.)	35	4	29	12	8	7	5
38. (17.9.-21.9.)	38	4	26	12	8	7	5
37. (10.9.-14.9.)	38	5	26	12	8	6	5
36. (3.9.-7.9.)	39	4	26	13	8	6	4
35. (27.8.-31.8.)	39	4	26	13	7	7	4
34. (20.8.-24.8.)	39	5	26	12	7	7	4
33. (13.8.-17.8.)	36	5	27	13	8	7	4
32. (6.8.-10.8.)	36	4	26	13	7	9	5
31. (30.7.-3.8.)	36	5	26	13	6	9	5
30. (23.7.-27.7.)	36	5	27	12	6	9	5
29. (16.7.-20.7.)	36	4	27	12	7	9	5
28. (9.7.-13.7.)	36	4	26	13	6	10	5
27. (2.7.-6.7.)	36	4	26	13	7	9	5
26. (25.6.-29.6.)	36	3	27	12	7	9	6
25. (18.6.-22.6.)	34	4	27	13	7	10	5
24. (11.6.-15.6.)	33	5	27	13	7	10	5
23. (4.6.-8.6.)	32	5	27	14	7	10	5
22. (29.5.-1.6.)	33	4	27	14	6	11	5
21. (21.5.-25.5.)	32	5	27	13	6	12	5
20. (14.5.-18.5.)	31	6	27	13	6	13	4
19. (7.5.-11.5.)	35	5	26	13	6	12	3
18. (30.4.-4.5.)	36	4	26	13	7	11	3
17. (23.4.-27.4.)	36	4	25	12	8	11	4
Bundestagswahl*	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	–	6,0

* Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl vom 27. September 2009 (Zweitstimmen)

Das forsa-Institut ermittelte diese Werte durch wöchentliche Befragung von in der Regel rund 2500 wahlwilligen Deutschen.

Quelle: forsa

REVOLUTION TRIFFT INNOVATION

air[®] REVOLUTION[®] by Meindl

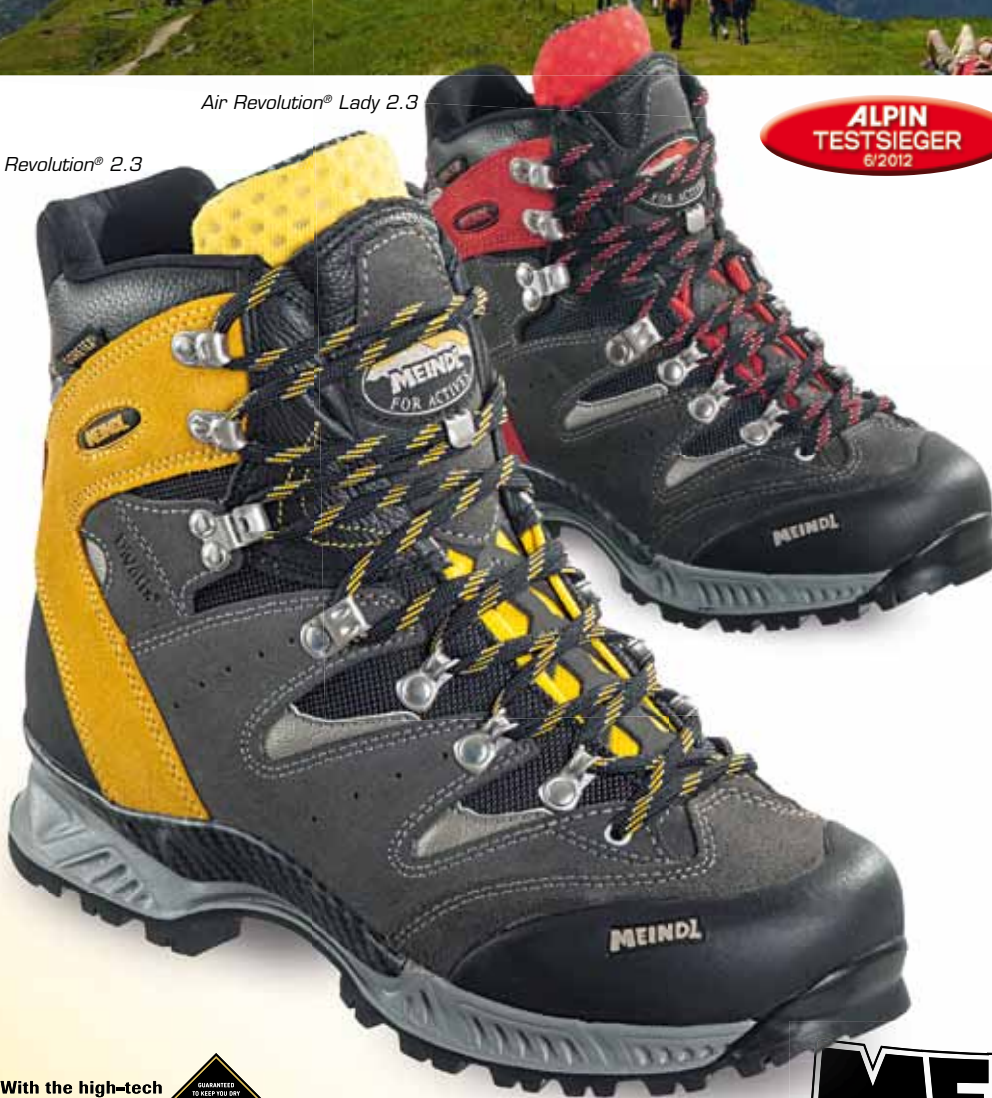


cocoverbung.at

Foto: Monika Neuhäuser

Air Revolution[®] Lady 2.3

Air Revolution[®] 2.3



ALPIN
TESTSIEGER
6/2012

- wasserdicht
- Air Revolution[®]-Laschenkonstruktion
- weich und anschmiegsam
- gezwickte Machart, darum formstabil
- Weiche Manschette mit Stretchzone für hohen Komfort
- Vibram[®] Gummi-Profilsohle mit weichem Dämpfungskeil
- Lace-Loop-Schnürung für perfekte Druckverteilung

Air Revolution[®] Prinzip:



Auftrittphase: frische Luft saugt sich in den Schuh



Abstoßphase: warme Luft wird aus dem Schuh gepresst

With the high-tech functionality of



DiGAfix[®]

MEINDL

Shoes For Actives

www.meindl.de



Stefan Heidebreder ist Geschäftsführer der Stiftung Familienunternehmen. Für den HAUPTSTADTBRIEF analysiert er die Ergebnisse einer aktuellen Untersuchung über „Deutschlands nächste Unternehmergeneration“.

Junge Unternehmer oft auf der Suche nach der Partei ihres Vertrauens

In Deutschland wächst eine Unternehmergeneration heran, die politisch interessiert und sozial engagiert ist. Aber viele finden keine Partei mehr, von der sie sich vertreten fühlen | Von Stefan Heidebreder

Schaut auf diese jungen Menschen! Sie sind heute 16 bis 35 Jahre alt. Viele von ihnen werden bald oder in einigen Jahren den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands bestimmen. Die Zukunft der Arbeitsplätze und damit auch der Wohlstand hierzulande werden von ihnen und den Familienunternehmen abhängen, die sie führen. Sie sind die Nachfolger, die dort die Entscheidungen treffen werden, wenn sich die Nachkriegsgeneration zurückgezogen haben wird. Aber wie denken die künftigen Unternehmenslenker?

Dieser Frage geht eine neue Untersuchung unter dem Titel „Deutschlands nächste Unternehmergeneration“ nach. Den Ergebnissen zufolge wollen 60 Prozent von ihnen das Geschäft ihrer Eltern übernehmen oder haben dies sogar schon getan. Wenn man auch noch die Unentschiedenen dazuzählt, wächst der Anteil derer, die unter Umständen nach unternehmerischer Verantwortung streben, auf 85 Prozent. Für diese empirische, von der Stiftung Familienunternehmen, dem Wirtschafts magazin *impulse* und der Zeppelin Universität gemeinsam herausgegebene Untersuchung gaben 235 Unternehmerkinder ausführlich Auskunft über ihre Pläne, Werte

und Ansichten. Einen besonderen Schwerpunkt legten die mit der Untersuchung betrauten Wissenschaftler der Zeppelin Universität in Friedrichshafen auf das Verhältnis zur Politik.

Und dieses Verhältnis fällt ambivalent aus. Zunächst ist festzustellen: Die künftigen Unternehmenslenker sind politisch sehr interessiert. Mehr als die Hälfte bekundet ein starkes Interesse an Politik – und

*Über die Wirkungskraft
des eigenen politischen
Engagements machen sich
die Unternehmerkinder
keine Illusionen.*

und nutzt dafür intensiv die Medien, vom Internet über Fernsehen bis zu Tageszeitungen und Magazinen. Von geringer Relevanz ist dieser Bereich nur für weniger als ein Zehntel der Befragten. Das lässt

sich auch an dem Verhältnis der Unternehmer in spe zu den Parteien ablesen. Mehr als ein Zehntel hat sich für die Mitgliedschaft in einer Partei entschieden. Die offene Liebe dieser Unternehmerkinder gehört heute der politischen Mitte. Wer sich für eine Partei entscheidet und Mitglied wird, der findet seine Heimat in erster Linie bei CDU und CSU, so die Analyse.

Das ist auffällig. Immerhin stellen die Liberalen nicht nur in der Bundesregierung, sondern auch in einigen Bundesländern den Wirtschaftsmi-

nister und galten einst als die Unternehmerpartei schlechthin. Die Liberalen werden von Philipp Rösler, dem Bundeswirtschaftsminister, geführt, an der Spitze der Bundestagsfraktion steht mit Rainer Brüderle ein ehemaliger Ressortchef. Aber Mitglied in CDU und CSU sind vier Mal so viele der befragten Unternehmerkinder wie in der FDP. Da deutet sich ein Wandel an.

Auch bei der Frage, welche Partei sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, scharen sich die meisten aller Befragten hinter Angela Merkel und ihrer Partei (56 Prozent). Die FDP erreicht zwar auch respektable 19 Prozent. Aber bei der Bundestagswahl von 2009 wählten, so die Auskunft der 235 Befragten, noch doppelt so viele liberal. Parteien wie SPD, Grüne und Piraten erreichen Anteile von jeweils unter zehn Prozent. Die Linke wird erwartungsgemäß kein einziges Mal genannt.

Über die Wirkungskraft des eigenen politischen Engagements machen sich die Unternehmerkinder keine falschen Illusionen. Ein Großteil glaubt nicht, dass man mit Parteipolitik die Verhältnisse zum Positiven ändern könne. Ist das alarmierend oder am Ende eine eher nüchterne Bewertung?

Viele der Befragten fühlen ihre Interessen von den vorhandenen Parteien nicht gut vertreten,

und darin liegt die Botschaft, die aufrütteln müsste. 40 Prozent sagen gar, eine solche Partei existiere nicht. Das Bewusstsein der hohen eigenen Verantwortung für die gesellschaftliche Umwelt ist gleichzeitig sehr ausgeprägt: Fast alle Befragten meinen, sie reiche weit über das eigene Unternehmen hinaus, und sie leben dies auch.

Es sollte politisch Verantwortliche beschäftigen, warum es ihnen nicht öfters



Unternehmerkinder sind politisch sehr interessiert, machen sich über die Wirkungskraft des eigenen politischen Engagements aber keine Illusionen.

gelingt, den meist international gebildeten Unternehmer-Nachwuchs an sich zu binden. Denn die Firmenchefs von morgen engagieren sich für die Gesellschaft. Nur jeder sechste nennt keinen Einsatz für seine Mitmenschen. Soziales steht ganz oben, dann folgen Sport, Kultur, Umwelt oder Menschenrechte. Dabei ist es keinesfalls so, dass die künftigen Eigner des Kapitals keinen Respekt vor dem Job des Politikers hätten. Anerkennung und Skepsis

halten sich die Waage, wenn allgemein nach dem Wert der Arbeit von Politikern gefragt wird. Geradezu vernichtend ist das Urteil der Jungen auf dem Feld, das seit anderthalb Jahren die politische Agenda dominiert: zum Umgang mit der Schulden- und Eurokrise. Nur acht Prozent denken, dass Politiker dort aus ihren Fehlern gelernt haben. 71 Prozent meinen, dass dies eben nicht der Fall ist. Ihr Verdikt hat besondere Bedeutung, weil sie es sind, die für Fehler und finanzielle Konsequenzen eines Tages eintreten müssen. Die Mehrheit unter ihnen geht davon aus, dass diese Krise die Wirtschaft tiefgreifend verändern wird.

Im Wertekostüm der Unternehmerkinder finden sich zwei große Linien ausgeprägt: Da gibt es nicht nur den homo oeconomicus, der seine Interessen durchsetzen will, sondern auch den Menschen, der in ganz unterschiedlicher Gestalt den Wunsch formuliert, mit Mitmenschen und Umwelt in Eintracht existieren zu wollen. Ihr Ziel ist es, eigenverantwortlich zu leben und zu handeln (an der Spitze aller Nennungen), aber auch persönliches Glück zu erfahren, sei es mit einem Partner, dem man vertrauen kann, oder einem guten Familienleben (unter den fünf meist genannten Statements). Man würde zu gerne wissen, wie sich dies von den Werten der Nachkriegsgeneration unterscheidet.

Rücksicht („so leben, dass der Mitmensch nicht geschädigt wird“) wollen 86 Prozent üben, Toleranz („auch solche Meinungen anerkennen, denen man nicht zustimmen kann“) mehr als zwei Drittel. Der hohe Lebensstandard rangiert mit 60 Prozent als Wert nur im Mittelfeld. Eine ähnlich große Zahl will sozial benachteiligten Gruppen helfen. Da wächst offensichtlich eine Generation heran, die nicht nur an die neudeutsche Work-Life-Balance glaubt, sondern die auch die Werte des Verantwortungseigentums ausgeprägt leben will.

*Geradezu vernichtend
ist das Urteil der Jungen
über den Umgang
mit der Schulden- und
Eurokrise.*

Fragt man sie nach möglichen Konflikten zwischen Firma und Familie, dann sind die Unternehmerkinder in der Mehrheit optimistisch, dass sich Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren lassen. Sie versuchen beiden Polen gerecht zu werden, eine nicht zu unterschätzende Herausforderung. So sagen 67 Prozent, wegen beruflicher Verpflichtungen müsse man Pläne familiärer Aktivitäten anpassen. Dieser Position stimmen deutlich mehr Männer als Frauen zu. Wen wundert es? 60 Prozent meinen gleichzeitig, wenn die Familie es verlange, müsse die Firma zurückstehen. Das ist der klassische Konfliktstoff, den nicht nur Familienunternehmer kennen, sondern den fast jeder beruflich Engagierte regelmäßig zu bewältigen hat.

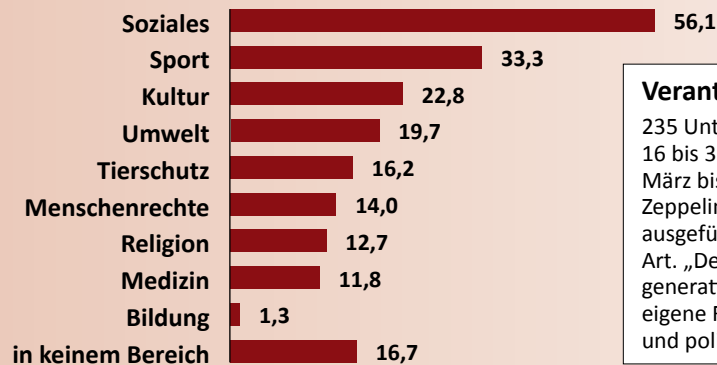
Es dürfte nicht überraschen, dass die Generation künftiger Entscheider Neuem gegenüber sehr aufgeschlossen und insgesamt experimentierfreudig ist. Gepaart mit Werten wie „eigene Fantasie und Kreativität entwickeln“ oder „fleißig und ehrgeizig sein“ fügt sich das gut in die Basis unternehmerischen Handelns. Äußerungen wie „am Althergebrachten festhalten“ oder „das tun, was andere auch tun“ stoßen auf breite Ablehnung. Und wenn sie in die Geschäftsführung einrücken, würden sie sich in erster Linie auf Expansion und Wachstum sowie auf Investitionen in Innovation konzentrieren. Kostensenkung nennt nur ein Drittel der Befragten als Ziel.

Konkret würde der Unternehmer-Nachwuchs den Führungsstil im eigenen Betrieb verändern. Ein Merkmal, das Familienunternehmen schon immer auszeichnete, dürfte aber bestehen bleiben. Rund 80 Prozent winken ab, wenn nach schnellem Erfolg oder schnellem Geld gefragt wird. Das ist der kommenden Generation egal oder sogar unwichtig. Eine gute Voraussetzung für nachhaltiges Handeln; zumindest, was diesen Teil der Wirtschaft betrifft.



SOZIAL UND ENGAGIERT

Bereiche, in denen sich die Befragten mit Sachleistungen oder Taten engagieren (in Prozent; Mehrfachnennungen möglich)

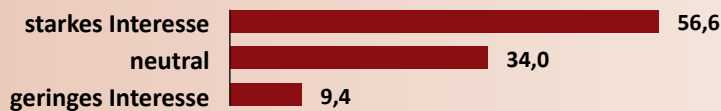


Verantwortungsbewusst

235 Unternehmerkinder im Alter von 16 bis 35 Jahren haben in der Zeit von März bis Juli 2012 den Fragebogen der Zeppelin Universität Friedrichshafen ausgefüllt, es ist die größte Umfrage dieser Art. „Deutschlands nächste Unternehmergegeneration“, so der Titel, schaut über die eigene Firma hinaus, ist sozial engagiert und politisch interessiert.

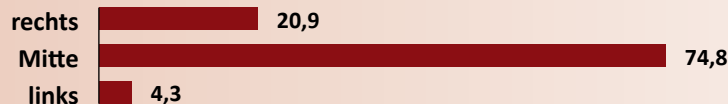
POLITISCH INTERESSIERT

So stark ist das Interesse der nächsten Unternehmergeeneration an Politik (in Prozent)



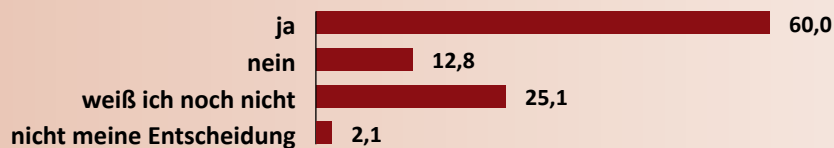
POLITISCHE ANSCHAUUNG

„Wie würden Sie selber Ihre politischen Anschauungen einstufen?“ (in Prozent)



NACHFOLGEPLÄNE

„Planen Sie, die Nachfolge im Familienunternehmen zu übernehmen bzw. haben dies bereits getan?“ (in Prozent)



Nachhaltiges Wirtschaften fördern

Die Junge Union setzt sich für Familienunternehmen ein – ein Stück Wortlaut

Die deutsche Wirtschaft ist gestärkt aus der Krise hervorgegangen. Dabei hat die einzigartige Firmenstruktur, die von einer Vielzahl von Familienunternehmen geprägt ist, maßgeblich zu einer schnellen Erholung des Marktes beigetragen. Familienunternehmen definieren sich über ihre Eigentümer- und Führungsstruktur und decken alles vom Handwerksbetrieb bis zum Weltmarktführer ab. Das zentrale Merkmal aller Familienunternehmen sind jedoch die nachhaltigen Unternehmensziele, die Vorrang vor kurzfristigem Erfolg haben.

Die positiven Auswirkungen des in Familienunternehmen herrschenden Wertekanons zeigten sich im Verlauf der Bankenkrise. Auch unter Hinnahme gravierender Ertragseinbußen wurde dem Erhalt von Arbeitsplätzen hohe Priorität eingeräumt. Somit blieb gesamtwirtschaftlich wertvolles Humankapital erhalten. Diesen strukturellen Vorteil der deutschen Unternehmenslandschaft gilt es zu erhalten und mit darauf abgestellten gesetzlichen Regeln den spezifischen Erfordernissen der Familienunternehmen gerecht zu werden.

Die Junge Union als Verfechterin der Nachhaltigkeit in allen Politikbereichen hat sich dabei schon immer an die Seite der Familienunternehmen gestellt und leitet konkrete Forderungen in diversen Politikbereichen daraus ab. Trotz der hohen Ausbildungs- und Übernahmekosten von jungen Fachkräften, sind insbesondere Familienunternehmen vom Fachkräftemangel betroffen. Um den hohen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften heute und in der Zukunft decken zu können, bedarf es neben einer aktivierenden Bildungspolitik auch einer

qualitativen Zuwanderung. Allein aufgrund der demographischen Entwicklung benötigt Deutschland gut ausgebildete Zuwanderer.

Die Soziale Marktwirtschaft verbindet das Prinzip der freien Märkte mit dem des sozialen Ausgleichs. Grundvoraussetzungen für die soziale Marktwirtschaft sind Rahmenbedingungen, die so viel Freiheit wie möglich und so wenig Regulierung wie nötig gewährleisten. Nur in einem Umfeld, das Eigentum wertschätzt, können langfristig orientierte Unternehmen über Generationen hinweg wirtschaften, sich behaupten und weiter entwickeln.

Die Steuerpolitik darf Familienunternehmen nicht benachteiligen.

Die Steuerpolitik darf Familienunternehmen nicht benachteiligen. Die Befolgungskosten kleinerer und mittlerer Unternehmen dürfen nicht höher sein als

die der großen Konzerne und keinen unverhältnismäßig hohen Anteil an den gesamten Steuerkosten aufweisen. Eine echte Rechtsformneutralität hinsichtlich der Steuerbelastung ist anzustreben.

Die Junge Union setzt sich im Rahmen ihrer steuerpolitischen Grundsätze dafür ein, dass geschaffene Werte als Leistung anerkannt und honoriert werden. Die Erbschaftssteuer ist in diesem Zusammenhang eine Doppelsteuer, die Leistung abstrahlt, und muss abgeschafft werden. Die ohnehin schon oftmals schwierige Unternehmensnachfolge und -fortführung darf nicht durch Steuern zusätzlich behindert werden. Ebenso fordern wir die endgültige Abschaffung der Vermögenssteuer, um so auch den Debatten um ihre Erhebung ein Ende zu bereiten. ♦

Auszug aus dem Beschluss des JU-Deutschlandrates am 14./15. September 2012 in Paderborn.

**Gute Beratung
kostet ein Honorar.
Schlechte ein Vermögen.**



**Wechseln Sie jetzt zu Deutschlands erster
Bank, die nicht von Provisionen lebt, sondern
von zufriedenen Kunden.**

- Wir beraten Sie transparent und unabhängig.
- Wir vergüten Ihnen alle Provisionen.
- Wir machen nur Gewinn, wenn Sie Gewinn machen.
- Wir werden von über 90 Prozent unserer Kunden weiterempfohlen.

**030 89 02 14 87 oder
www.quirinbank.de**



quirin bank



Dr. Hans-Georg Jatzek ist Steuerberater und Partner in der Kanzlei Jatzek & Partner in München. Der studierte und an der Universität Stuttgart promovierte Diplomkaufmann war in der finanzwissenschaftlichen Abteilung des Ifo-Instituts tätig. Für den HAUPTSTADTBRIEF analysiert er das Urteil des Bundesfinanzhofs zur Erbschaftsteuer.

Erbschaftsteuer landet zum dritten Mal beim Bundesverfassungsgericht

Eine verfassungskonforme bundeseinheitliche Erbschaftsteuer erweist sich als unmöglich. Besser wäre es, sie in die Hand der Länder zu legen – oder sie gleich ganz abzuschaffen | Von Hans-Georg Jatzek

Das Erbschaftsteuergesetz in seiner aktuellen, erst seit 2009 geltenden Fassung, liegt schon wieder auf dem Prüfstand des Bundesverfassungsgerichts. Mit Beschluss vom 27. September 2012 (II R 9/11) hat der Bundesfinanzhof dem Bundesverfassungsgericht das Erb-

schaftsteuergesetz zur Prüfung vorgelegt, da er es wegen des Verstoßes gegen das Grundgesetz, und zwar gegen Art. 3 Abs. 1 GG (allgemeiner Gleichheitssatz: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“), für verfassungswidrig hält. Wörtlich führt der Bundesfinanzhof im Leitsatz seines Beschlusses aus:

„Die Verfassungsverstöße führen teils für sich allein, teils in ihrer Kumulation zu einer durchgehenden, das gesamte Gesetz erfassenden verfassungswidrigen Fehlbesteuerung.“

Seit gut 35 Jahren ist es der Politik und ihrem Beamtenapparat nicht möglich, die stets aufs neue wiederholten Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts an ein verfassungsgemäßes Erbschaftsteuergesetz in der Praxis umzusetzen. Zur Erinnerung eine Chronologie der verfassungsrechtlichen Einwände.

- **Bereits seit dem Jahre 1976** (Beschluss vom 4. Juni 1976 – I BvR 360/74) hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber darauf hingewiesen, dass die „Gleichmäßigkeit der Besteue-

Zugriff bei Tod:
Das Finanzamt darf die Erben eines Einfamilienhauses nicht anders behandeln als die Erben eines Unternehmens.



„ nur erfüllt ist, wenn zeitnahe Werte, die den wirklichen gemeinen Werten nahekommen, der Besteuerung zu Grunde gelegt werden.

• **Im Jahre 1995** hat das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 22. Juni 1995 (2 BvR 552/91 BStBl 1995 II S. 671) in seinem *Leitsatz* die verfassungsrechtlichen Grenzen erneut und dieses Mal sehr deutlich dargestellt:

1. *Entscheidet sich der Gesetzgeber bei der Erbschaftsteuer für eine gesonderte Bewertung der zu besteuernenden Güter, so muss er die einmal getroffene Belastungsentscheidung folgerichtig umsetzen und die Steuerpflichtigen – ungeachtet verfassungsrechtlich zulässiger Differenzierungen – gleichmäßig belasten.*
2. *Der Spielraum für den steuerlichen Zugriff auf den Erwerb von Todes wegen findet seine Grenze dort, wo die Steuerpflicht den Erwerber übermäßig belastet und die ihm zugewachsenen Vermögenswerte grundlegend beeinträchtigt.*
3. *Die Ausgestaltung und Bemessung der Erbschaftsteuer muss den grundlegenden Gehalt der Erbrechtsgarantie wahren, zu dem die Testierfreiheit und das Prinzip des Verwandtenerbrechts gehören; sie darf Sinn und Funktion des Erbrechts als Rechtseinrichtung und Individualgrundrecht nicht zunichte oder wertlos machen.“*

Das Bundesverfassungsgericht setzte dem Gesetzgeber in diesem Beschluss eine Frist zur verfassungs-

konformen Ausgestaltung des Erbschaftsteuerrechts bis 31.12.1996. Rückwirkend zum 1.1.1996 änderte der Gesetzgeber das Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz. Am 22. Mai 2002 legte der Bundesfinanzhof (II R 61/99) dem Bundesverfassungsgericht die Frage zur verfassungsrechtlichen Prüfung vor, ob nicht auch das neu gefasste Gesetz gegen Art. 3 Abs. 1 GG verstößt.

• **Mit Beschluss vom 7. November 2006** (1 BvL 10/02) stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass auch diese Neufassung des Gesetzes „bei wesentlichen Gruppen von Vermögensgegenständen ... den Anforderungen des Gleichheitssatzes aus Art. 3 Abs. 1 GG nicht genügt“. Gleichzeitig verpflichtete das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber bis spätestens 31.12.2008 eine verfassungskonforme Neuregelung zu treffen. Mit Wirkung zum 1.1.2009 trat dann das Erbschaft- und Schenkungsteuerreformgesetz vom 24. Dezember 2008 in Kraft.



Zugriff bei Tod:
Das Finanzamt darf die Erben eines Unternehmens nicht übermäßig belasten und die ihnen zugewachsenen Vermögenswerte nicht grundlegend beeinträchtigen.

Auch dieses Gesetz erfüllt offenkundig, wie von zahlreichen Experten schon vor dessen Verabschiedung prognostiziert und nun vom Bundesfinanzhof bestätigt, nicht annähernd die verfassungsrechtlichen Vorgaben und liegt nunmehr wieder zur Prüfung beim Bundesverfassungsgericht.

In der Vergangenheit hat das Bundesverfassungsgericht – aus haushaltsbedingten Erwägungen – stets davon abgesehen, das verfassungswidrige Gesetz für nichtig zu erklären, sondern hat nur dessen Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz festgestellt und dem Gesetzgeber einen Zeitraum zur verfassungskonformen Änderung eingeräumt.

Ob diese „verlässliche Finanz- und Haushaltsplanung“ bei einer Steuer, die weniger als 1 Prozent des gesamten Steueraufkommens einbringt und mit zirka 4 Milliarden Euro im Jahr im Vergleich zu Griechenlandhilfen und Rettungsschirmen, die den Steuerzahler mit hunderten von Milliarden Euro belasten, völlig unbedeutend erscheint, allen Ernstes nochmals von der Rechtsprechung zur Begründung für das Absehen von der an sich gebotenen Nichtigkeitserklärung herangezogen wird, bleibt abzuwarten.

Wenn der Bundesfinanzhof in der Begründung seines Vorlagebeschlusses darauf hinweist, „in der Literatur wird dazu die Auffassung vertreten, der Gesetzgeber sei dieser Rechtsprechung des Bundesverfassungsgericht bewusst nicht gefolgt“, so dürfte dies für das Bundesverfassungsgericht auch ein Grund sein, darüber nachzudenken, wie ernst eine neue, vom Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber auferlegte „Nachbesserungspflicht“ vom Gesetzgeber diesmal genommen wird.

Es stellt sich aber auch die Frage, weshalb es offenbar so schwierig, vielleicht sogar unmöglich, ist, ein verfassungskonformes Erbschaft- und

Schenkungssteuergesetz zu schaffen. Die „theoretischen“ Vorgaben des Bundesverfassungsgericht für ein verfassungskonformes Gesetz liegen spätestens seit dessen Beschlüssen vom 22. Juni 1995 und 7. November 2006 klar auf dem Tisch:

- Der Gesetzgeber muss zunächst alle Vermögensgegenstände gleich bewerten (z.B. mit Verkehrswerten oder gemeinen Werten).
- Der Spielraum für den steuerlichen Zugriff findet seine Grenze dort, wo die Steuerpflicht den Erwerber übermäßig belastet und die ihm zugewachsenen Vermögenswerte grundlegend beeinträchtigt.
- Die Ausgestaltung und Bemessung einer Erbschaftsteuer muss den grundlegenden Gehalt der Erbrechtsgarantie wahren.
- Aufbauend auf der (gleichmäßigen) Bewertung darf der Gesetzgeber in den weiteren Schritten zur Bestimmung der Steuerbelastung für Lenkungszwecke zielgenaue und normenklare steuerliche Verschonungsregelungen beschließen, sofern diese Regelungen grundgesetzkonform sind.

**Die Erbschaftsteuer
bringt weniger als 1 Prozent
des Steueraufkommens:
zirka 4 Milliarden Euro
im Jahr.**

Diese – für sich genommen – plausiblen Vorgaben sind in der Praxis jedoch kaum umsetzbar, wie folgende exemplarische Beispiele aus der Praxis zeigen:

- Wie soll eine verfassungsrechtlich zulässige Regelung zur Förderung der Schaffung von Mietwohnraum aussehen, wenn im einen Bundesland Wohnungsmangel, im anderen Bundesland aber Wohnungsüberschuss herrscht?
- Welche verfassungskonformen Regelungen sollen für mittelständische Familienunternehmen einerseits und für Beteiligungen an börsennotierten Großunternehmen andererseits getroffen werden?
- Wie will ein deutscher Finanzbeamter „Lohnsummen“ bei Unternehmen mit Betriebsstätten in Griechenland, Spanien, Portugal, Süditalien oder auf dem Balkan überprüfen? Durch Auskunftsersuchen an die dortigen Finanzbehörden?

(Hierzu kann jeder damit in der Praxis befasste Finanzbeamte stundenlang Anekdoten erzählen.)

- Wie soll Gemeinschaftsrecht integriert werden? Beispiel: Ein Inländer erbt in Griechenland oder Süditalien ein Haus. Gemäß Europäischem Gerichtshof ist dieses so zu bewerten wie in Deutschland. Nur – woher bekommt der deutsche Finanzbeamte amtliche Mietpreisspiegel, Bodenrichtwert-Karten usw.?
- Gleiches gilt übrigens auch innerhalb Deutschlands, sofern der regionale Besteuerungsbereich völlig inhomogen ist. Wie soll zum Beispiel eine verfassungsrechtlich gebotene, steuerfreie Übertragung des Familienheims erfolgen?

Bei den immensen Unterschieden bei den Immobilienpreisen in Deutschland kann dieses Problem mit Freibeträgen nicht zufriedenstellend gelöst werden. Auch eine objektbezogene Befreiung dürfte verfassungsrechtlich ausscheiden; denn weshalb soll ein Münchner das Reihenhaus der Eltern mit einem Verkehrswert von 800 000 Euro steuerfrei erben können, der Erbe in einer schleswig-holsteinischen oder thüringischen Kleinstadt aber nur eines mit einem Verkehrswert von 150 000 Euro?

All diese Beispiele zeigen, dass es praktisch unmöglich sein wird, ein verfassungskonformes Erbschaftsteuerrecht zu schaffen. Das beste wäre es, die Erbschaftsteuer zur Gänze abzuschaffen. Die Mindereinnahmen von zur Zeit 4 Milliarden Euro würden durch die entsprechende Verkleinerung der Finanzverwaltung und den Entfall von Aufwendungen zuarbeitender Abteilungen des öffentlichen Dienstes kompensiert. Die einzige Möglichkeit einer Neuregelung statt der gänzlichen Abschaffung läge in einer Regionalisierung der Erbschaft- und Schenkungsteuer, wie sie inzwischen auch viele Politiker fordern. Im Schwarz-Gelben Koalitionsvertrag vom 26.10.2009, Seite 13, heißt es zur *Reform der Erbschaftsteuer*:

**Die Regierung
sollte die Erbschaftsteuer
abschaffen oder deren
Neuregelung in die Hand
der Länder legen.**

„Wir werden die Regelungen bei der Erbschaftsteuer entbürokratisieren, familien-gerechter, planungssicherer und mittelstandsfreundlicher machen. Hierzu werden wir als Sofortprogramm vorab

- *die Steuerbelastung für Geschwister und Geschwisterkinder durch einen neuen Steuertarif von 15 bis 43 Prozent senken und*
- *die Bedingungen für die Unternehmensnachfolge krisenfest ausgestalten.*

Wir streben an, die Zeiträume zu verkürzen, innerhalb dessen das Unternehmen weitergeführt werden muss. Die erforderlichen Lohnsummen wollen wir absenken.

Wir werden in Gespräche mit den Ländern eintreten, um zu prüfen, ob die Erbschaftsteuer

hinsichtlich Steuersätzen und Freibeträgen regionalisiert werden kann.“

Die vereinbarte Bund-Länder-Kommission, die sich mit der Regionalisierung der Ländersteuern, insbesondere der Erbschaft-

steuer befassen sollte, gibt es leider bis heute nicht. Dabei wäre es im Sinne des Föderalismus schlüssig, für reine Ländersteuern wie Grunderwerbsteuer und Erbschaftsteuer auch die Gesetzgebungskompetenz den Ländern zu übertragen. Dann könnten Bayern und Baden-Württemberg für ihre „Häuslebauer“ ebenso eigene adäquate Regelungen finden wie Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt für die ihrigen. Gleiches gilt natürlich auch für land- und forstwirtschaftliche Betriebe und Gewerbebetriebe.

Hierfür braucht die Bundesregierung auch nicht erst das Urteil des Bundesverfassungsgericht in Sachen Erbschaftsteuer abzuwarten. Vielmehr kann sie beherzt handeln und die verbleibende Legislaturperiode im Sinne ihres Koalitionsvertrags nutzen: durch Abschaffung der Erbschaftsteuer oder indem sie die Neuregelung der Erbschaftsteuer in die Hand der Länder legt. ◆



Prof. Dr. Rick Vogel ist Inhaber des Lehrstuhls für Public Management & Public Policy an der Zeppelin Universität, Friedrichshafen, mit Forschungsschwerpunkten Public Sector Leadership und institutioneller Wandel im öffentlichen Sektor.

Mag. Doris Masal BSc forscht und lehrt ebendort. Sie arbeitet an ihrer Dissertation über Public Sector Leadership.



Die Grobmotorik der öffentlichen Hand – Lehren aus dem BER-Debakel

Damit es bei Großprojekten wie dem Berliner Flughafenbau künftig zu keiner Bruchlandung mehr kommt, ist die Verbesserung der Verwaltung nötig

Von Rick Vogel und Doris Masal

Was als Prestigeprojekt begonnen hat, wird zunehmend zu einer Geduldsprobe für die Hauptstädter. In Zeitungen, Bürgerplattformen und Blogs finden sich täglich Unmutsbekundungen über die Zustände rund um den neuen Flughafen Berlin Brandenburg (BER), der schon vor dem Start eine Bruchlandung hingelegt hat: Explodierende Baukosten und immer wieder verschobene Eröffnungstermine machen die Steuerzahler wütend und bringen verantwortliche Politiker in Erklärungsnot. Es scheint, als sei die öffentliche Hand recht grobmotorisch, wenn es um das Management von Großprojekten geht.

Die Fertigstellung des Flughafens BER wurde mehrfach verschoben. War zunächst Anfang Juni 2012 als Eröffnungstermin genannt, wird mittlerweile vorsichtig Oktober 2013 anvisiert – weitere Verzögerungen nicht ausgeschlossen. Die Kosten übersteigen die veranschlagten Budgets laut Medienberichten inzwischen um nicht weniger als 1,7 Milliarden Euro. Und damit nicht genug: Fluglinien drohen mit Schadensersatzforderungen, da durch die ständige Verschiebung des Eröffnungstermins beträchtliche Mehrkosten durch Ticke-

tumbuchungen, Personalaufwand und ungenutzte Treibstoffvorräte entstehen. Wie konnte es zu dieser Serie von Pleiten, Pech und Pannen kommen?

Statt die üblichen Ressentiments gegen Politik und Verwaltung zu bedienen, ist es besser, nüchtern zu analysieren, welches Muster sich hinter diesem Fall und anderen Fällen von Missmanagement verbirgt. Zahlreiche Anzeichen deuten auf gravierende Mängel im Projektmanagement

Politiker haben nicht die Qualifikation, Projektkosten und Risiken professionell zu kalkulieren – es ist auch nicht ihre Aufgabe.

hin. Es ist bis jetzt nicht klar, wer für die Pannen Verantwortung trägt und auch übernimmt. Zudem fehlen verlässliche Zahlen, um das Projekt finanziell richtig kalkulieren zu können. Vor allem fehlt aber

die Kommunikation mit den „Stakeholdern“ – den Fluggesellschaften und Fluggästen, die nicht abheben können, den Steuerzahlern, deren Einsatz auf dem Spiel steht. Wie ist dieses Muster an Missmanagement zu erklären?

Mit Politik und Verwaltung treffen zwei unterschiedliche Logiken aufeinander. Die politische Logik folgt vor allem kurzfristigen Wahlzyklen. Politiker sind an ihrer Wiederwahl interessiert und

können mit der Vergesslichkeit des Wählers rechnen. Das macht es attraktiv, mit einem schillernen Großprojekt in der Öffentlichkeit zu glänzen, ohne negative Folgen zu bedenken. Allerdings haben Politiker weder die Qualifikation, noch ist es ihre Aufgabe, Projektkosten und -risiken professionell zu kalkulieren.

Dafür ist die Verwaltung zuständig. Sie überdauert Regierungswechsel und folgt einer Professionskultur, die – mit allen Vor- und Nachtei-

len – immer noch stark vom Ethos des deutschen Berufsbeamtentums geprägt ist. Das Erlernen von Managementfähigkeiten hält nur langsam Einzug in die Aus- und Weiterbildungsprogramme des öffentlichen Dienstes. Dabei erfordern Großprojekte, die über administrative Routinen hinausgehen, genau das: ein hochprofessionelles Management. Die Verwaltungskompetenz der mittleren und unteren Verwaltungsebenen sollte daher durch die gezielte Vermittlung von Management-Kompetenzen erweitert werden. Diese sind unentbehrlich, wenn es um die Steuerung derartiger Großprojekte geht.

Private Unternehmen, mit denen die öffentliche Verwaltung in Großprojekten zusammenarbeitet, verfügen meistens über genau diese Management-Kompetenzen. Entsprechend entsteht ein



Beim Bau des Flughafens Berlin Brandenburg (BER) haben die Verantwortlichen eine Bruchlandung hingelegt. Wenn es gelingt, die öffentliche Verwaltung durch Aus- und Weiterbildung zu ertüchtigen, wird sie bei jedem Großprojekt souverän durchstarten und dann Flughöhe halten.

Kompetenzgefälle, das Baukonzerne geschickt zu ihren Gunsten zu nutzen verstehen. Die Outsourcing-Forschung hat gezeigt, dass Auftraggeber erhebliche Qualifikationen behalten müssen, wenn sie Auftragnehmer kompetent steuern und kontrollieren wollen. Das erfordert auch auf Seiten der Verwaltung gut ausgebildetes Führungspersonal in angemessenem Umfang.

Die öffentliche Verwaltung investiert jedoch deutlich weniger in die Füh-

rungskräfteentwicklung als die Privatwirtschaft, obwohl der Verantwortungsbereich für Manager in der öffentlichen Verwaltung kontinuierlich wächst. Führungskräfte tragen zunehmend mehr Ergebnisverantwortung und haben zugleich mehr Entscheidungsspielräume, was hohe qualifikatorische Anforderungen an sie stellt.

Das vorhandene Potential der Mitarbeiter muss folglich besser genutzt werden, um für Großprojekte künftig besser gerüstet zu sein. Daher ist es unbedingt notwendig, das Erlernen von Projektmanagement systematisch in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung zu integrieren. Gemessen an den 1,7 Milliarden an Mehrkosten der jüngsten Planungs- und Managementfehler, wäre das gut investiertes Geld gewesen. ◆

Ich bin ein Berliner



Die historienreiche Hauptstadt und das Hotel Adlon Kempinski faszinieren und interessieren...
Werden Sie Teil einer einzigartigen Zeitreise und genießen Sie Berlin nicht nur von A bis Z
– Erleben Sie auch das Gestern und Heute mit unserem “Ich bin ein Berliner”-Package...

Kempinski

reservation.adlon@kempinski.com • +49 30 2261 1111 • www.kempinski.com/berlinadlon


Hotel Adlon
Kempinski
BERLIN

John F. Kennedy, Willy Brandt und Konrad Adenauer am Brandenburger Tor, Berlin, 26. Juni 1963 Credit: Wikipedia
(das Originalbild ist zu sehen im Museum THE KENNEDYS)



Heinz Buschkowsky (SPD) ist Bürgermeister von Neukölln. Er regiert den Berliner Bezirk (41 Prozent der Bewohner haben einen Migrationshintergrund) seit 2001.

Güner Yasemin Balci ist Journalistin und Autorin. Die gebürtige Berlinerin hat einen Migrationshintergrund. Ihre beiden Neukölln-Romane *Arabboy* und *Arabqueen* spielen im deutsch-arabischen Milieu.



Wenn Integration gelingt, geht es allen besser

Integration von Einwanderern muss man wollen, sagt Heinz Buschkowsky in seinem Bestseller *Neukölln ist überall*. Im HAUPTSTADTGESPRÄCH mit Güner Bali beschreibt der Sozialdemokrat, wie er das in Neukölln anpackt

GÜNER BALCI: Neukölln ist überall – aber zuerst ist es hier: Was ist los in Neukölln? Die FAZ nennt Neukölln das größte Integrationslabor Deutschlands. Es gibt Konflikte, die den Alltag bestimmen, und sie gehen von einer Minderheit aus, die Werte und Normen angreift, die uns wichtig sind. Was unternimmt Neuköllns Bürgermeister dagegen?

HEINZ BUSCHKOWSKY: Das Integrationslabor, wenn man es so nennen will, ist nicht an Einzelpersonen geknüpft. Es ist ein System. Es ist ein System von Menschen, die sich der Aufgabe verschrieben haben, die Bildungsferne zu bekämpfen, ihr entgegenzutreten. Das sind Migrantenvereine vom Arabischen Kulturinstitut über das Türkisch-Deutsche Zentrum. Das sind deutsche Vereine, NGOs, wie man die in Neusprech nennt, also Nicht-Regierungs-Organisationen. Und das sind natürlich die staatlichen Institutionen, mit denen wir versuchen, durch Bildung, durch Erweiterung des Geistes junge Leute davon zu überzeugen, dass es mehr gibt als das, was zu Hause pausenlos der Fernseher von sich gibt, oder das, was der Großvater am Teetisch verkündet, wie es schon immer war.

Wir haben drei Gymnasien im Norden Neuköllns. Diese drei Gymnasien bringen jedes Jahr dreihundert Abiturienten hervor. Die schicken wir dann in andere bürgerliche Bezirke, damit sie dort den Stolz der Integrationspolitik als Person repräsentieren. Und dann sagen die Bürgermeister der anderer Bezirke zu mir: „Wir wissen gar nicht, worüber Sie eigentlich reden. Ich habe auch so und so viele Einwanderer – bei mir ist das alles gar kein Problem.“ „Ja, Kunststück!“, sage ich dann immer. „Die haben wir ausgebildet.“

Einwanderung soll eine Gesellschaft stärken. Einwanderung ist kein Testbetrieb für die Sozialsysteme.

“ Ich schreibe in meinem Buch einen Vergleich: Wenn ich mich um die Verkehrssicherheit einer Kreuzung kümmern soll, was tue ich dann? Zähle ich die Autos, die unfallfrei die Kreuzung passiert haben?

Oder analysiere ich die Unfälle und schaue, wie ich sie verhindere? So sehe ich Integrationspolitik bei uns. Wir müssen uns an den Erfolgreichen erfreuen. Aber mich interessieren die 60 Prozent, die ohne Abschluss die Schule verlassen oder mit dem Hauptschulabschluss, von dem wir wissen, dass er meist nicht der Start in ein gelungenes Berufsleben ist. Darum muss man sich kümmern. Und man muss einfach zur Kenntnis nehmen, dass sich im Neuköllner Norden drei

von vier Kindern im Hartz-IV-Bezug befinden, 75 Prozent. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 7 bis 8 Prozent. Ich empfinde es als meine Herausforderung, daran irgendetwas zu ändern.

Dieses Netzwerk, die NGOs, die Vereine der Migranten, die Behörden, die dabei zusammenarbeiten, ist ja etwas Außergewöhnliches, dem ein Kampfeswille zugrunde liegt, die Verhältnisse nicht hinzunehmen. Wie funktioniert das?

Es geht bei allem, was wir tun, um die Botschaft: Hier, bei uns, herrschen unsere Gesetze, hier herrscht unsere Kultur. Menschen, die sich aus einem anderen Kulturkreis woanders hinbegeben, tun das ja nicht, weil es ihnen zu Hause so gut geht, sondern weil sie entweder verfolgt sind, weil sie flüchten müssen oder weil sie mehr Wohlstand für sich und ihre Familie erwarten. Wenn jemand das tut, dann muss er wissen, dass er auf andere Lebensregeln stößt. Und ich erwarte eigentlich von jemandem – daran entzündet sich ja schon der Widerstand

gegen meine Person, ich erwarte von Einwanderern, dass sie die Bereitschaft mitbringen, ein Teil des Landes zu werden, in das sie einwandern, und sich den Lebensregeln dieser Gesellschaft stellen und sie für sich auch akzeptieren. Das halte ich für ein Grundprinzip von Einwanderung.

Einwanderung soll eine Gesellschaft stärken. Einwanderung ist kein Testbetrieb für die Sozialsysteme. Die Lebensregeln dieser Gesellschaft sind über Jahrhunderte entstanden sind. Dafür haben Generationen ihr Leben gelassen. Ich bin nicht bereit, in diesen Angelegenheiten einen Rückschritt mitzumachen. Ein Beispiel: Bei uns hat sich die Einehe durchgesetzt. Wir haben nun in Neukölln eine aufkommende Subkultur, ich nenne das ganz bewusst so, an Vielehen, an Zweit-, Dritt-, Viertfrauen, die wieder üblich werden. Und da sage ich: Das kann es doch nicht sein. Das hat doch nichts mit „kultureller Identität“ zu tun.

Ja, weswegen haben wir denn dafür gekämpft, dass Frauen einen Anspruch auf Altersversorgung haben, dass sie einen Versorgungsausgleich kriegen, wenn sie sich um die Familie und die Erziehung gekümmert haben? Wieso haben wir die Gleichstellung der nichtehelichen Kinder erkämpft mit einem Erbspruch gegen den Erzeuger? Dafür, dass wir jetzt wieder rechtlose Frauen haben, deren Ehe auf dem Papier in Deutschland nichts wert ist, gar nichts? Kinder, die ihren Vater nicht kennen, die keinen Erbspruch haben? Ist das wirklich kultureller Fortschritt? Da sage ich: Das ist kein Fortschritt. Da muss eine Gesellschaft sagen: Das wollen wir nicht! Das geht hier nicht!

Wenn Sie in Neukölln die hart erkämpften sozialen und rechtlichen Standards verteidigen

und durchsetzen wollen – ist das ein Anliegen, das auch von Migranten unterstützt wird?

„Eine Gesellschaft, die die Forderung nach Integration nicht erhebt, muss sich nicht wundern, wenn ihr keiner nachkommt.“

Ja, natürlich. Wenn man mit Migrantenorganisationen arbeitet, dann arbeitet und kooperiert man mit Menschen des Bildungs-

bürgertums. Es gibt ein Einwandererbildungsbürgertum. Bildungsferne ist nur ein Sektor der Einwanderung. Und natürlich sind bei den Verbänden die Sichtweisen genau dieselben. Natürlich müssen Sie mit dem Türkisch-Deutschen Zentrum nicht darüber diskutieren, dass Schulschwänzen völlig bescheuert ist. Das wissen die. Und in dem Arabischen Kulturinstitut auch. Die kämpfen genauso dagegen. Das Problem ist aber, dass wir an dieser Stelle einen sehr, sehr harten Kampf gegen ein abgeschottetes Bewusstsein führen.

Ich habe in meinem Buch versucht darzustellen, wie diese Parallelgesellschaften eine solche Verbindlichkeit in ihren Normen entwickeln, dass die tradierten Familienriten eine unglaubliche Bedeutung bekommen. Das höchste Gut, das ein Mensch demzufolge hat, ist seine Familie, und er hat alles zu tun, was der Familie hilft und sie schützt. Die kranke Tante ist dann einfach wichtiger als das



VERSION: FOTO: DE/CHRISTIANITZSCH

Güner Balci (links) im Gespräch mit Heinz Buschkowsky. Zur Vorstellung seines Buches *Neukölln ist überall* am 4. Oktober waren über achthundert Besucher in den ausverkauften Humboldt-Saal der Berliner Urania gekommen. Am Ende gab es stehende Ovationen. In der *Spiegel*-Bestsellerliste steht das Buch auf Platz 1.

Zur-Schule-Gehen. Da muss erst die Tante gepflegt werden. Das kommt natürlich nicht daher, dass die Leute nicht bis drei zählen können, sondern sie kommen aus Ländern mit einem Zivilisationsstand, wo es Zentralinstitutionen nicht gibt wie Polizei, wie Gerichte, auch wie Schulpflicht – und wo die Familie tatsächlich auf sich alleine gestellt ist. Und wenn sie nicht zusammenhält und sich auch nach außen verteidigt, dann wird sie untergepflegt.

Menschen, die aus vordemokratischen Gesellschaftsordnungen zu uns kommen, werden hier in ein System geworfen, das völlig anders reagiert. Deshalb muss die Gesellschaft sagen: „Daran müssen wir gemeinsam arbeiten, das geht hier nicht so.“ Das scheint mir selbstverständlich zu sein. Nur, eine Gesellschaft, die die Forderung nach Integration überhaupt nicht erhebt, muss sich nicht wundern, wenn ihr keiner nachkommt.

Die parallelen Strukturen sind unserem Verständnis von Gesellschaft fern. Nun haben Sie in Neukölln das Projekt *Stadtteilmütter* ins Leben

gerufen. Bedient das Hineingehen nicht die parallelen Strukturen? Landen die Informationen, die sie dort sammeln, tatsächlich beim Jugendamt?

Natürlich landen die Informationen in Reinkultur nicht beim Jugendamt. Wenn wir das von den Frauen erwarten würden, wäre das Projekt *Stadtteilmütter* tot. Die Stadtteilmütter sind Einwandererfrauen, die arbeitslos sind, im Hartz-IV-Bezug, die wir sechs Monate lang ausbilden: Wie funktioniert das deutsche Schulsystem? Was ist ein Sprachkurs? Was ist gesunde Ernährung? Warum sollte man die Sexualerziehung nicht der Straße überlassen? Diese Stadtteilmütter gehen zu Familien, von denen selbst die Einwanderervereine sagen: Zu denen haben wir keinen Kontakt, die führen ein völlig abgeschottetes Leben. Da könnte selbst der Bürgermeister mit der Amtskette um den Hals zehnmal klingeln: null Chance!

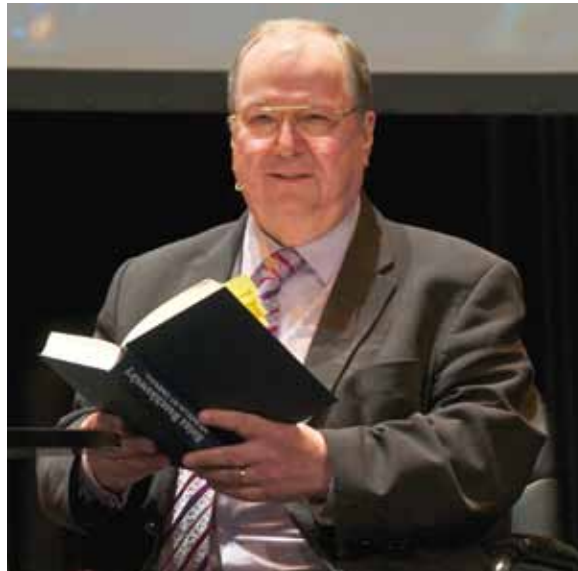
So, und nun schicken wir die Stadtteilmütter dahin. Mit dem Vertrauensbonus der Ethnie

sagt sie: „Komm, Schwester, lass uns einen Tee trinken. Hast du schon mal gedacht, dein Kind in den Kindergarten zu geben? Weißt du überhaupt, wie so ein Ding von innen aussieht? Weißt du, was sie da mit den Kindern machen den ganzen Tag? Komm, wir gehen mal zusammen dahin.“ Oder: „Willst du gucken, wie so ein Sprachkurs funktioniert? Da sind übrigens drei deiner Nachbarn. Komm, lass uns da mal hingehen.“ So versuchen wir, diese Familien für die Gesellschaft zu öffnen: die Schale zu knacken. Und da ist mir dann erst einmal völlig egal, ob die Stadtteilmütter zehnmal zu einer Familie gehen, ob nach dem zehnten Besuch schon das Prinzip der Menschenrechte und der parlamentarischen Demokratie begriffen worden ist.

Sondern mir reicht es erst einmal, wenn sich diese Familie ein wenig öffnet und am gesellschaftlichen Leben teilnimmt. Gesellschaftliches Leben ist jetzt sehr hochgestochen. Ich sage immer: Man kann Blätter in die Luft werfen und warten, bis sie runterfallen, wenn sie unten sind, sie zusammenfegen und wieder in die Luft werfen. Das wäre so eine tagesstrukturierende Maßnahme à la Jobcenter.

Man kann die Frauen aber auch ein halbes Jahr ausbilden und sie dann mit dieser Aufgabe betrauen. Nach dreihundert ausgebildeten Frauen kann ich sagen: Die Frauen, die in diese Ausbildung gehen, sind andere, als die, die hinten herauskommen. Sie gewinnen ein völlig anderes Selbstbewusstsein, sie sehen die Welt mit anderen Augen. Und die Kinder sagen in der Schule ganz stolz: „Meine Mutter ist Stadtteilmutter. Die sagt anderen, was richtig und was falsch ist.“

Dass wir hin und wieder auch Verluste haben bei den Stadtteilmüttern, weil der Angetraute es plötzlich nicht mehr duldet, dass um 16 Uhr nicht das dampfende Essen auf dem Tisch steht, weil seine Frau gerade einen Hausbesuch bei einer anderen Familie macht, das müssen wir hinnehmen. Aber einen Großteil dieser Frauen verlieren wir immer wieder, weil sie in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden.



Heinz Buschkowsky regiert einen Berliner Bezirk von der Größe einer mittleren Großstadt. 41 Prozent der 320 000 Neuköllner haben einen Migrationshintergrund.

Was man allerdings nicht machen darf: Man darf die Frauen nicht hochstilisieren zu Sozialarbeitern des Jugendamts, die kommen und die Probleme lösen. Das geht nicht. Sie können ein Wegweiser sein. Unsere Stadtteilmütter haben 5000 Familien in Neukölln im Laufe der Zeit, in der sie existieren, besucht. Und dann nehmen wir mal drei Kinder im Durchschnitt an. Das ist schon sehr niedrig. Das sind ungefähr 15

000 Kinder. Wenn sie nur einen Erfolgsquotienten von zehn Prozent haben, haben sie in die Sozialisation und die Lebensvorbereitung von 1500 Kindern eingegriffen. Das finde ich einen tollen Erfolg, wobei die zehn Prozent bewusst niedrig angesetzt sind. Nicht umsonst sind die Stadtteilmütter inzwischen elfmal international und national ausgezeichnet worden. Das Land Berlin hat dafür den Metropolenaward in Sydney gewonnen, also den Preis aller Millionenstädte. Und darauf waren wir in Neukölln ganz stolz, weil wir sonst ja immer nichts richtig machen, wie wir in der Zeitung lesen können. ◆



Neukölln ist überall. Von Heinz Buschkowsky. Ullstein Buchverlag, Berlin 2012. 397 Seiten, 19,99 Euro. 62 Rezensionen auf Amazon, davon 50 mit 5 Sternen, der Bestnote. Amazon-Verkaufsrang 14 von zirka 500 000 angebotenen Büchern, Nummer 1 in der Rubrik Politik. (Stand 15.10.2012)

porta!

möbel & mehr

Der Möbelgigant in Potsdam
Weltstadt-Auswahl für Berlin und Brandenburg



Eine Auswahl der Qualitätsmarken in unserem Hause:

PASCHEN
MÖBEL FÜR INDIVIDUALISTEN

EFF
ELEKTROGERÄTE

JOOP!

LIEBHERR

MONDO
Die creative Möbelmarke

Miele

hülsta

ROLF
BENZ

now!
by hülsta

KAHLA
PORZELLAN FÜR DIE SINNE

JAB
ANSTOETZ

LIV'IN®
DIE JUNGE MÖBELMARKE

B
LEUCHTEN
B - LEUCHTEN
Design by Bankamp

14480 Potsdam • Porta Möbel Handels GmbH & Co. KG Potsdam • Zum Kirchsteigfeld 4
direkt neben dem Stern-Center • Telefon 0331/20085-0 • Mo-Sa 10-20 Uhr • www.porta.de



FOTOS: CHRISTIAN KRUPPA

Schirmherr der ALS-Initiative Bundeskanzler a. D. Dr. Gerhard Schröder mit dem Initiator der Initiative Dr. Jürgen Großmann und Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (l.) sowie Prof. Dr. Karl Max Einhüpl, Chef der Berliner Charité (r.).

Hilfe für ALS-kranke Menschen

Zweite Spendengala im Berliner Schlosshotel Grunewald großer Erfolg

Prominente aus Politik und Wirtschaft zu großzügigen Spenden zu bewegen, war das Ziel der zweiten Spendengala der Initiative »Hilfe für ALS-kranke Menschen«. Erst vor einem Jahr von Jürgen Großmann, bis Juni 2012 Vorstandsvorsitzender der RWE AG, in Leben gerufen, konnte die Initiative mit ihrer Festveranstaltung im Schlosshotel Grunewald die Herzen und Geldbeutel der Gäste öffnen: Im Rahmen

einer Auktion, bei der Christiane Gräfin zu Rantzau, Chefin von Christie's Deutschland, Bilder von Anselm Kiefer, Günther Uecker, Markus Lüpertz und anderen Berühmtheiten der bildenden Kunst versteigerte, kam der stattliche Betrag von 361 000 Euro zusammen.

Versteigert erfolgreich und eindrucksvoll Kunst für einen guten Zweck: Christiane Gräfin zu Rantzau. An diesem Abend erzielte sie einen Erlös von 361 000 Euro.



Dieses Geld fließt direkt und ohne Abzug für organisatorischen Aufwand in Projekte der ALS-Betreuung und -Forschung. ALS ist die Amyotrophe Lateralsklerose, eine degenerative Erkrankung des motorischen Nervensystems. Die seltene Krankheit ist bislang unheilbar und führt in vielen Fällen alsbald zum Tod; etwa 8000 Menschen in Deutschland sind von ALS betroffen. Die Initiative »Hilfe für ALS-krank Menschen« unterstützt deshalb das Bemühen der Berliner Charité, die Versorgung der Kranken mit der geballten Effizienz des Internetportals AmbulanzPartner zu verbessern. Der Leiter der ALS-Ambulanz, Prof. Meyer, und der Chef der Charité, Prof. Einhäupl,



Stiftet eine ALS-Forschungsprofessur für die Charité: Martin Herrenknecht, im Bild mit Ulla Schmidt.

drückten dafür Dank und Anerkennung aus.

Die künftigen Ziele der Initiative »Hilfe für ALS-krank Menschen« skizzierten deren Schirmherr, Altbundeskanzler Gerhard Schröder, und die Mitinitiatorin Ulla Schmidt. Die frühere Gesundheitsministerin betonte die Dringlichkeit der Erforschung von ALS, die von der öffentlichen Hand allein

nicht zu stemmen sei. Da kam die spontan geäußerte Bereitschaft von Martin Herrenknecht, eine Forschungsprofessur an der Charité zu stiften, im rechten Augenblick. Die Zusage des Eigentümers des gleichnamigen Unternehmens für Tunnelvortriebstechnik krönte einen erfolgreichen Abend. ♦

Helfen Sie, bitte!

Die bisher noch unheilbare Krankheit ALS (Amyotrophe Lateralsklerose) stellt Betroffene, Angehörige und die Medizin vor komplexe Aufgaben, die innerhalb des bestehenden Gesundheitssystems schwer zu lösen sind.

Die Initiative „Hilfe für ALS-krank Menschen“ setzt sich in Kooperation mit der Charité für eine koordinierte medizinische Versorgung und eine intensiviertere Ursachenforschung ein. Hier greift das bürgerschaftliche Engagement in der Bereitstellung privater finanzieller Mittel.

Alle Spendengelder gehen ohne Abzug für Verwaltungsaufwand direkt auf das eigens für die ALS-Hilfe eingerichtete Konto. Wenn Sie beim Verwendungszweck Ihren Namen und Ihre Adresse eintragen erhalten Sie von der Charité eine Spendenbescheinigung. Vielen Dank!



www.als-hilfe.org

Spendenkonto

Empfänger: Kasse der Charité
Kontonummer: 127 000 555 0
Bank: Berliner Sparkasse
BLZ: 100 500 00
Verwendungszweck: 89758004_ALS

Fragen zum Spenden:
Gabriele Frisch (Charité)
Telefon: 030 450 660 098
Email: gabriele.frisch@charite.de



Michael Lachmann ist freier Journalist in Berlin. Seit 1993 berichtet er über den EHC Eisbären Berlin, seit 1999 in der Fachzeitung *Eishockey NEWS*. Für den HAUPTSTADTBRIEF hat er ermittelt, was unter dem Eis und im Hintergrund vor sich geht.

Berlins Eisbären stehen zum Verkauf

Der US-Milliardär Anschutz bietet sein Veranstaltungsimperium als Ganzes zum Kauf an – der Berliner Eishockeyclub und seine Arena gehören dazu

Von Michael Lachmann

Es war eine schlicht gehaltene Pressemitteilung, die am Morgen des 19. September ein mittleres Beben in Berlin auslöste. Auf knapp zweieinhalb Seiten teilte die Anschutz Company aus Denver, Colorado in den USA die Absicht mit, ihre Tochtergesellschaft *Anschutz Entertainment Group*, kurz AEG, zum Verkauf anzubieten. Und mit ihnen auch den Eishockeyclub Eisbären Berlin, sechsmaliger Meister der Deutschen Eishockey Liga (DEL) und sportliches Aushängeschild der AEG in Deutschland.

Mit dem beabsichtigten Gesamtverkauf der AEG deutet sich der wohl größte Deal in der Sport- und Unterhaltungsbranche an. Schließlich handelt es sich bei der *Anschutz Entertainment Group* um ein echtes Imperium mit fast 120 Veranstaltungsarenen mit jeweils mindestens 7000 Plätzen und insgesamt 45 Gesellschaften mit rund 20 000 Mitarbeitern weltweit. Darunter befinden sich auch 25 Sportteams. Die bekanntesten sind wohl der aktuelle nordamerikanische Eishockeymeister Los Angeles Kings, die Fußballer der Los Angeles Galaxy mit Superstar David Beckham sowie anteilmäßig das Basketballteam Los Angeles Lakers. In Deutschland besitzt Anschutz neben den Eisbären den Eishockeyverein Ham-

burg Freezers. Wie die Eisbären tragen auch in Freezers ihre Spiele in einer der Anschutz-Gruppe gehörenden Multifunktionsarena aus.

Rückblick: Im Spätsommer 1999 sorgte eine weitaus kürzere, aber nicht minder bedeutende Presseinformation für helle Aufregung. „We have bought the Eisbären today“, verkündete am 3. September 1999 Bob Sanderman von

der United Sportsmanagement AG, einer in Zürich ansässigen Tochtergesellschaft der Anschutz Company, die Übernahme des finanziell am Boden liegenden Berliner Eishockeyclubs. Das tat Anschutz natürlich

„*Das Gesamtkonzept der O₂ World funktioniert hervorragend – die Eisbären sind Publikumsmagnet und Umsatzbringer.*“

nicht aus Nächstenliebe, obwohl festzuhalten ist, dass der US-Milliardär, der mit knapp 8 Milliarden US-Dollar Vermögen in einem vom Forbes-Magazin erstellten Ranking der reichsten Menschen auf Platz 44 geführt wird, mit den Jahren ein Faible für die Berliner Eishockeyspieler entwickelte. Angelehnt an den alten Namen der Eisbären, SC Dynamo Berlin, nannte der öffentlichkeitsscheue Milliardär seinen Profifußballclub in Houston „Dynamo“. Profaner Hintergrund der damaligen Übernahme der Eisbären war jedoch der geplante Bau einer Multifunktionsarena in Berlin-Friedrichshain.



Einer der seltenen öffentlichen Auftritte des Ehepaares Anschutz: Am 7. Oktober überreichten Nancy Anschutz und Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit der Mannschaft der Eisbären Berlin die von Philip Anschutz in Auftrag gegebenen Meisterringe anlässlich der gewonnenen Meisterschaft der Saison 2011/12 (mit im Bild Maskottchen Bully, Assistentenkapitän Frank Hördler [Nr. 7] und Kapitän Andre Rankel [Nr. 24]).

Philip Anschutz (links) gratuliert Eisbären-Assistenztrainer Hartmut Nickel, 15-facher DDR- und sechsfacher gesamtdeutscher Meister.

Mit dem Eisbären hatte Anschutz einen Hauptmieter und somit ungefähr 30 garantierte Veranstaltungen im Jahr gleich parat. Der Deal funktionierte. Die mit den Anschutz-Zuwendungen finanziell aufgepeppten Eisbären entwickelten sich in den Jahren seit 1999 zur erfolgreichsten Mannschaft der Deutschen Eishockey Liga. Durch den im Frühjahr gewonnenen sechsten Titel in den zurückliegenden acht Jahren kann sich der Berliner Traditionsverein, der als SC Dynamo Berlin bereits 15 DDR-Meisterschaften errang, DEL-Rekordchampion nennen.

Auch für Anschutz lohnte sich die Synthese. Nach dem Erwerb des 20 Hektar großen Grundstückes am Spreeufer nahe dem Berliner Ostbahnhof wurde das geplante Bauvorhaben schließlich in die Tat umgesetzt. Im September 2008, neun Jahre nach seinem Einstieg in Berlin, konnte Philip Frederick Anschutz die Pforten seiner Großarena mit dem Namen *O₂ World Berlin* erstmals öffnen. Seitdem haben sich die Eisbären zu einem Zuschauermagneten und Kassenschlager entwickelt. 14 000 Eishockeyfans pilgern Woche für Woche zu den Heimspielen des erfolgreichen Hauptstadtclubs.



Anschutz in Deutschland:
O₂ World Hamburg



Anschutz in Australien:
Perth Arena
(geplante Eröffnung
im November 2012)



Anschutz in der Türkei:
Ülker Sports Arena Istanbul



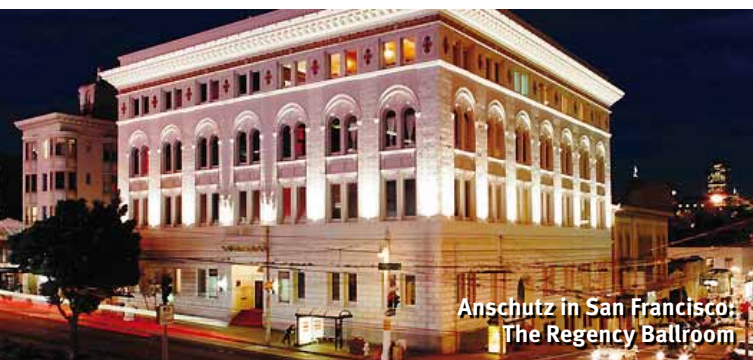
Anschutz in Qatar:
Qatar National Convention Centre Doha

FOTOS:
WWW.AEGWORLDWIDE.COM

Zurück zum Heute: Bei den Verantwortlichen rief die Verkaufsankündigung zuerst Sprachlosigkeit hervor. Auf Nachfrage teilten sowohl Moritz Hillebrand, Vizepräsident für Kommunikation der AEG Europe, als auch Eisbären-Sprecher Cem Herder nur kurz mit, dass es sich dabei um eine reine Konzernangelegenheit handeln würde und man diese von Berlin aus nicht kommentieren könne. Wenig später beruhigte dann Hillebrand in der BILD-Zeitung: „Die Ankündigung bedeutet für die Freezers und die Eisbären nicht viel. Es wird sich beim Eishockey zunächst mal nichts ändern.“ Ins gleiche Horn stieß auch Eisbären-Manager Peter John Lee, der die in Aufregung versetzte hauptstädtische Medienlandschaft zu beschwichtigen versuchte. „Uns gegenüber wurde kom-

muniziert, dass sich für uns nichts ändert“, so Lee, „Herr Anschutz ordnet seine finanziellen Verhältnisse neu. Es kann aber durchaus auch sein, dass er die AEG gar nicht verkauft.“

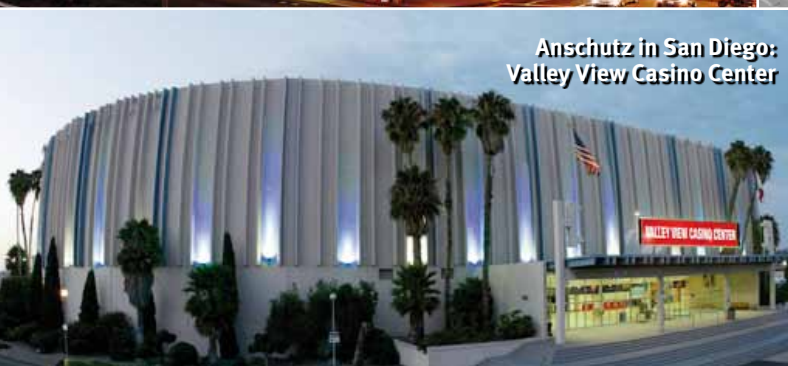
Entgegen der Direktive aus der Firmenzentrale in Denver gingen die Eisbären sogar offensiv an die Öffentlichkeit. Im Stadionheft wandte sich Lee in einer Art offenem Brief an die Eishockeyfans: „Es wurde ein Prozess gestartet, an dessen Ende der Verkauf der gesamten Anschutz Entertainment Group stehen könnte. Dies ist ein recht normaler Ablauf in der Geschäftswelt, der uns nicht beunruhigen sollte. Mir schoss aber als erstes durch den Kopf, dass wir doch wirklich sehr froh sein können. Mister Anschutz hatte eine Vision, die die O₂ World und die Eisbären beinhaltete und uns erst die



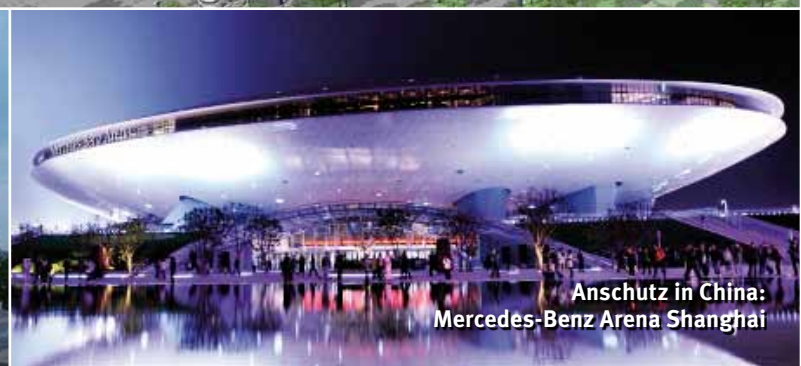
Anschutz in San Francisco:
The Regency Ballroom



Anschutz in Russland:
Dynamo Moscow Stadium and
VTB Bank Arena (geplante Eröffnung 2016)



Anschutz in San Diego:
Valley View Casino Center



Anschutz in China:
Mercedes-Benz Arena Shanghai



Anschutz in Brasilien:
Nova Arena São Paulo
(geplante Eröffnung 2013)



Anschutz in Las Vegas:
The Colosseum at Caesar's Palace.



Anschutz in Los Angeles:
Farmers Field
(Bau geplant ab 2013,
Eröffnung vorgesehen 2016)
und Staples Center



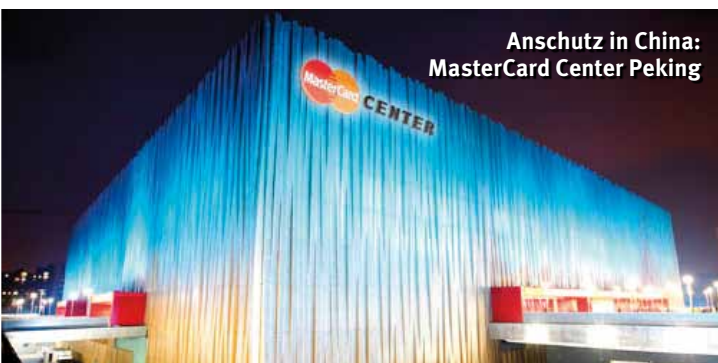
Anschutz in Australien:
Darwin Convention Centre

Aussicht auf eine Zukunft gab. Wir schauen zuversichtlich nach vorne, vertrauen dem langfristigen Denken der AEG und sind gleichzeitig dankbar.“

Was steckt nun aber hinter dem in Gang gesetzten und möglicherweise Jahre dauernden Verkaufsprozess? Fest steht, dass der 72-jährige Anschutz sich für die Zukunft – auch finanziell – neu aufstellen möchte. Und da kolportiert wird, dass seine drei Kinder keinerlei Interesse am Sport besäßen, will sich Anschutz nun anscheinend für annähernd 6 Milliarden US-Dollar von der Veranstaltungsbranche trennen. Um sich dann vom Verkaufserlös einen letzten großen Traum zu erfüllen: ein eigenes NFL-Team in Los Angeles. Die NFL ist die National Football League, die US-Profiliga im American Football. Über den

Bau eines 1,3 Milliarden Dollar teuren Football-Stadions gleich neben dem Staples Center, der Großarena in LA, stimmten vor kurzem die Stadtverordneten von Los Angeles positiv ab.

Allerdings will Philip Anschutz sein Unterhaltungsimperium nicht einfach so auf den Markt werfen. Der Konzern kündigte an, die gesamte Unternehmung nur an einen Käufer zu veräußern, „der den vollen Wert der AEG widerspiegelt und sich uneingeschränkt verpflichtet, die langfristigen Unternehmensziele der AEG zu verfolgen.“ Tim Leiweke, Präsident der AEG, sagte ferner: „Unsere Immobilien und Sportteams stehen erst am Anfang einer Expansion. Der neue Eigner besitzt die historische Chance, von den durch die AEG aufgebauten Strategien zu profitieren.“



Anschutz in China:
MasterCard Center Peking



Anschutz in Brasilien:
Arena Pernambuco Recife
(geplante Eröffnung
Januar 2013)



Anschutz in New York:
Barclays Center (eröffnet
im September 2012)



Anschutz in England:
The O₂ London



Firmenduell auf dem Eis: Am 7. Oktober empfangen die Eisbären Berlin (blau) in der Berliner O₂ World (oben) ihren Anschutz-„Bruderclub“ Hamburg Freezers (weiß).



Gleiches gilt auch für das gesamte Areal am Ostbahnhof. Hier hatte der US-Konzern die Errichtung eines kleinen Stadtgebietes ähnlich dem Potsdamer Platz mit Gewerbe- und Veranstaltungsflächen geplant. An der Bebauung wird sich auch durch einen möglichen Verkauf nichts ändern, denn das gesamte städtebauliche Entwicklungskonzept ist rechtlich festgeschrieben. „Der Bebauungsplan und weitere Verträge wurden auf Landes- und Bezirksebene parlamentarisch beschlossen“, bekräftigt die Sprecherin der Senatsbauverwaltung Daniela Augenstein.

Als Kaufinteressenten für das Gesamtpaket AEG werden derzeit das Immobilien-Unternehmen Colony Capital, die Investment-Firma Guggenheim Partners sowie der Biotechmilliardär Patrick Soon-Shiong aus Los Angeles gehandelt. Fraglich ist natürlich, welche tatsächlichen Absichten ein neuer Eigner hegen wird. Denkt er global? Oder wird er sich von defizitären Standorten in Europa trennen? Denn leider stehen die Eisbären mit ihren dem Konzern gegenüber angehäuften Schulden von knapp 43 Millionen Euro nicht auf eigenen Füßen.

Am Ende des Jahres läuft die Patronatserklärung der Anschutz-Gruppe aus. Der Geschäftsbericht

sagt dazu aus: „Jedoch ist die Unternehmensfortführung in jedem Fall davon abhängig, dass die finanzielle Unterstützung der Konzernobergesellschaft Anschutz Entertainment Group Inc. auch zukünftig aufrecht erhalten wird.“ Allerdings ist von der Abgabe einer neuerlichen Patronatserklärung auszugehen; denn auch wenn die Eisbären selbst wenig profitabel erscheinen und zur Zeit einen Verlust von ungefähr 1,5 Mio. Euro im Jahr einfahren, so funktioniert das Gesamtkonzept der O₂ World hervorragend. Die Eisbären sind Publikumsmagnet und Umsatzbringer, an Eishockeyabenden verdient die Anschutz-Gruppe vornehmlich am Catering. Im Vergleich zu anderen Veranstaltungen wie Basketball oder Konzert sind hier die Umsätze gewaltig. Das dürfte auch für einen potenziellen Käufer interessant sein.



Online tippen
Spaß haben
Preise gewinnen!

berlin
Sportmetropole



www.berlin-sportmetropole.de
Events | Tickets | News | Tippspiel

berlin

© TOP Sportmarketing





Prof. Dr. Peter Raue ist Rechtsanwalt und Notar in Berlin. Seine Kanzlei trägt den Namen Raue LLP. Seit 2005 ist Raue Honorarprofessor für Urheberrecht an der Freien Universität Berlin. Der Kunstliebhaber und -förderer war 1977 bis 2008 Vorsitzender des *Vereins der Freunde der Nationalgalerie*. Seit 2006 ist er Vorsitzender der James-Simon-Stiftung.

James Simon war der Mann, der Berlin die Nofretete brachte

Das Ehepaar Würth hat den James-Simon-Preis 2012 erhalten. Was aber hat der Mann, dem der Preis seinen Namen verdankt, mit Nofretete zu tun? Eine Antwort | Von Peter Raue

Im September dieses Jahres verlieh die James-Simon-Stiftung im herrlichen Gobe-linsaal des Bode-Museums zum dritten Mal den *James-Simon-Preis für vorbildliches soziales und kulturelles Engagement in Deutschland*. Die Preisträger waren die Eheleute Carmen und Reinhold Würth.

Was hat es mit der Stiftung, was mit dem Preis auf sich und warum ist er an das Ehepaar Würth verliehen worden? Um diese Fragen zu beantworten, muss ich mit der Erklärung beginnen, wer James Simon war. Ginge es um einen Humboldt-, Einstein- oder Fontane-Preis, wäre ein solcher Beginn dumm und überflüssig.



James Simon war der Überzeugung, dass sein Vermögen ihn verpflichtet, soziale Missstände mildern zu helfen und zum kulturellen Leben Berlins beizutragen.

Isaak Simon – der Vater von James Simon –, ein gelernter Schneider, ausgebildet in der Uckermark, und dessen Bruder Louis waren 1838 aus Hinterpommern nach Berlin gekommen und hatten hier ein Baumwollunternehmen gegründet, das bald das bedeutendste Baumwollunternehmen auf dem europäischen Kontinent war. James Simon wuchs mit seinen vier Schwestern in Berlin auf, wurde großbürgerlich erzogen, erlernte die lateinische, griechische und hebräische Sprache, nahm Musikunterricht, lernte früh die Kunst der Antike und die der Renaissance kennen. Unmittelbar nach dem Abitur musste er – statt seinem Wunsche

entsprechend alte Sprachen zu studieren – in den väterlichen Betrieb einsteigen. Die Simon-Familie gehörte alsbald zu den großen einflussreichen Berliner Familien, James Simon zu der kleinen Gruppe prominenter Berliner Juden, die von Chaim Weizmann, dem ersten Staatspräsidenten Israels, etwas spöttelnd als „Kaiserjuden“ bezeichnet wurden. So große Namen wie Eduard Arnhold, Carl Fürstenberg, Emil und Walther Rathenau gehörten zu diesem Kreis.

Es war die tiefe, ihm von seiner Mutter vermittelte Überzeugung von James Simon, dass sein Vermögen ihn verpflichtet, soziale Missstände mildern zu helfen und zum kulturellen Leben Berlins soviel wie möglich beizutragen. Dabei ging er nach dem Prinzip vor, genauso viel Geld für soziale wie für kulturelle Zwecke auszugeben. Er gründete deshalb Vereine, deren Ziel es war, der sozial schwächeren Bevölkerung ein besseres Leben zu ermöglichen. Diese Vereine stattete er nicht nur mit erheblichen Finanzmitteln aus, sondern begleitete sie auch über viele Jahre aktiv, oft leitete er sie selbst. Nur einige Beispiele:

- Der *Verein für Ferienkolonien* sollte Kindern aus den Arbeiterfamilien Ferien außerhalb der eigenen vier Wände ermöglichen.
- Er gründet einen *Verein zum Schutze der Kinder vor Miss-handlung und Ausnutzung*.

- Der *Verein zur Errichtung von Volksbädern* hatte das damals so hochgesteckte Ziel, dass jeder Berliner einmal in der Woche ein Bad nehmen könne. So entstand 1888 das erste Volksbad in Berlin-Mitte, es folgten Friedrichshain, Schöneberg, Kreuzberg, Prenzlauer Berg und Wedding. Alle erbaut und betrieben von dem Volksbäder-Verein und somit mit Mitteln von James Simon, der die Bäder 1904 allesamt der Stadt Berlin schenkte.



Für unsere Stadt noch bedeutender, weil nachhaltiger, ist das kulturelle Engagement von James Simon. Beraten von und in enger Zusammenarbeit mit Wilhelm von Bode erwarb er bedeutende Werke der Renaissance und schenkte sie den Berliner Museen. Hauptwerke in der Gemäldegalerie sind seine Schenkung.

Der archäologisch interessierte und gebildete James Simon finanzierte die Amarna-Ausgrabungen in Ägypten alleine, jene Ausgrabung, die am 6. Dezember 1912 – also vor bald 100 Jahren – die Nofretete im Wortsinne zu Tage gebracht hatte. Aufgrund eines Vertrages mit dem Ägyptischen Staat wurde James Simon

Nofretete ist die „First Lady“ der Berliner Museumslandschaft. Sie ist ein Geschenk von James Simon an die Berliner Museen. James Simon hatte die Amarna-Ausgrabung finanziert, die am 6. Dezember 1912 die Nofretete zu Tage gebracht hatte. In Erinnerung an diese „Wiedergeburt“ wird es ab 7. Dezember 2012 auf der Museumsinsel eine Ausstellung geben.

Eigentümer der „First Lady“ der Berliner Museumslandschaft. Nicht nur sie, sondern auch das Ischtartor im Pergamonmuseum ist ein Geschenk von James Simon an die Berliner Museen. In Erinnerung an die „Wiedergeburt“ der Nofretete am Tage ihres Auffindens wird die Stiftung Preußischer Kulturbesitz am 7. Dezember 2012 auf der Museumsinsel eine Ausstellung rund um Nofretete und die Amarna-Ausgrabungen eröffnen. Ich hoffe, dass die Pioniertat von James Simon in dieser Ausstellung angemessen gewürdigt wird.

1897 rief James Simon den wohl ältesten und ehrwürdigsten Freundeskreis eines Museums in Deutschland ins Leben, den *Kaiser-Friedrich-Museums-Verein*, der heute noch die private Stütze der Gemäldegalerie ist.

Trotz seiner unvergleichlichen Verdienste um das Wohl dieser Stadt, wusste noch vor zehn Jahren kaum ein Mensch in Berlin, wer James Simon war. Der Rassenwahn der Nationalsozialisten, der nicht nur die Juden vertrieben und ermordet, sondern sich zum Ziel gesetzt hatte, alles „jüdische“ der Vergessenheit anheim zu geben, zeitigt auch auf diesem Gebiet einen traurigen Erfolg. Die Zahl bedeutender jüdischer Geistesgrößen, die in Folge des nationalsozialistischen Judenhasse in Vergessenheit geraten sind, ist groß. Ich nenne nur den Komponisten Walter Braunfels, die großartige Künstlerin Lotte Laserstein, insofern Schicksalsgenossen von James Simon.

Es war mein Freund Bernd Schultz, Inhaber des Auktionshauses Villa Grisebach, der feststellen musste, dass dieser bedeutende Mann selbst in Museumskreisen ein Unbekannter ist. Er hat sich das Ziel gesetzt, diesen Zustand zu ändern. Mit nicht nachlassender Energie hat er Bürger in ganz Deutschland gefunden, die insgesamt eine Million Euro gespendet und mit diesem Kapital im Jahre 2006 die Gründung der James-Simon-Stiftung ermöglicht haben. In der Präambel zu dieser Stiftung heißt es:

*Hauptwerke in der
Berliner Gemäldegalerie
sind eine Schenkung
von James Simon.*

„Als Ausdruck der Dankbarkeit gegenüber James Simon soll diese Stiftung an seine außergewöhnlichen Verdienste als Mäzen auf sozialem und kulturellem Gebiet erinnern und sie weithin würdigen. Seinem Beispiel folgend soll die Stiftungsarbeit Ansporn für mäzenatisches Engagement, für Bürgersinn und Verantwortung für das Gemeinwesen auch in unser Zeit sein.“

An dem Ziel, den Namen und die Leistungen von James Simon in das öffentliche Bewusstsein zurückzurufen, arbeitet diese Stiftung seit sechs Jahren. Einiges hat sie erreicht: Ein Teil des Monbijouplatzes heißt seit 2007 James-Simon-Platz. Da das ursprünglich aufgestellte

„“ Schild, das auf den Mäzen hinwies, gestohlen wurde, hat es das Ehepaar Dr. Steffen und Marlies Gebauer – auch sie Stifter der James-Simon-Stiftung – in die Hand

genommen, drei neue Schilder anfertigen zu lassen, die den Besucher über James Simon und seine Verdienste informieren.

Ich kann nicht darauf verzichten, ein bis heute verfehltes Ziel zu benennen: Dass endlich im Zentrum Berlins eine Straße nach James Simon benannt wird. Dieses naheliegende Vorhaben scheitert an dem absurden Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung vom 8. Juni 2004, dass in Berlin-Mitte so lange keine Straße nach einem Mann benannt werden darf, bis gleichviel Frauen-Straßen-Namen in Berlin existieren. Da werden wir also noch 100 Jahre auf eine James-Simon-Straße warten müssen.

In der Gartenstraße 5 in Berlin-Mitte, an der Stelle, an der einst der von James Simon finanzierte Bau des Volksbades stand, steht seit 1930 ein von Heinrich Tessenow gestaltetes grandioses Volksbad, in dessen Eingangshalle seit September 2012 eine 2,40 Meter hohe Stele darauf hinweist, dass die Volksbäder in Berlin der Idee und Großzügigkeit von James Simon zu verdanken sind. Schließlich wird die Eingangshalle in

das Pergamonmuseum, die derzeit David Chipperfield erbaut, den Namen James-Simon-Galerie tragen.

Dem in der Satzung gesetzten Ziel dient auch der eingangs erwähnte *James-Simon-Preis für vorbildliches soziales und kulturelles Engagement in*

Deutschland. Maren und Werner Otto waren die ersten Preisträger im Jahre 2008, 2010 erhielt ihn der Düsseldorfer Mäzen Udo van Meeteren und in diesem Jahr das Ehepaar Würth. Reinhold Würth ist es zu verdanken, dass die bedeutende altmeisterliche Fürstenberg-Sammlung in Deutschland geblieben ist. Würth hat Museen überall dort errichtet, wo Fabrikationsstätten seines Unternehmens sind, und sie mit 15 000 Werken namhafter Künstler des 19. und 20. Jahrhunderts ausgestattet.

Carmen Würth wirkt segensreich bei der Betreuung von behinderten, insbesondere jungen Menschen und unterstützt Einrichtungen, die diesen Menschen ein würdiges Dasein ermöglichen. So ist es konsequent, dass das Ehepaar Würth das Preisgeld in Höhe von 25 000 Euro an die *Perspektive e.V.* weitergegeben hat, eine Vereinigung, die behinderten Menschen und Straßenkindern in St. Petersburg hilft.

Mit der im Zweijahresrhythmus stattfindenden Preisverleihung will die James-Simon-Stiftung



Carmen und Reinhold Würth mit Stiftungsvorsitzendem Peter Raue (links), nach der Entgegennahme des James-Simon-Preises am 12. September 2012.

Verständnis für das Gebot wecken, dass jedermann im Rahmen seiner Möglichkeiten verpflichtet ist, sich der sozialen und kulturellen Belange der res publica anzunehmen, und zugleich die Erkenntnis vermitteln, dass die Mäzene, die mit dieser Verpflichtung leben, glückliche

Menschen sind, weil es Freude macht, anderen zu helfen. Ingeborg Schäuble, die Gattin unseres Finanzministers, hat in diesen Tagen in einem Interview im *Cicero* treffend gesagt: „Es ist ja nicht so, dass man nichts für sich tut, wenn man etwas für andere tut.“

Postskriptum. Es gibt literarische Dokumente, die auf James Simon hinweisen. Am wichtigsten

Mäzene sind glückliche Menschen, weil es Freude macht, anderen zu helfen.

der von Bernd Schultz herausgegebene Band *James Simon – Philanthrop und Kunstmäzen* (Prestel Verlag), inzwischen in der zweiten Auflage erschienen. Olaf

Matthes hat zwei hübsche kleine Bändchen herausgebracht: *James Simon: Die Kunst des sinnvollen Gebens* und *James Simon: Mäzen im Wilhelminischen Zeitalter*. Bereits 1997 hatte Cella Girardet ein Taschenbuch vorgelegt, *Jüdische Mäzene für die Preußischen Museen zu Berlin*, in dem sie James Simon würdigt.

Am 8. Dezember zeigt 3sat die Dokumentation *Der Mann, der Nofretete verschenkte – James Simon, der vergessene Mäzen*. ◆

DIE UNENDLICHKEIT DES AUGENBLICKS



*Alices Abenteuer im Wunderland
von Lewis Carroll, frei interpretiert und
inspiriert durch die außerordentliche
Präsenz Königlicher Porzellankultur.*

IM KPM QUARTIER WEGELYSTRASSE 1
10623 BERLIN AM S-BHF TIERGARTEN



KÖNIGLICHE
PORZELLAN-MANUFAKTUR
BERLIN

OBJEKTE DER BEGIERDE SEIT 1763



Ulrich Domröse befasst sich seit 20 Jahren an der Berlinischen Galerie mit dem erforschenden Bewahren der Fotografiegeschichte der DDR und hat „Geschlossene Gesellschaft“, gemeinsam mit drei Co-Kuratoren, gestaltet.

Irene Nalepa, 1984 bis 2010 Galeristin in Berlin, ist im Kunsthandel tätig. Für den HAUPTSTADTBRIEF besuchte sie die Ausstellung und sprach mit dem Kurator.



„Wir zeigen hier keine DDR-Bilder“

In der eindrucksvollen Ausstellung „Geschlossene Gesellschaft“ zeigt die Berlinische Galerie Fotografie aus DDR-Zeiten. Kurator Ulrich Domröse im Gespräch mit Irena Nalepa

NALEPA: Der von Ihnen gewählte Ausstellungstitel ist eine Analogie zu Jean-Paul Sartres Bühnenstück „Geschlossene Gesellschaft“, in dem sich zwei Frauen und ein Mann in einem geschlossenen Raum, der Hölle nämlich, eingesperrt finden.

War es die Hölle für die Künstler in der DDR?

DOMRÖSE: Der Ausgangspunkt war tatsächlich, dass es um die DDR eine Mauer gab und man aus diesem ummauerten Raum nicht mehr rauskam, oder nur sehr schwer. Man kam aber auch ebenso schwer hinein.

Warum haben Sie sich für diese Analogie entschieden?

Was mir bei Sartre gefallen hat und weshalb ich gar nichts dagegen hatte, diesen Titel zu wählen ist, dass bei ihm ja die Hölle ein Zustand ist, wo drei Menschen zusammen

leben und sich bemühen – mit der Ewigkeit vor Augen – sich anzupassen, so zu sein versuchen, wie der Andere sie sieht. Das führt natürlich zu ständigen Verbiegungen, zu Missverständnissen. Das heißt, man versucht dem Bild zu entsprechen, das der Andere von einem hat. Man tritt somit aus der Rolle der eigenen Identität heraus. Dadurch entstehen die Probleme, auch die Gesellschaftsprobleme. Und Kunst, das ist ganz wichtig, entsteht genau aus dem Gegenteil. Kunst kann man nur machen, wenn man in

seiner Persönlichkeit ruht – unabhängig von der Erwartungshaltung der Gesellschaft ringsherum.

Sie haben unter den unzähligen Bildmotiven die „Frau in Rot“ aus dem Jahr 1985 von Erasmus Schröter als Titelbild der Einladung ausgesucht. War das ein langer Entscheidungsprozess?

Ja, weil dieses Motiv nicht der allgemeinen Erwartungshaltung entspricht. Natürlich hätte man jedes Bild der sozialdokumentarischen Fotografie nehmen können, wo alle sofort sagen: „Das ist die DDR.“ Das wollten wir nicht. Nein, vielmehr haben wir nach einem Titel, nach einem Bild gesucht, das Irritation bedeutet.

„Als das graue Land immer mehr verfiel, wurde die Fotografieszene in der DDR bunter.“

Ulrich Domröse

Sie meinen tatsächlich Irritation?

Ja, weil es eine Künstlichkeit bedeutet. Diese Frau wirkt so völlig künstlich, dass man nicht weiß, ist

das eigentlich eine Realfotografie oder sind es gestellte Bilder? Diese Wirklichkeitsverkehrung ist das eigentliche Thema dieser Arbeit. Man weiß nicht genau, welches ist eigentlich die Wirklichkeit, mit der wir es hier zu tun haben? Erasmus Schröter arbeitet mit Blitzlicht am Tage. Der Blitz im Gesicht der Frau wirkt flach und man weiß nicht mehr, ist das hier ein Covergirl, das er dahin gesetzt hat oder was meint es überhaupt? Das war uns wichtig. Wir wollten ein Bild nehmen, das ein wenig verwirrt.

Stichwort Wirklichkeitsverkehrung – warum haben Sie sich dafür entschieden, ausschließlich Fotografie der DDR, und nicht beispielsweise eine Gegenüberstellung mit Fotografie der Bundesrepublik aus dem gleichen Zeitraum zu präsentieren, etwa unter dem Titel „Geschlossene und offene Gesellschaft“?

Wir wollten uns nicht wiederholen. Dieses Thema haben wir ja bereits 1987 in einer großen Ausstellung im Martin-Gropius-Bau mit dem Titel „Positionen künstlerischer Fotografie in Ost- und

Westdeutschland“ realisiert. In der aktuellen Ausstellung dagegen sollte die Wechselbeziehung zwischen der Kunstform Fotografie und dem damaligen repressiven System der DDR ausgelotet werden, und ebenso die Veränderung in den ästhetischen Ausdrucksformen.

Wie funktioniert diese Rezeptionsästhetik nach über 20 Jahren? Was erscheint da heute anders, beim Anschauen der Fotografien? Sie selbst sind in der DDR geboren: Wie ist das für Sie heute?

Hintergrund und Details der Ausstellung

Mit fast 2000 Fotografien aus DDR-Zeiten besitzt die Berlinische Galerie eine der weltweit größten Sammlungen auf diesem Gebiet. Akribisch aufgebaut wurde sie seit 1985 von Ulrich Domröse. Für 50 Ost-Mark erwarb er die ersten Fotos. 1989 waren es bereits rund 950 Bilder, aus dem Bereich der künstlerischen Fotografie ebenso wie dem Journalismus bis hin zur Auftragsfotografie für Mode, Industriedesign und Architektur – der Grundstock der heutigen Sammlung.

„Als das Land immer mehr verfiel, wurde die Fotografieszene in der DDR bunter“, schreibt Ulrich Domröse in seinem Katalogvorwort. Bunt im Sinne von schillernd – die meisten der mehr als 250 gezeigten Arbeiten sind Schwarz-Weiß-Fotografien. Die Ausstellung ist in drei Themenstränge unterteilt.

- Das erste Kapitel widmet sich der sozial engagierten Fotografie. Arno Fischer, Sibylle Bergemann, Christian Borchert, Erasmus Schröter, Ursula Arnold, Jens Röttsch und andere arbeiteten sich suchend an der damaligen Realität ab und waren hauptsächlich interessiert an Motiven, die die gesellschaftlichen Verhältnisse wahrhaftig widerzuspiegeln in der Lage waren.

- Im zweiten Kapitel werden neue künstlerische Ausdrucksformen sichtbar, die in den 1950er Jahren an die Bildsprache der Moderne der 1920er Jahre anknüpften. Zu den wichtigsten Vertretern zählen hier unter anderem Edmund Kesting, Manfred Paul und Lutz Dammbeck.

- Geprägt von einem desillusionierten Blick auf die DDR-Gesellschaft und dem Bruch mit

dem Selbstverständnis der vorangegangenen Generation, zeigen im dritten Kapitel Fotografien wie Thomas Florschütz, Helga Paris, Sven Marquardt, Jörg Knöfel, Maria Sewcz und andere neue subjektive Ausdrucksmöglichkeiten des Mediums. Der eigene Körper und dessen Wahrnehmung stehen nun vielfach im Mittelpunkt, die Fotografie selbst wird zum Gegenstand fotografischer Erkundungen.

Vorangestellt ist den drei Kapiteln ist ein kurzer Prolog, der mit zwei Bildserien von Richard Petersen und Karl-Heinz Mai einen atmosphärischen Eindruck der Zeit vom Ende des Dritten Reiches 1945 bis zur Gründung der DDR 1949 vermittelt.

Ein Rahmenprogramm mit Filmangeboten, Künstlergesprächen sowie einem Symposium namhafter Forscher vom 9. bis 11. November bietet die Möglichkeit, tiefer in dieses Kapitel deutscher Fotografiegeschichte einzudringen.

Außerdem zeigen zehn Galerien, Projekt- und Kunsträume bis Ende Januar 2013 verschiedene Vertreter künstlerischer Fotografie in der DDR. Einzelheiten unter berlinischegalerie.de



Geschlossene Gesellschaft – künstlerische Fotografie in der DDR von 1949-1989. Ausstellung in der Berlinischen Galerie, Landesmuseum für moderne Kunst, Fotografie und Architektur, Alte Jakobstraße 124-128, 10969 Berlin, Telefon 030-78902600. Bis 28. Januar 2013, geöffnet Mittwoch bis Montag von 10 bis 18 Uhr, dienstags geschlossen (25. Dezember und 1. Januar 2013 geöffnet). www.berlinischegalerie.de



ERASMUS SCHRÖTER SAMMLUNG BERLINISCHE GALERIE, BERLIN



IMACHLASS URSULA ARNOLD/ SAMMLUNG BERLINISCHE GALERIE, BERLIN

**Erasmus Schröter: Frau in Rot, Leipzig 1985 (oben).
Ursula Arnold: Edisonstraße, Berlin 1965 (rechts).
Christian Borchert: Familie W. (Schutzpolizist, Montiererin),
Berlin 1983 (unten).**

**Drei Beispiele für Fotografie aus DDR-Zeiten – die sich änderten,
wie das Foto von der Edisonstraße zeigt. Solche Straßenbahn-
haltestellen gab es zwanzig Jahre später nicht mehr.**



SLUB/DEUTSCHE FOTOTHEK DRESDEN/BERLINISCHE GALERIE



PETER OEHLMANN/SAMMLUNG BERLINISCHE GALERIE, BERLIN



MARIA SEWCZ/NG BILDKUNST BOHN 2012/SAMMLUNG BERLINISCHE GALERIE, BERLIN

Peter Oehlmann: Ohne Titel (aus der Serie „Die Stadt“), Berlin 1987. Braunkohlesmog über Neubaugebiet, ein typisches Motiv aus DDR-Zeiten (oben).

Maria Sewcz: Ohne Titel (aus der Serie „inter esse“), Berlin 1986. Abendessen mit Bierglas und Aschenbecher, typisch DDR, Hand mit Stachelarmband, typisch nur für DDR-Außenseiter (links).

Meinen Sie eine Form von positiver Erinnerungsromantik? Nein. Gerade das habe ich zu vermeiden versucht – es wäre die denkbar negativste Variante. Sehen Sie, bei der Auswahl der Fotografien haben wir so viele Arbeiten weggelassen.

Das ist eine wirklich schwierige Frage. Eine grundsätzliche Veränderung tritt nicht ein, aber man sieht die Dinge anders. In der DDR der 1980er-Jahre gelebt zu haben, ist eine Sache, diese Fotografien gekauft und gesammelt zu haben, eine andere. Heute in der Entfernung und mit Distanz verändern sich auch Bedeutungen, was einhergeht mit einer Wahrnehmungsveränderung, die durchaus innovativ ist.

Einen ganzen Kanon von Bildern, die sich geradezu eingeschliffen haben ins Denkbewusstsein und bei deren Betrachtung jeder sofort sagt: „Ach ja, die DDR, so war sie“. Wir zeigen hier keine DDR-Bilder. Wir zeigen die Fotografie als ein künstlerisches Ausdrucksmedium. Das ist es, was wir mit dieser Ausstellung möchten: eine neue Reflexion über die DDR-Fotografie in Gang setzen. ◆



Christian Lohse & Hans-Peter Wodarz

PALAZZO

Europas erfolgreichstes Gourmet-Theater



NEUE SHOW
»Viva la Diva!«
★★★★★
NEUES MENÜ

07. November 2012 bis 03. März 2013 · Humboldthafen am Hauptbahnhof

Ticket-Hotline: 01805 - 388 883* · www.palazzo.org

*0,14 €/Min. aus dem Festnetz, Mobilfunk max. 0,42 €/Min.





Dr. Peter Funken ist Kunstjournalist, Kurator und Zeichner. Seit 1984 lebt er in Berlin. Gerade hat er in Stettin, Polen, die Ausstellung *Wunderkammer* mitorganisiert, die ab Januar 2013 in Berlin zu sehen sein wird.

Malerei als Medium der intellektuellen Auseinandersetzung

Die Retrospektive des Malers R. B. Kitaj im Jüdischen Museum Berlin würdigt einen vor fünf Jahren verstorbenen Weltbürger | Von Peter Funken

Unter der Überschrift *Obsessionen* zeigt das Jüdische Museum Berlin eine umfassende Retrospektive des amerikanischen Malers Ronald Brooks Kitaj. Die Ausstellung versammelt Leihgaben bedeutender Museen und Privatsammlungen, unter den Gebern sind das New Yorker Museum of Modern Art MoMA, die Tate Gallery London und das Museum Thyssen-Bornemisza Madrid. Erstmals ist es möglich 130 Gemälde, Collagen, Druckgrafiken und Zeichnungen des amerikanischen Künstlers auszustellen. Kurator Eckhart Gillen konnte sogar auf den Nachlass aus Kitajs *Yellow Studio* in Los Angeles zurückgreifen.

Als Kind einer jüdischen Mutter im links-liberalen Milieu von Cleveland, Ohio, aufgewachsen, fuhr Kitaj, Jahrgang 1932, mit 17 Jahren zur See und begann ein Jahr später, 1950, ein Kunststudium in New York, das er in Wien, Oxford und schließlich London fortsetzte, wo er für viele Jahre seinen Lebensmittelpunkt fand. Seit den frühen 1960er-Jahren gehörte Ron Kitaj mit anderen Londonern, David Hockney, Frank Auerbach und Lucian Freud, zu den Wegbereitern einer neuen figurativen Malerei, in der sich die bald weltweit erfolgreiche Pop-Art ankündigte.

In diese Anfangsjahre als Maler fällt ein Ereignis, das für sein weiteres Leben wie für sein Werk

von entscheidender Bedeutung sein wird: 1961 findet in Jerusalem der Eichmann-Prozess statt. Kitaj, damals 29jährig, verfolgt den Prozess in den Medien, liest Hannah Arendts Reportagen *Eichmann in Jerusalem* und befasst sich intensiv mit der Tragödie der Ermordung der europäischen Juden. Während sie, egal ob alt oder jung, vor deutsche Erschießungskommandos und in die Gaskammern getrieben wurden, hatte Ron Kitaj als jüdischer Junge nichts ahnend eine angenehme Kindheit in den USA verbracht.

*Kitaj sah sich
in der Tradition
des untergegangenen
intellektuellen Judentums
Europas.*

“ Aus dieser schockierenden Erkenntnis heraus entwickelte sich bei Kitaj eine vorher nicht dagewesene Identifikation mit dem Judentum; er stellte sich die Frage nach

seinem Jüdischsein und dessen Bedeutung für die eigene Kunst. Seine aus Empathie, nicht aus Religiosität gespeiste Hinwendung zum Judentum führte Kitaj in den folgenden Jahren dazu, sein Werk mehr und mehr als eine moderne jüdische Kunst zu begreifen, in der er das jüdische Schicksal des 20. Jahrhunderts reflektiert.

Das lässt sich in dem Bild *The Jew Etc.* (1976-79) erkennen, das einen fiktiven Joe Singer – Kitajs Alter Ego, am Hörgerät zu erkennen – im Zug darstellt, ins Leere starrend, einsam

und nachdenklich. Kitaj vermerkte 1994 dazu: „In diesem Bild soll Joe, mein symbolischer Jude, das unvollendete Subjekt einer Ästhetik von Gefangenschaft und Ausbruch sein. Eine endlose, verschmutzte Diaspora-Passage, in der er sein eigenes Unfertigkeit ausführt.“

Das Bild des ausgestoßenen Juden erschien schon 1963/64 als einmontierte Grafik in Kitajs Gemälde *Dismantling the Red Tent*: Das rote Zelt in einer Eiswüste ist ihm darin Symbol für Hoffnung und Heimat und demnach ein positives Gegenbild zur Darstellung des „Wandering Jew“, des „Ewigen Juden“, in der linken oberen Bildhälfte.

Aus der Thematisierung des Jüdischseins, die er mit seinem Freund Philip Roth teilte, und aus der Beschäftigung mit Vorbildern wie Franz Kafka, Sigmund Freud, Walter Benjamin oder Aby Warburg entwickelte Kitaj zahlreiche Ideen und Konzepte für eine moderne jüdische Kunst. Gleichwohl war sein Verhältnis zur jüdi-



BESITZT GALLERY UND PRIVATBESITZ

Das Motiv des „einsamen Juden“ in *The Jew, Etc.* (Der Jude etc., 1976-1979 – oben) ist wie ein Selbstbild zu lesen. Schon in einem früheren Bild, *Dismantling the Red Tent* (Abbau des roten Zelt, 1963-64 – links) ist dieses Motiv zu finden: Kitaj hat es als Bild im Bild über dem roten Zelt angebracht.



DIGITAL IMAGE MUSEUM ASSOCIATES / LACMA ART RESOURCE / NY / SCALA, FLORENCE 2012

schen Kultur bewusst keines, das religiös, gar orthodox verankert war, vielmehr sah sich Kitaj in der Tradition des untergegangenen, intellektuellen Judentums Europas.

In drei Manifesten proklamierte er bis zu seinem Tod Überlegungen zum „Diasporismus“, zu einer Akzeptanz der Verstreutheit, die für ihn auch positive Züge hatte; denn Kitaj lebte selbst als Weltbürger in Katalonien und New York, in Jerusalem oder Paris, mit Unterbrechungen für vier Jahrzehnte in London und zuletzt in Los Angeles.

Kitajs Werk ist voller visueller Reize und malerischer Raffinesse, zugleich ist es tiefgründig und schwierig. Wenn er nicht malte, dann las und schrieb er. Auch in seine Bilder fügte Kitaj oft Texte ein, zitierte seine Vorbilder und kommentierte sie. Die Deutung seines Werks ver-

stand Kitaj als Bestandteil seiner Kunst, mit der er sich in der jüdischen Tradition der Auslegung biblischer Texte eingebettet sah. Malerei war für ihn ein Medium emotionaler und intellektueller Auseinandersetzung. Als leidenschaftlicher Leser fand er seine Themen und Motive in der gesamten Geistesgeschichte, natürlich auch in den Werken bedeutender Maler wie Goya, Cezanne und Matisse, deren Bildideen er in seinen Arbeiten in neue Zusammenhänge stellte.



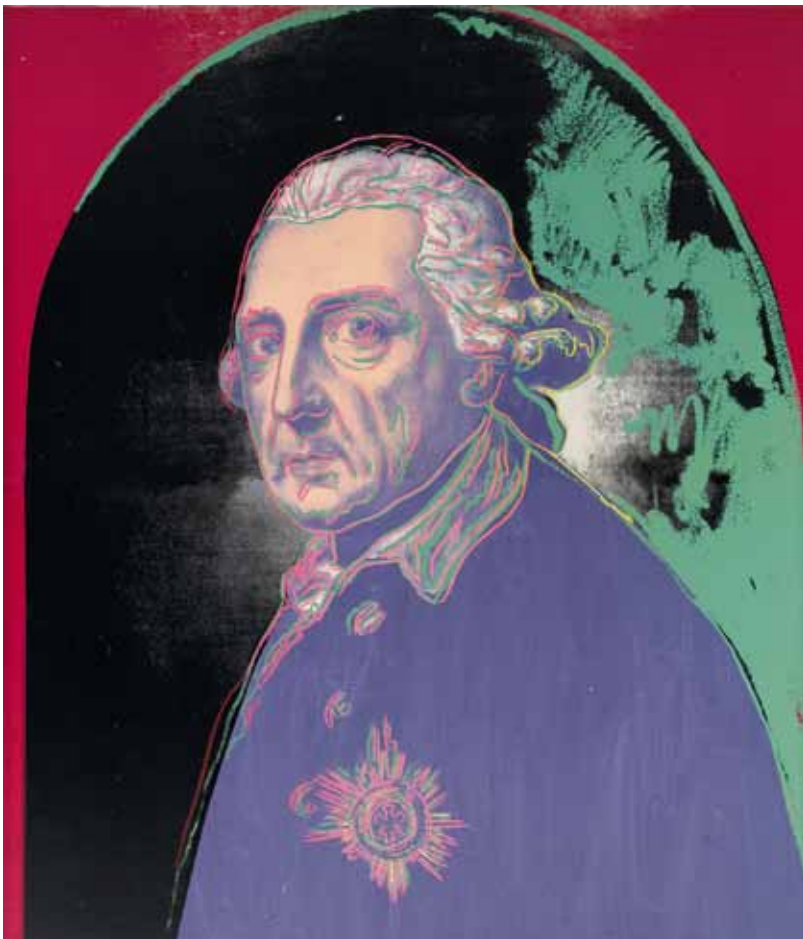
Unübersehbar auf dieser Fotografie das Faible für Bücher: Ron Kitaj war ein bibliophiler Maler.

ihm Atelier und Bibliothek selbst gewählte Heimat und „inneres Exil“. Dort lebte er krank und zurückgezogen, jedoch künstlerisch nach wie vor aktiv. Er nahm sich das Leben, am 21. Oktober 2007, wenige Tage vor seinem 75sten Geburtstag. Zur Erinnerung an seinen 80sten Geburtstag am 29. Oktober 2012 findet eine Ehrung

R. B. Kitajs in seiner Ausstellung im Jüdischen Museum Berlin statt. Auch im Tode bleibt er Weltbürger. ◆

Verletzt durch harsche Kritiken auf seine Retrospektive in der Tate Gallery, auch tief deprimiert über den Tod seiner Frau Sandra, kehrte Ron Kitaj 1994 London den Rücken und siedelte nach Los Angeles über. Zum Ende hin waren

R. B. Kitaj (1932–2007) – Obsessionen. Ausstellung des Jüdischen Museums Berlin in Zusammenarbeit mit Kulturprojekte Berlin GmbH. Bis 27. Januar 2013 täglich 10 bis 20 Uhr, montags 10 bis 22 Uhr. Jüdisches Museum Berlin, Lindenstraße 9-14, 10969 Berlin. Eintritt 4 Euro, kostenloser Audio-Guide. www.jmberlin.de



200. Auktion in Berlin 28. November – 1. Dezember 2012

Andy Warhol. *FRIEDRICH DER GROSSE*. 1986
Acryl und Siebdruck auf Leinwand. 214 x 183 cm.
Provenienz: Daimler Kunstsammlung, Stuttgart / Berlin
Aus unserer Auktion am 29. November 2012

Vorbereitung ausgewählter Werke in Düsseldorf,
Hamburg, Dortmund, Zürich und München.
Vorbereitung aller Werke in Berlin
vom 23. bis 27. November 2012

Fasanenstraße 25
D-10719 Berlin
Telefon +49-30-885 915-0
www.villa-grisebach.de

GRISEBACH



ADELBERT STAHLMACH KUNSTHANDEL

Möbel & Kunst des Klassizismus
im alten Kunsthandelsviertel Schöneberg, nahe Wittenbergplatz



Eisenacher Straße 119
10777 Berlin
Telefon 030/2 15 20 91
info@kunsthandel-stahlmach.de

geöffnet
Dienstag bis Freitag
11 bis 18 Uhr
oder nach Vereinbarung

The other Berlin

the new hotel concept in Germany



**SCHLOSSHOTEL
IM GRUNEWALD**
AlmaBerlin

T +49 (0) 30 / 895 84 0
www.almahotels.com